



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


03 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Verbraucherpreise 2017
Amtliche Finanzstatistik
Weiterbildungsstatistik
Ländervergleich 2017



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

In elf der zwölf Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex sind 2017 die Preise gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die höchsten Teuerungsraten gab es in den Hauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3 Prozent). Vor allem die Preise für Speisefette und -öle (+24 Prozent) sowie für Molkereiprodukte und Eier (+9,6 Prozent) zogen kräftig an. Lediglich für Gemüse musste etwas weniger bezahlt werden als im Vorjahr (–0,2 Prozent).

B e i l a g e n : Faltblätter „Frauen 2018“ und „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

03 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell	141
Industrie ■ Baugewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Reallohnindex ■ Umwelt Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	150
Verbraucherpreise	153
Rheinland-Pfalz in Karten: Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2016 nach Verwaltungsbezirken	154
Verbraucherpreise 2017 – Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +1,6 Prozent	155
Grundbefragung der amtlichen Finanzstatistik – Hintergründe und Ergebnisse	164
Weiterbildungsstatistik – Eine systematische Erfassung der Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung	177
Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen – Teil III: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“	183
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	193
Neuerscheinungen	209

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Dezember 2017 fast unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion blieb im Dezember 2017 im Vergleich zum Vormonat fast unverändert. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 0,1 Prozent über dem Niveau von November 2017.

In der Vorleistungs- und in der Investitionsgüterindustrie schrumpfte der bereinigte Output jeweils um 0,5 Prozent. Die Konsumgüterindustrie produzierte 0,7 Prozent weniger als im November.

Der Güterausstoß war in zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes rückläufig. Der Output der Chemischen Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und in Rheinland-Pfalz die umsatzstärkste Industriebranche ist, verringerte sich um 3,7 Prozent. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, der zweitgrößten Branche, nahm die Ausbringung um 1,8 Prozent ab. Die Produktion des Maschinenbaus, der gemessen am Umsatz unter den Industriezweigen an dritter Stelle steht, lag im Dezember 1,2 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Gegenüber Dezember 2016 ist die bereinigte Produktion um elf Prozent gestiegen. In allen drei industriellen Hauptgruppen lag der Output über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez. 2017		2017	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Nov. 2017	Dez. 2016	2016	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	0,1 %	10,7 %	5,2 %	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,5 %	8,7 %	3,7 %	
Investitionsgüterproduzenten	-0,5 %	11,2 %	3,1 %	
Konsumgüterproduzenten	-0,7 %	13,1 %	11,3 %	
Chemie	-3,7 %	4,7 %	0,0 %	
Fahrzeugbau	-1,8 %	10,8 %	-1,1 %	
Maschinenbau	1,2 %	12,7 %	8,3 %	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-1,1 %	6,3 %	7,5 %	
Inland	1,2 %	11,4 %	7,1 %	
Ausland	-2,9 %	2,9 %	10,9 %	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,3 %	14,3 %	11,1 %	
Investitionsgüterproduzenten	-4,3 %	1,2 %	6,1 %	
Konsumgüterproduzenten	0,7 %	-7,5 %	13,9 %	
Chemie	-1,9 %	15,6 %	13,3 %	
Fahrzeugbau	-5,2 %	-7,4 %	3,8 %	
Maschinenbau	-4,3 %	5,3 %	8,8 %	

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Güterausstoß der drei umsatzstärksten Industriebranchen war ebenfalls höher als ein Jahr zuvor.

Weniger Auftragseingänge im Dezember 2017 als im Vormonat

Im Dezember 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 1,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Der Grund für den Rückgang ist das schwächere

Auslandsgeschäft (-2,9 Prozent); aus dem Inland gingen dagegen 1,2 Prozent mehr Bestellungen ein als im November 2016.

Die Hersteller von Investitionsgütern mussten deutliche Einbußen hinnehmen (-4,3 Prozent). In den beiden anderen industriellen Hauptgruppen waren die bereinigten Auftragseingänge etwas höher als im Vormonat: In der Konsumgüterindustrie stieg die Nachfrage um 0,7 Prozent. Die Vorleistungsgüterindustrie erzielte ein geringes Plus von 0,3 Prozent.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verringerte sich das Ordervolumen. In der Chemischen Industrie lagen die bereinigten Auftragseingänge 1,9 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten deutliche Nachfragerückgänge hinnehmen (-5,2 Prozent). Auch im Maschinenbau schrumpfte das Ordervolumen (-4,3 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das Niveau der bereinigten Auftrags-eingänge weiterhin hoch: Im Dezember 2017 gingen 6,3 Prozent mehr Bestellungen ein als ein Jahr zuvor. Besonders gut lief das Inlandsge-schäft, das um elf Prozent zulegte. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 2,9 Prozent. In zwei der drei industri-ellen Hauptgruppen erhöhte sich das Ordervolumen. Von den drei größten Branchen verzeichneten zwei einen Anstieg der Bestellungen gegenüber dem Vorjahresmonat.

Industrieumsätze im Jahr 2017 deutlich angestiegen

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete 2017 wesentlich höhere Umsätze als im Vorjahr. Die Erlöse beliefen sich auf 93,9 Milliarden Euro; das waren 8,3 Prozent mehr als 2016 (Deutschland: +5,7 Prozent). Damit erreichte der Umsatz einen neuen Höchststand.

Eine Umsatzsteigerung wurde sowohl im In- als auch im Auslandsgeschäft verzeichnet. Die Umsätze stiegen im Inland um 7,3 Prozent (Deutschland:

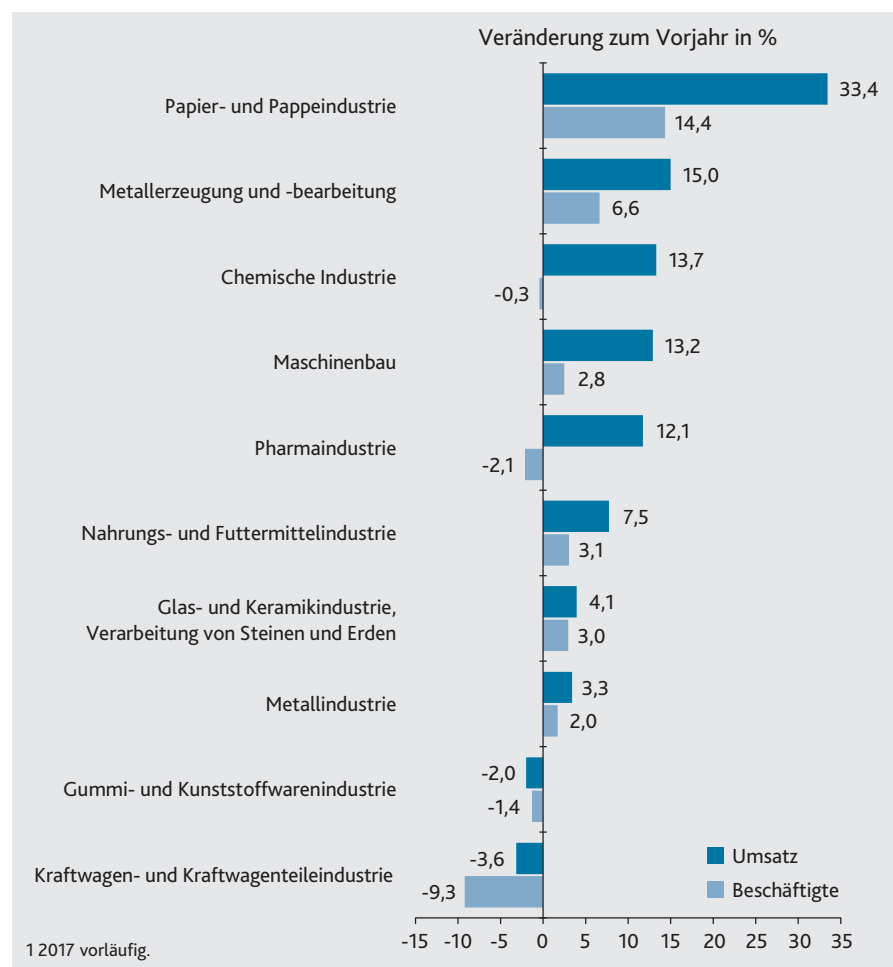
+4,6 Prozent) und im Ausland um 9,1 Prozent (Deutschland: 6,9 Prozent). Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 55,8 Prozent ihrer Erlöse im Ausland (Deutschland: 50,1 Prozent). Die Exportquote lag damit 0,4 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +0,5 Prozentpunkte).

In den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben waren im Durchschnitt des Jahres 2017 rund 255 500 Personen tätig, was einem Zuwachs um 0,9 Prozent bzw. um 2 300 Beschäf-tigte gegenüber dem Vorjahr ent-























































spricht (Deutschland: +1,6 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstun-den blieb mit 389 Millionen nahezu unverändert (Deutschland: +0,7 Pro-zent).

In acht der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse höher als im Jahr zuvor. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+33 Prozent); vor allem die Inlandsumsätze erhöhten sich deutlich (+44 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung, der Chemischen Industrie,

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Dezember 2017¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Dez. 2017		2017
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Nov. 2017	Dez. 2016	2016
Auftragseingang	1,6 % 	31,6 % 	8,1 % 
Hochbau insgesamt	1,8 % 	41,7 % 	9,8 % 
Wohnungsbau	14,5 % 	24,9 % 	0,6 % 
gewerblicher Hochbau	5,3 % 	79,1 % 	20,9 % 
öffentlicher Hochbau	-34,5 % 	-2,8 % 	6,3 % 
Tiefbau insgesamt	1,5 % 	22,4 % 	6,5 % 
gewerblicher Tiefbau	20,4 % 	67,8 % 	24,1 % 
Straßenbau	-5,8 % 	1,4 % 	0,5 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-5,5 % 	21,5 % 	3,1 % 
Baugewerblicher Umsatz	-3,7 % 	7,8 % 	12,0 % 
Hochbau insgesamt	-1,8 % 	9,5 % 	11,9 % 
Wohnungsbau	7,2 % 	19,2 % 	19,1 % 
gewerblicher Hochbau	-14,0 % 	-7,5 % 	9,7 % 
öffentlicher Hochbau	10,0 % 	34,5 % 	3,9 % 
Tiefbau insgesamt	-5,5 % 	6,2 % 	12,1 % 
gewerblicher Tiefbau	-4,6 % 	11,3 % 	13,3 % 
Straßenbau	-6,8 % 	1,4 % 	12,7 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-3,6 % 	11,5 % 	10,1 % 

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

im Maschinenbau und der Pharmabranche gab es ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Erlösrückgänge mussten nur die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren hinnehmen (-3,6 bzw. -2 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teilbereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Sechs der zehn umsatzstärks-

ten Branchen verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahr. Die größten Zuwächse gab es in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+14 bzw. +6,6 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich zurück (-9,3 Prozent).

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe 2017 höher als im Vorjahr

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Dezember 2017 mehr Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich

zum November 2017 – kalender- und saisonbereinigt – leicht um 1,6 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich dagegen um 3,7 Prozent. Im Jahr 2017 lagen die Auftragseingänge um 8,1 Prozent höher als im Vorjahr. Die Umsätze stiegen gegenüber 2016 um zwölf Prozent.

Im Vergleich zum November 2017 erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau leicht (+1,8 bzw. +1,5 Prozent). Die stärksten Zuwächse verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (+20 Prozent). Im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Hochbau zog die Nachfrage ebenfalls an (+14,5 bzw. +5,3 Prozent). Für den öffentlichen Hochbau errechnet sich dagegen ein kräftiger Auftragsrückgang (-34,5 Prozent). Gegenüber 2016 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau Auftragszuwächse registriert (+9,8 bzw. +6,5 Prozent).

Im Vergleich zum November 2017 errechnet sich sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau ein Rückgang der bereinigten Erlöse (-5,5 bzw. -1,8 Prozent). Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichnete der gewerbliche Hochbau (-14 Prozent). Im Tiefbau waren die Erlöse in allen drei Bereichen niedriger als im Vormonat (zwischen -3,6 und -6,8 Prozent). Steigende Umsätze gab es dagegen im öffentlichen Hochbau sowie im Wohnungsbau (+10 bzw. +7,2 Prozent). Gegenüber 2016 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (jeweils +12 Prozent).

Investitionen im Baugewerbe erreichen neuen Höchststand

Die Investitionen im rheinland-pfälzischen Baugewerbe sind 2016 kräftig gestiegen. Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes tätigten zusammen Investitionen in Höhe von 165,3 Millionen Euro. Im Zehnjahresvergleich erreichen die Bruttoanlageinvestitionen damit einen neuen Höchststand.

Das Investitionsvolumen lag um 23 Prozent bzw. 31,2 Millionen Euro höher als 2015. Die Investitionsquote, die die Bruttoanlageinvestitionen zum Gesamtumsatz in Beziehung setzt, stieg von 2,7 auf 3,1 Prozent. Je tätige Person wurden 4 526 Euro investiert; das waren 700 Euro mehr als 2015.

Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes investierten 2016 rund 120,7 Millionen Euro, was einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um

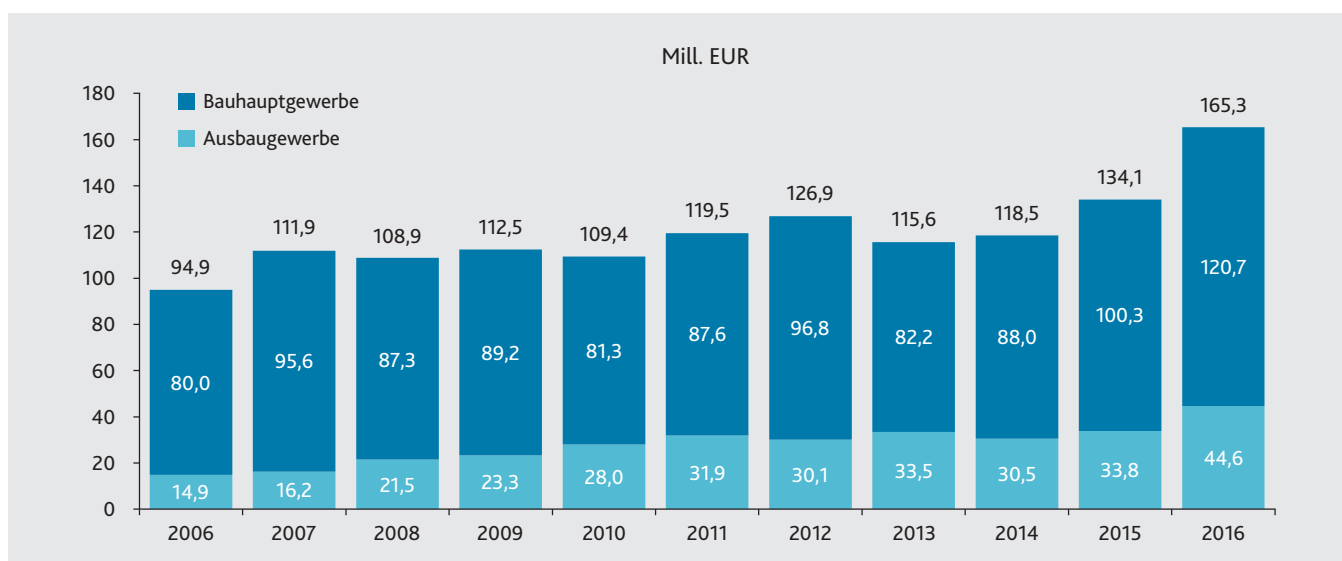
20 Prozent entspricht. Je tätige Person lagen die Investitionen bei 6 135 Euro. Die Investitionsquote belief sich auf 3,6 Prozent (2015: 3,2 Prozent).

Innerhalb des Bauhauptgewerbes tätigten die Unternehmen des Wirtschaftszweigs „Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken“ mit 51,4 Millionen Euro die höchsten Investitionen (+16 Prozent). Der Bereich „Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten“ folgte mit Abstand an zweiter Stelle; dort wurden 20,3 Millionen Euro investiert. In diesem Bereich, zu dem Dachdeckereien, Zimmereien und Gerüstbauunternehmen zählen, stiegen die Investitionen um 24 Prozent. Der Bereich „Bau von Gebäuden“ lag mit Investitionen in Höhe von 18 Millionen Euro an dritter Stelle (+15 Prozent). Den höchsten prozentualen Zuwachs gab es im Bereich „Leitungstiefbau und Kläranlagenbau“. Dort stiegen die Investitionen um 39 Prozent auf

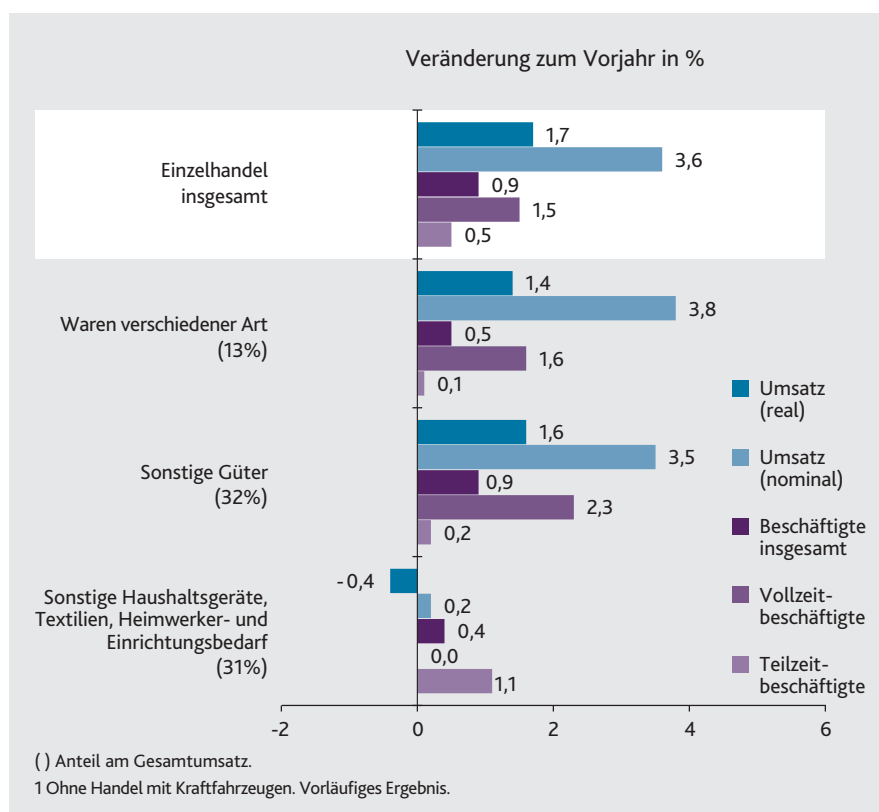
13,2 Millionen Euro. Ein Großteil der Bruttoanlageinvestitionen des Bauhauptgewerbes – rund 109,5 Millionen Euro – entfielen auf Maschinen und maschinelle Anlagen; das waren 19 Prozent mehr als 2015.

Im Ausbaugewerbe fiel der Anstieg der Investitionen prozentual noch stärker aus als im Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen tätigten 2016 Investitionen in Höhe von 44,6 Millionen Euro; das waren 32 Prozent mehr als 2015. Die Investitionsquote erhöhte sich von 1,9 Prozent im Jahr 2015 auf 2,3 Prozent (2015: 1,9 Prozent). Je tätige Person wurden 2 647 Euro investiert. Im Bereich Bauinstallation, zu dem u. a. die Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation zählt, lagen die Investitionen mit 37,2 Millionen Euro um 34 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Im „Sonstigen Ausbaugewerbe“ – dazugehören u. a. Bautischlerei und -schlosserei sowie

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 2006–2016



Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel¹ 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



märkte gehören. Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren setzte preisbereinigt 2,4 Prozent mehr um als ein Jahr zuvor. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik waren die Umsätze 7,8 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag 2017 um 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,5 Prozent und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,5 Prozent zu.

Mehr Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2017

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im Jahr 2017 mehr um als im Jahr zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 3,5 Prozent höher als 2016. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse um 5,7 Prozent. In Deutschland lagen die Gastgewerbeumsätze preisbereinigt um 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahres; in jeweiligen Preisen legten sie um 2,9 Prozent zu.

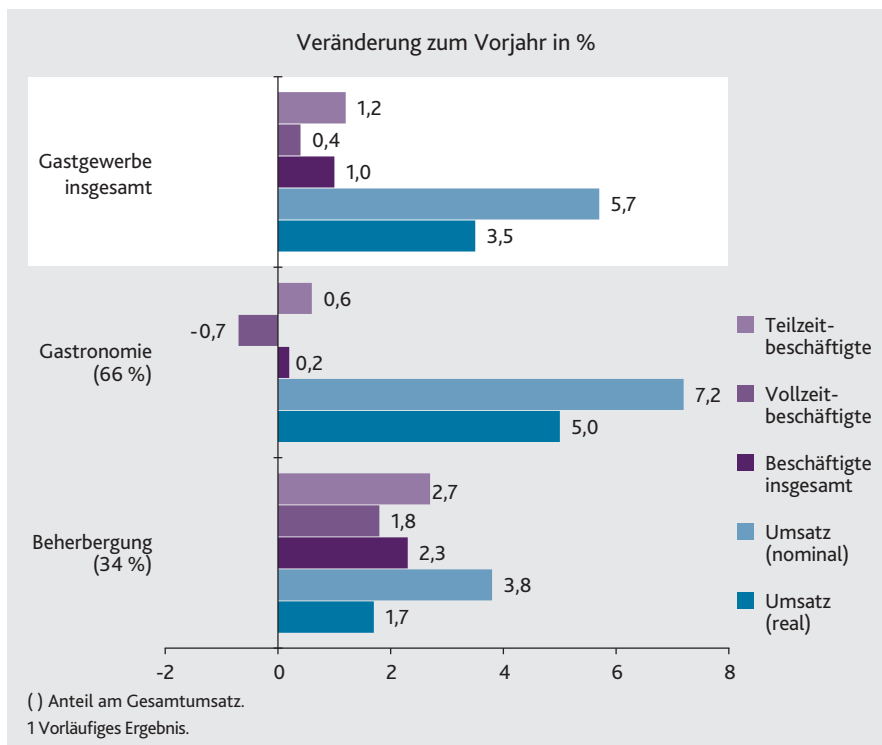
In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, erhöhten sich die Erlöse 2017 preisbereinigt um fünf Prozent. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verzeichnete eine Erlössteigerung von 6,1 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen stiegen um drei Prozent.

Fußboden-, Fliesen-, Plattenlegerei und Tapeziererei – wurden 7,4 Millionen Euro investiert, was einer Steigerung um 21,5 Prozent entspricht.

Einzelhandel 2017 mit Umsatz- und Beschäftigtenplus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte 2017 mehr um als im Vorjahr. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 1,7 Prozent höher als 2016. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 3,6 Prozent. Deutschlandweit legten die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt um 2,7 Prozent zu (nominal: +4,5 Prozent).

Die Umsatzentwicklung verlief in den verschiedenen Einzelhandelsbereichen fast durchweg positiv. Die umsatzstärkste Branche ist der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen u. a. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen. In diesem Handelssegment lagen die preisbereinigten Umsätze 2017 um 1,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Im zweitgrößten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ gingen die Erlöse hingegen real um 0,4 Prozent zurück. Um 1,4 Prozent stiegen die Umsätze im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbraucher-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ 2017

das den bisherigen Höchststand markierte, bedeutet dies einen Zuwachs um zwei Prozent. Die Übernachtungszahlen stiegen um 1,1 Prozent auf 25,29 Millionen und überschritten damit zum dritten Mal die 25-Millionen-Grenze.

In sechs der neun Tourismusregionen lagen die Übernachtungszahlen über dem Niveau des Vorjahres, wobei das Rheintal mit einer Steigerung um 3,5 Prozent den Spitzenplatz belegte. Dahinter folgten die Pfalz mit +3,1 Prozent und die Eifel mit +2,8 Prozent. In drei Regionen gingen die Übernachtungszahlen zurück, am stärksten im Naheland (-2,7 Prozent). Sieben der neun Tourismusregionen verzeichneten einen Anstieg der Gästezahlen. Mit einem Plus von

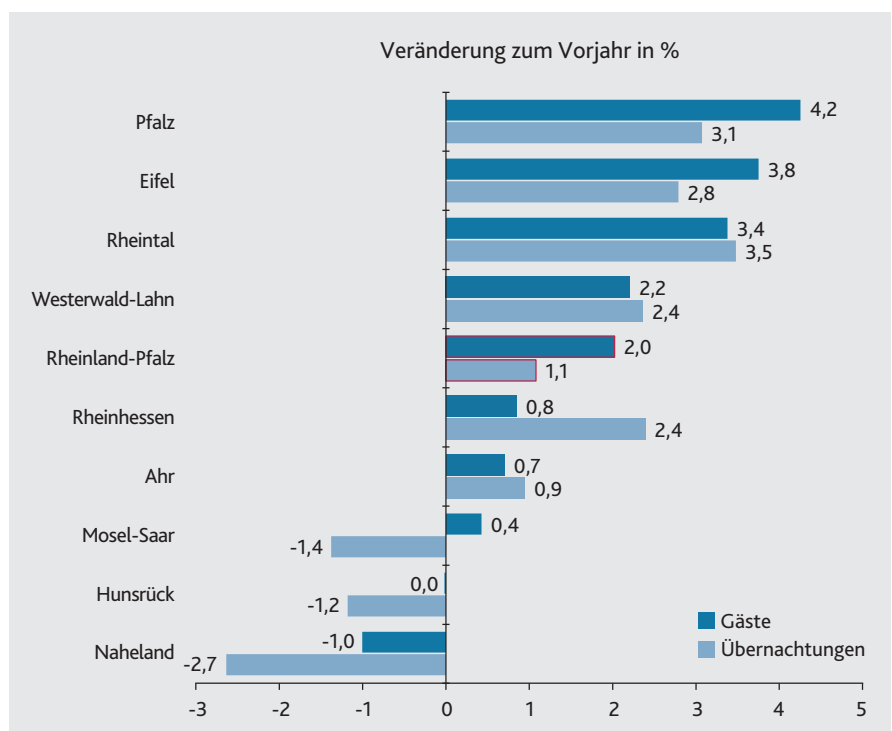
Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das gut ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, fielen die preisbereinigten Erlöse im Berichtsjahr um 1,7 Prozent höher aus als 2016.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe war 2017 ein Prozent höher als im Vorjahr. Dabei erhöhte sich die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,4 Prozent, während die Zahl der Teilzeitkräfte um 1,2 Prozent stieg.

Gäste- und Übernachtungsrekord im Jahr 2017

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche erzielte 2017 einen neuen Gäste- und Übernachtungsrekord. Es übernachteten 9,8 Millionen Gäste im Land. Gegenüber dem Vorjahr,

Gäste und Übernachtungen 2017 nach Tourismusregionen



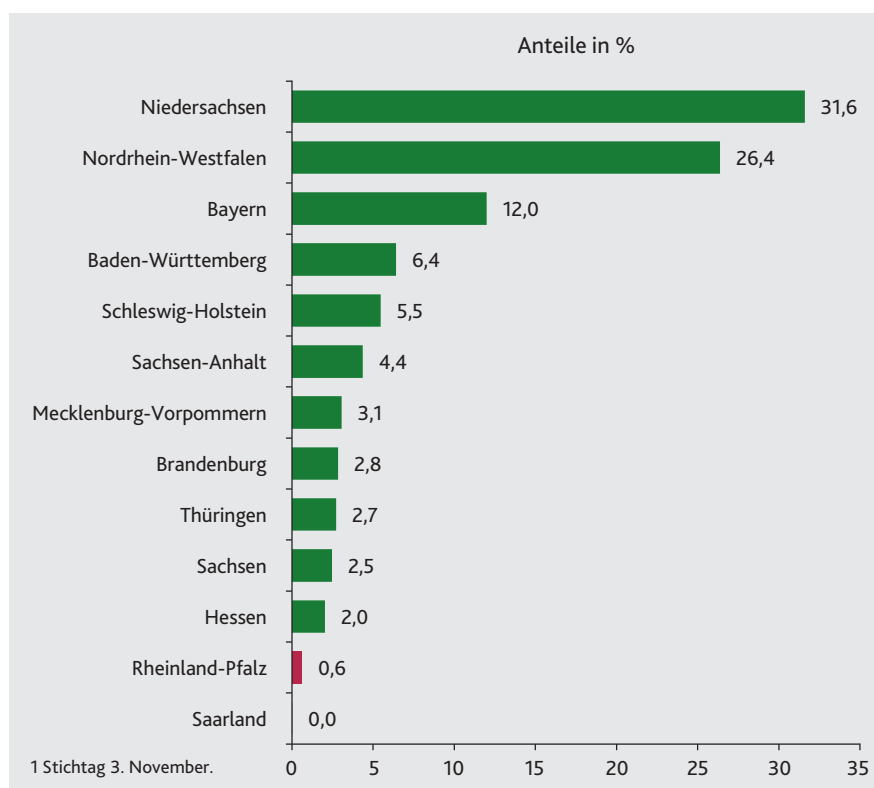
4,2 Prozent erreichte die Pfalz die höchste Zunahme.

Unter den elf Betriebsarten erzielten die Hotels garnis den höchsten Übernachtungszuwachs (+5,3 Prozent). Die Camping- und Reisemobilplätze folgten mit +3,5 Prozent an zweiter Stelle. Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Pensionen, Hotels sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime profitierten ebenfalls von einer gestiegenen Nachfrage. Die übrigen fünf Betriebsarten mussten Übernachtungsrückgänge hinnehmen. Am größten fiel das Minus bei den Ferienzentren aus, deren Übernachtungsaufkommen um 2,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau lag.

Die Gästezahlen stiegen in acht der elf Betriebsarten; die größten prozentualen Zuwächse verzeichneten Camping- und Reisemobilplätze, Hotels garnis und Pensionen.

Die neuen Höchstwerte bei den Gästeankünften und Übernachtungen sind in erster Linie auf die gestiegene Nachfrage von Besucherinnen und Besuchern aus dem Inland zurückzuführen. Die Zahl der Gäste aus Deutschland erhöhte sich um 2,3 Prozent auf 7,74 Millionen. Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 1,8 Prozent auf 19,54 Millionen. Aus dem Ausland kamen zwar mit 2,06 Millionen ebenfalls mehr Gäste als im Vorjahr (+1 Prozent). Die Zahl der von ihnen gebuchten Übernachtungen ging jedoch um 1,3 Prozent auf 5,76 Millionen zurück.

Schweine 2017¹ nach Bundesländern



Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz von geringer Bedeutung

Im November 2017 wurden in Rheinland-Pfalz in rund 200 landwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen etwa 170 400 Schweine gehalten. Rund 45 Prozent der Tiere waren Mastschweine in der Endmastphase, die am Stichtag bereits ein Lebendgewicht von wenigstens 50 Kilogramm erreicht hatten. Nur ungefähr sechs Prozent des Bestandes entfielen auf Zuchtsauen.

Mehr als die Hälfte der Schweine wurde in Betrieben mit 1 000 und mehr Tieren gehalten. Von den Zuchtsauen standen gut zwei Drittel in diesen größeren Betrieben.

In Deutschland (ohne die Stadtstaaten) gibt es mehr als 27 Millionen Schweine. Die Schweinehaltung konzentriert sich auf die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit fast 60 Prozent des Bestandes. Dagegen lag der Anteil der in Rheinland-Pfalz gehaltenen Schweine bei unter einem Prozent. Der Bestand ist in den vergangenen fünf Jahren um mindestens 15 Prozent und die Zahl der Schweinehalter um etwa die Hälfte zurückgegangen.

Reallöhne steigen 2017 um 0,7 Prozent

Nach vorläufigen Ergebnissen sind die Reallöhne in Rheinland-Pfalz 2017 um 0,7 Prozent gestiegen (Deutsch-

land: +0,8 Prozent). Die Zunahme war damit wesentlich geringer als im Jahr 2016 (+1,5 Prozent); Grund ist der stärkere Anstieg der Verbraucherpreise.

Die Entwicklung des Reallohnindex hängt von der Entwicklung der Verdienste und der Verbraucherpreise ab. Mit einem Plus von 2,3 Prozent fiel die Steigerung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen 2017 etwas höher aus als im Jahr zuvor (2016: +2,1 Prozent). Seit 2010 lagen die Nominallohnsteigerungen mit Ausnahme des Jahres 2015 (+3,3 Prozent) zwischen 2,1 und 2,8 Prozent.

Obwohl die Nominallohne 2017 etwas stärker stiegen als im Vorjahr, fiel der Reallohnzuwachs aufgrund der höheren Teuerungsrate deutlich geringer aus als 2016. Die Verbraucherpreise sind 2017 mit +1,6 Prozent

stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Zum Vergleich: In den Jahren 2014 bis 2016 lag die Teuerungsrate auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau; sie schwankte zwischen +0,2 und +0,9 Prozent.

Anteil erneuerbarer Energieträger unverändert bei 45 Prozent

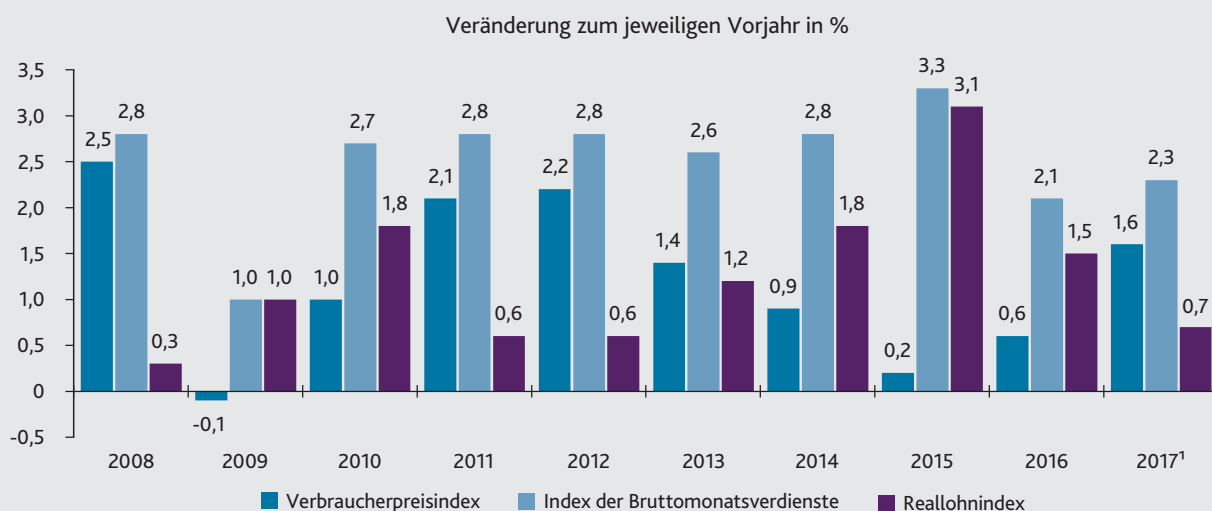
In Rheinland-Pfalz wurden 2016 rund 19,6 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt; das waren 0,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die aus erneuerbaren Energien gewonnene Strommenge lag bei 8,9 Milliarden Kilowattstunden, was einem leichten Rückgang gegenüber dem Rekordjahr 2015 entspricht (–0,3 Prozent). Der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Bruttostromerzeugung blieb damit nahezu unverändert bei rund 45 Prozent.

Der fossile Energieträger Erdgas ist mit einem Anteil von rund 48 Pro-

zent der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung – wenngleich der Wert seit Jahren abnimmt. Der Anteil lag vor zehn Jahren noch bei rund 70 Prozent.

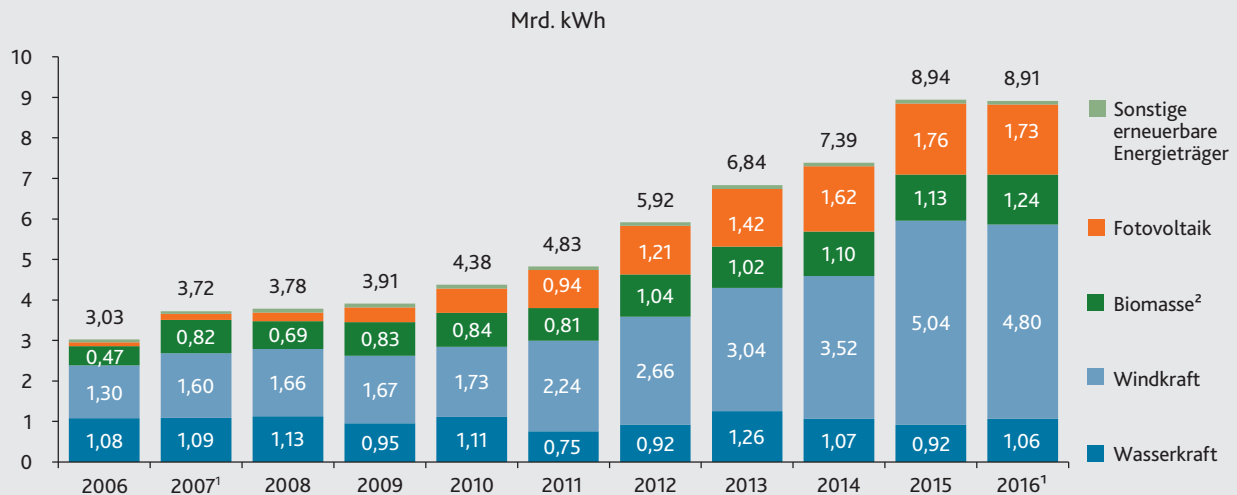
Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat sich dagegen in den vergangenen zehn Jahren fast verdreifacht, wobei Wind die wichtigste Rolle spielt. Im Jahr 2016 erzeugten die Windkraftanlagen 4,8 Milliarden Kilowattstunden Strom, das waren 4,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Aus Fotovoltaikanlagen stammten 1,7 Milliarden Kilowattstunden Strom, zwei Prozent weniger als 2015. Die Rückgänge lassen sich auch auf die Witterungsbedingungen zurückführen; das Jahr 2016 war vergleichsweise sonnen- und windschwach. Die Biomassenanlagen im Land lieferten 1,2 Milliarden Kilowattstunden und die Wasserkraftanlagen 1,1 Milliarden

Verbraucherpreise, Bruttomonatsverdienste und Reallohne 2008–2017



¹ Index der Bruttomonatsverdienste und Reallohnindex 2017 vorläufig.

Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern 2006–2016



¹ Vorläufige Ergebnisse. – ² Biomasse umfasst feste und flüssige Biomasse, Biogas, Klärschlamm sowie den biogenen Anteil des Abfalls.

Kilowattstunden Strom (+9,1 bzw. +15 Prozent).

Die rheinland-pfälzische Stromerzeugung reicht trotz Ausbaus nicht aus, um den Strombedarf im Land zu decken. Der Nettostromimport belief sich 2015 auf 9,4 Milliarden Kilowattstunden, das waren 32 Prozent des in Rheinland-Pfalz verbrauchten Bruttostroms. Als Importland bezieht Rheinland-Pfalz Strom, der sowohl aus erneuerbaren als auch fossilen Quellen bzw. Kernbrennstoffen gewonnen wird.

Zahl der Verkehrstoten 2017 wieder gestiegen

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren im Jahr 2017 insgesamt 177 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren dies 16 mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2016 war die Zahl der

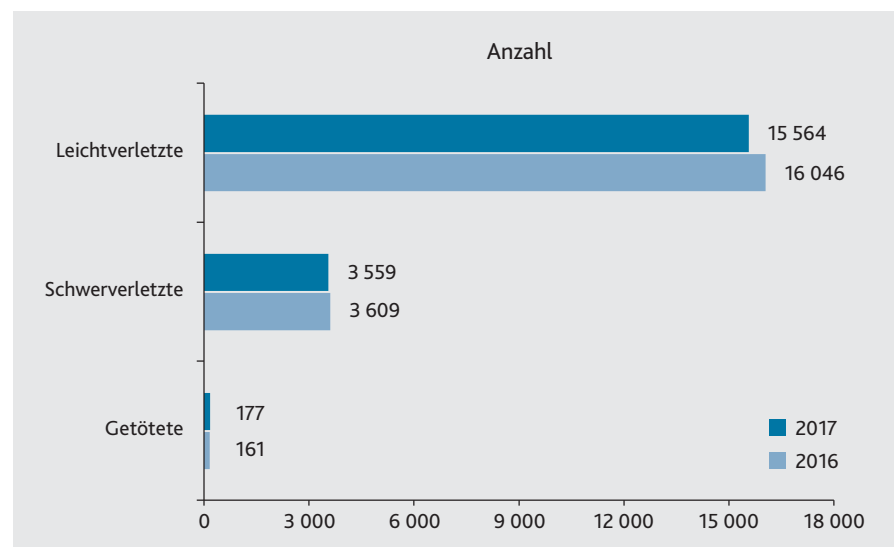
Verkehrstoten auf den niedrigsten Stand seit Einführung der Straßenverkehrs-unfallstatistik im Jahr 1953 gesunken.

Die Zahl der Schwerverletzten ging 2017 um 1,4 Prozent auf 3 559 zurück. Leicht verletzt wurden 15 564 Verun-

glückte und damit drei Prozent weniger als 2016.

Insgesamt registrierte die Polizei 145 867 Verkehrsunfälle, 2,2 Prozent mehr als im Jahr 2016. Bei 131 058 Unfällen blieb es beim Sachschaden (+2,8 Prozent).

Verunglückte im Straßenverkehr 2016 und 2017



Großregion: Positive Signale aus der Wirtschaft im dritten Quartal 2017



Der Arbeitsmarkt zeigte sich im dritten Quartal 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sehr aufnahmebereit. Jeweils etwa 19 Prozent mehr offene Stellen meldeten das Saarland, Wallonien und Lothringen. Rheinland-Pfalz folgte mit 14 Prozent und Luxemburg registrierte ein Plus von 1,5 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen konnte im Vergleich zum dritten Quartal 2016 mit Ausnahme Lothringens in allen anderen Regionen abgebaut werden. Die Rückgänge waren im Saarland (–6,4 Prozent), in Wallonien (–5 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (–4,8 Prozent) sehr deutlich ausgeprägt. In Luxemburg waren es –3,2 Prozent. Lothringen hatte mit einem Plus von 1,7 Prozent eine leicht steigende Arbeitslosigkeit hinzunehmen.

Im dritten Quartal 2017 kamen auch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Einsatz. Luxemburg meldete für das dritte Quartal 2017 ein Plus von 3,4 Prozent, es folgen Rheinland-Pfalz mit +2,1 Prozent, das Saarland mit +1,3 Prozent und Lothringen mit +0,9 Prozent. Für Wallonien liegen keine Angaben vor.

Die Umsätze in den Wirtschaftsbereichen entwickelten sich zum Teil sehr positiv: So meldete das Verarbeitende

Gewerbe im Saarland ein Plus von 14 Prozent und das Baugewerbe in Rheinland-Pfalz +10 Prozent. Im Saarland florierte der Einzelhandel mit +5,7 Prozent, wohingegen es Umsatzrückgänge im Baugewerbe (–2,7 Prozent) und im Gastgewerbe (–5,8 Prozent) gab. Luxemburg punktete vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (+8,1 Prozent) und im Gastgewerbe (+5,1 Prozent). Rheinland-Pfalz verbuchte in allen Wirtschaftsbereichen beachtliche Zuwächse. Auch Wallonien konnte sich in allen Wirtschaftsbereichen verbessern, blieb aber meist hinter den Ergebnissen von Rheinland-Pfalz zurück. Im Gastgewerbe erreichte es mit 6,7 Prozent Plus einen Spitzenwert. Für Lothringen liegen keine Angaben vor.

Die positiven Konjunktursignale stimulierten auch den Außenhandel. Vor allem das Saarland exportierte mit +13 Prozent deutlich mehr Waren als im gleichen Vorjahresquartal. Hohe Einfuhrzuwächse verzeichneten das Saarland (+20 Prozent), Rheinland-Pfalz (+18 Prozent) und Lothringen (+8 Prozent). Im Vergleich zum dritten Vorjahresquartal stieg das Bruttoinlandsprodukt in Luxemburg mit +3,1 Prozent sehr kräftig an. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im gleichen Zeitraum in allen Regionen, gingen jedoch nicht über die 1,9 Prozent hinaus, welche in Luxemburg und in Wallonien erreicht wurden.

Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und unter www.statistik.rlp.de sowie im gemeinsamen Datenportal der Statistischen Ämter der Großregion (www.grossregion.lu) veröffentlicht.

Länderergebnisse zum Gesundheitswesen auf einen Blick

Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“, der das Statistische Landesamt in Bad Ems angehört, gibt in ihrer aktuellen Veröffentlichung erstmals einen Überblick über das Gesundheitswesen aller Bundesländer. Die Broschüre informiert unter anderem darüber, dass die rheinland-pfälzische Gesundheitswirtschaft

im Vergleich der Bundesländer eine überdurchschnittliche Bedeutung hat.

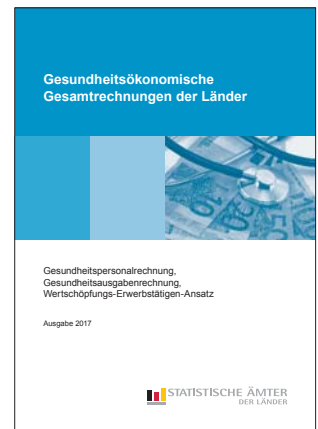
In Rheinland-Pfalz wurde in der Gesundheitswirtschaft 2016 eine Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen von rund 14,2 Milliarden Euro erzielt. Mit einem Anteil von gut elf Prozent an der gesamten Wertschöpfung liegt Rhein-

land-Pfalz an achter Stelle und gut einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der Bundesländer.

Von den rund zwei Millionen rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen waren 2016 etwa 15 Prozent bzw. 291 000 in der Gesundheitswirtschaft tätig. Damit lag das Land gut einen Prozentpunkt hinter Schleswig-Holstein, das den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen in der Gesundheitswirtschaft aufwies.

Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2015 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 292 Euro. Dieser Wert liegt etwas über dem bun-

desdeutschen Durchschnitt (4 213 Euro pro Kopf). Der überwiegende Teil der Gesundheitsausgaben wird wie in den anderen Ländern durch die gesetzlichen Krankenversicherungen getragen. Im Jahr 2015 kamen sie in Rheinland-Pfalz für gut 55 Prozent der Ausgaben auf (Deutschland: 58 Prozent).



Mikrozensus: Rund 20 000 Haushalte werden befragt – Interviewerinnen und Interviewer gesucht

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Rund 200 Interviewerinnen und Interviewer werden das ganze Jahr über in Rheinland-Pfalz unterwegs sein, um 20 000 Haushalte zu befragen. Auf der Internetseite www.mikrozensus.rlp.de/methode gibt es Informationen darüber, in welchen Gemeinden des Landes wann Befragungen stattfinden werden. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Durch den Einsatz von Tablet-PCs finden die Befragungen papierlos statt.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Marcel Hürter, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit bereitgestellt werden können.

Das Statistische Landesamt sucht landesweit Interviewerinnen und Interviewer für den Mikrozensus. Sollten Sie Interesse haben, im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements die Befragung bei ausgewählten Privathaushalten zu unterstützen, wenden Sie sich bitte über die E-Mail-Adresse: mikrozensus@statistik.rlp.de an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz. Weiterführende Informationen finden Sie unter www.mikrozensus.rlp.de/interviewer

Der Mikrozensus ...

- ist eine sogenannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Adressen ausgewählt werden.
- befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, bis zu vier Mal in fünf aufeinanderfolgenden Jahren.
- ist eine Erhebung mit gesetzlich verankerter Auskunftspflicht.
- wird durch ehrenamtlich tätige Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind und die ihren Besuch bei den Haushalten schriftlich ankündigen.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt



Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2018 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt. Die Publikation enthält viele interessante Informationen zur Situation von Frauen in der Gesellschaft und zeigt dabei kleinere und größere Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern:

- Frauen leben länger als Männer: Die durchschnittliche Lebenserwartung eines heute geborenen Mädchens ist mit 82,9 Jahren um 4,5 Jahre höher als die eines Jungen (78,4 Jahre).
- Frauen heiraten früher als Männer: Bei ihrer ersten Eheschließung sind Frauen im Durchschnitt 30,8 Jahre alt, während Männer mit 33,5 Jahren erstmals heiraten.
- Frauen erreichen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: Fast 41 Prozent der jungen Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es nur 31 Prozent. Außerdem werden 54 Prozent der

bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen von Frauen abgelegt.

- Durchschnittlich 72 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sind weiblich. Dagegen sind Frauen bei den Professorenstellen mit einem Anteil von 21 Prozent deutlich unterrepräsentiert.
- Frauen sind häufig teilzeitbeschäftigt: Mehr als jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet Teilzeit (52 Prozent), bei den Männern beträgt die Teilzeitquote nur 9,2 Prozent.
- Frauen haben seltener Führungspositionen: Nur 39 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen sind weiblich.
- Frauen sind seltener in Verkehrsunfälle mit Personenschaden verwickelt: Knapp 36 Prozent der Unfallbeteiligten sind weiblich.
- Frauen begehen weniger Straftaten: Nur ein Fünftel aller Verurteilungen betrifft Frauen. Bei den Strafgefangenen liegt ihr Anteil mit 6,5 Prozent noch niedriger.

Diese und viele weitere interessante Informationen zu verschiedenen Themenbereichen wie z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gesundheit enthält das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“, das zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/faltblaetter-und-broschueren zur Verfügung steht.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Februar 2018

Der Verbraucherpreisindex lag im Februar 2018 um 1,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Ein Grund für die moderate Preisentwicklung ist der Rückgang der Energiepreise. Sie waren im Februar 2018 um 0,9 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Dazu trug die Preissenkung bei Mineralölprodukten bei, die sich um 2,6 Prozent verbilligten. Gas wurde ebenfalls günstiger (-1,4 Prozent). Die Strompreise änderten sich kaum (+0,3 Prozent). Darüber hinaus machte sich der vergleichsweise niedrige Preisanstieg bei Nahrungsmitteln bemerkbar (+0,7 Prozent). Deutliche Preissteigerungen gab es allerdings bei Molkereiprodukten und Eiern (+11 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als

Kerninflationsrate bezeichnet wird, ist gestiegen. Sie lag im Februar 2018 bei 1,5 Prozent nach 1,3 Prozent im Januar.

In elf der zwölf Hauptgruppen gab es Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat. Die größten Erhöhungen waren bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren zu verzeichnen (+3 Prozent). Nur in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ sank das Preisniveau (-0,7 Prozent).

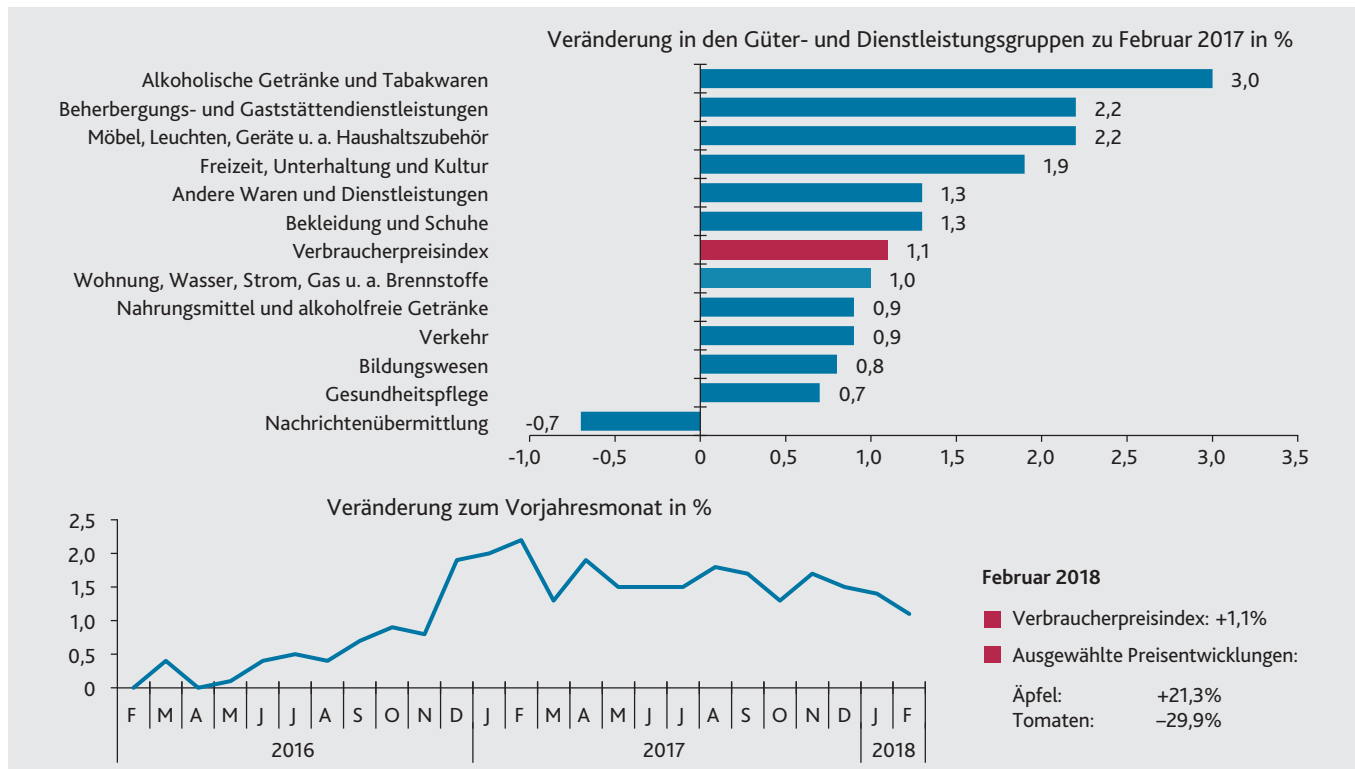
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex im Februar 2018 um 0,3 Prozent gestiegen. Insbesondere für Bekleidung und Schuhe sowie für Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen (+2,5 bzw. +2,2 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2018



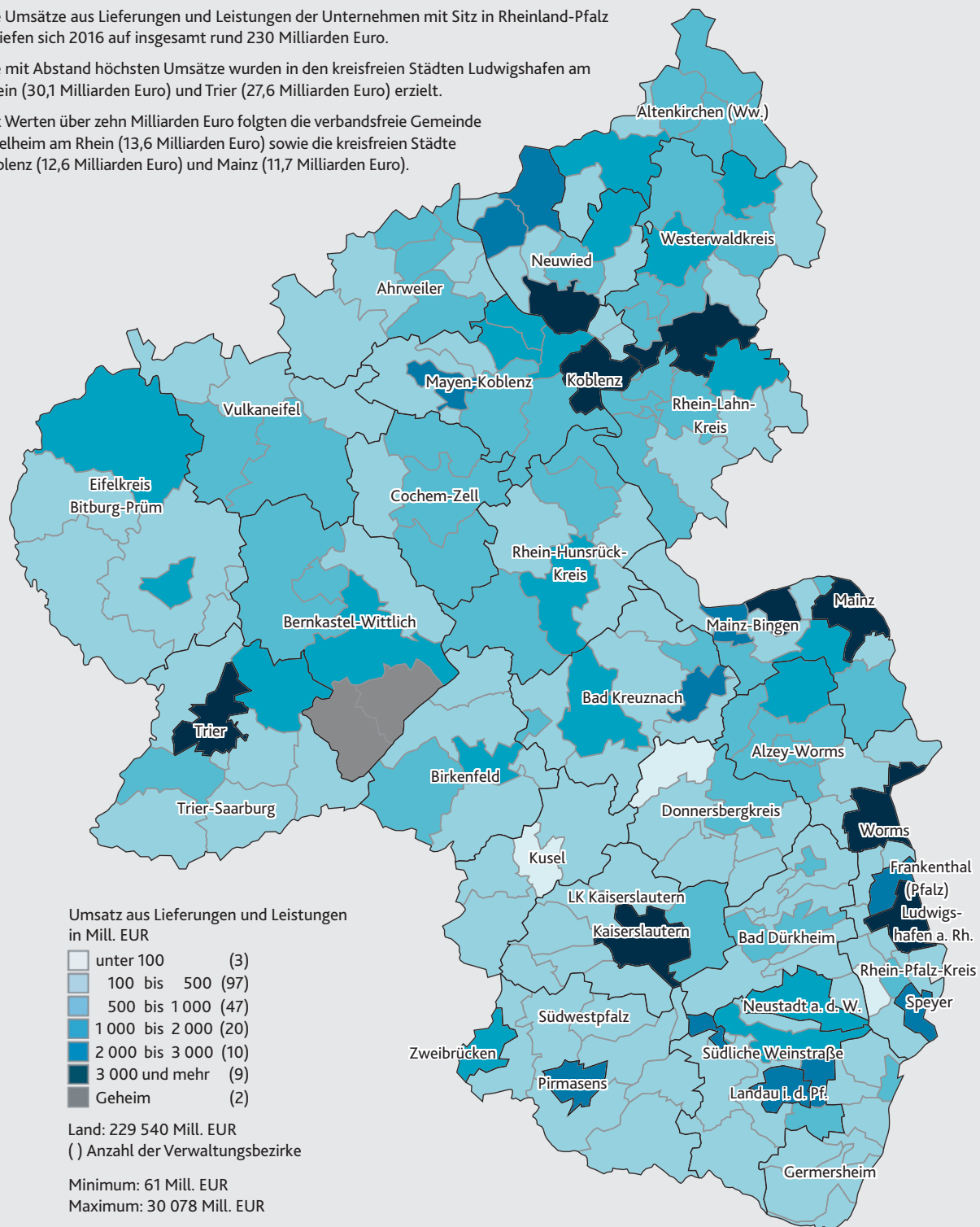
Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2016 nach Verwaltungsbezirken

230 Milliarden Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen

Die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen der Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz beliefen sich 2016 auf insgesamt rund 230 Milliarden Euro.

Die mit Abstand höchsten Umsätze wurden in den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein (30,1 Milliarden Euro) und Trier (27,6 Milliarden Euro) erzielt.

Mit Werten über zehn Milliarden Euro folgten die verbandsfreie Gemeinde Ingelheim am Rhein (13,6 Milliarden Euro) sowie die kreisfreien Städte Koblenz (12,6 Milliarden Euro) und Mainz (11,7 Milliarden Euro).



Verbraucherpreise 2017

Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +1,6 Prozent



Von Thomas Kirschey

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Beurteilung inflationärer Tendenzen und dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen).

Im Durchschnitt des Jahres 2017 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das war der höchste Anstieg seit 2012. In den letzten drei Jahren hatte sich der Verbraucherpreisindex um weniger als ein Prozent erhöht. Die niedrigsten Preissteigerungen wurden im März und im Oktober registriert (jeweils +1,3 Prozent). Den Höchststand erreichte die Teuerungsrate mit +2,2 Prozent im Februar.

Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Er dient als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung.

Stärkster Anstieg seit 2012

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz hat sich im Jahresdurchschnitt 2017 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent erhöht. Das war der stärkste Anstieg seit 2012. Dennoch blieb die Teuerungsrate wieder unter dem Zielwert der Europäischen

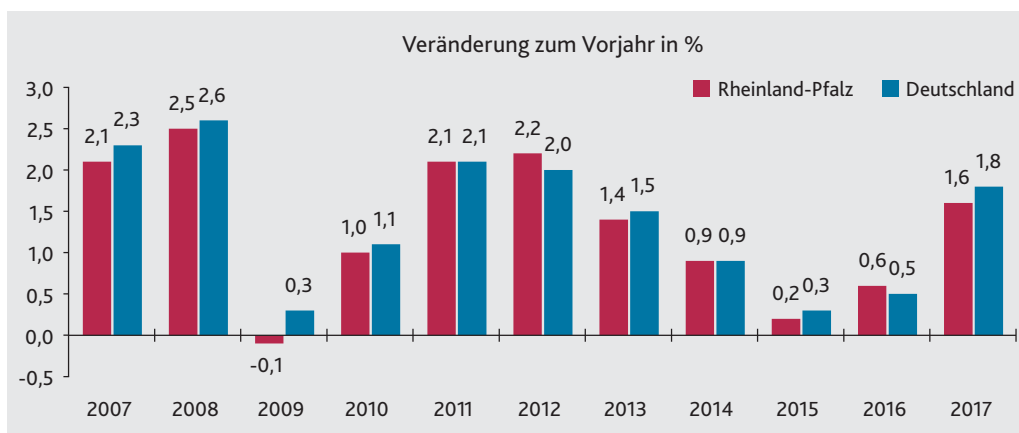
Zentralbank. Die EZB verfolgt das Ziel, die Inflationsrate auf mittlere Sicht für den Euroraum unter, aber nahe zwei Prozent zu halten. In den letzten drei Jahren hatte sich der Verbraucherpreisindex sogar um weniger als ein Prozent erhöht (2014: +0,9 Prozent; 2015: +0,2 Prozent; 2016: +0,6 Prozent).

Bundesweit stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent. Im Jahr 2016 lag die Inflationsrate für Deutschland bei 0,5 Prozent und die für Rheinland-Pfalz bei 0,6 Prozent. Die nahezu gleichlaufende Preisentwicklung (2017 lag der Index für die Gesamtlebenshaltung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland jeweils bei 109,3) ist zum einen durch das bundeseinheitliche

Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz entspricht im Wesentlichen dem Bundesdurchschnitt

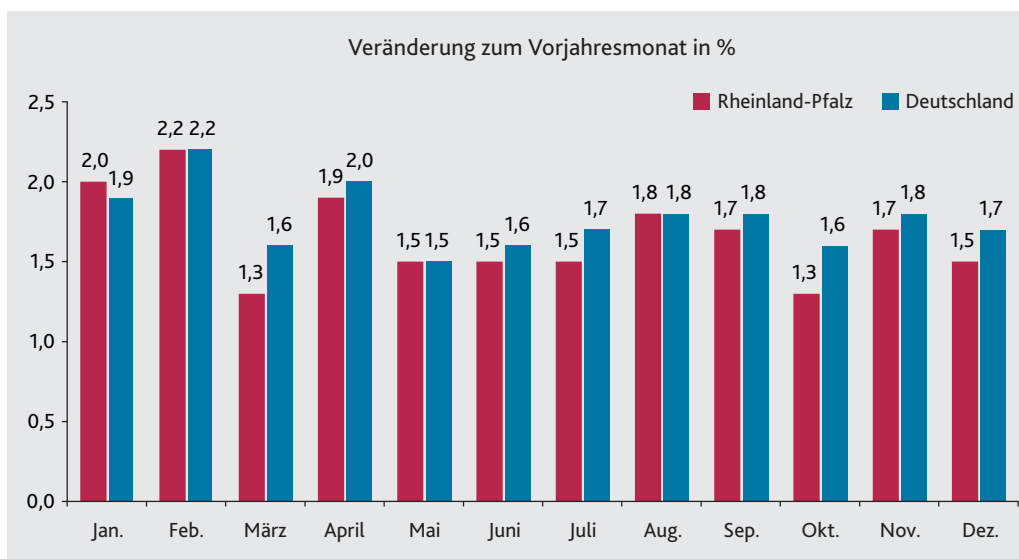
G 1

Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2007–2017



G 2

Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017 nach Monaten



Wägungsschema begründet. Zum anderen wirken sich administrierte Preisveränderungen, etwa bei der Festsetzung von Gebühren oder durch Verbrauchsteuern, in allen Bundesländern ähnlich aus.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex zog zum Jahresende 2016 an und verzeichnete seinen höchsten Anstieg im Dezember 2016 (+1,9 Prozent). Die unterjährige Betrachtung zeigt, dass sich diese Entwicklung im Januar 2017 fortsetzte. Anschlie-

ßend erreichte die Teuerungsrate im Februar mit +2,2 Prozent den höchsten Stand des Jahres. Eine Preissteigerung oberhalb der Zwei-Prozent-Marke wurde davor zuletzt im Dezember 2012 registriert. Nachdem im März mit +1,3 Prozent die niedrigste Erhöhung der Verbraucherpreise im Jahresverlauf errechnet wurde, kam es im April noch einmal zu einem Anstieg auf +1,9 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf lag die Teuerungsrate unter dem im Frühjahr erreichten Niveau. Bis

Höchste
Teuerungsrate
im Februar –
niedrigste Preis-
steigerungen im
März und
im Oktober

zum Jahresende kam es zu Inflationsraten in einem Bereich von +1,3 Prozent im Oktober bis +1,8 Prozent im August.

Hohe Preissteigerung zum Jahresbeginn durch statistischen Basiseffekt verursacht

Ein wesentlicher Grund für den kräftigen Anstieg der Inflationsrate zum Jahreswechsel 2016/2017 war die Preisentwicklung im Energiebereich. Die Energiepreise hatten von Dezember 2015 bis April 2016 ein außergewöhnlich niedriges Niveau, das bei der Berechnung der Preissteigerungsrate für Dezember 2016 bzw. für die ersten vier Monate 2017 zu einem statistischen Basiseffekt führte. Lediglich im März wurde dieser Effekt durch den nachlassenden Preisdruck bei den Nahrungsmitteln abgeschwächt.

Energiepreise im Jahresdurchschnitt um 2,9 Prozent über dem Vorjahresniveau

Kraftstoffe 6,2 Prozent, Haushaltsenergie 1,5 Prozent teurer als im Vorjahr

Nachdem es im Vorjahr noch zu deutlichen Preissenkungen im Energiebereich gekommen war (2016: –5 Prozent), erhöhten sich die Energiepreise 2017 durchschnittlich um 2,9 Prozent. Die Kraftstoffpreise zogen um 6,2 Prozent an (2016: –7,1 Prozent); für Haushaltsenergie musste 1,5 Prozent mehr bezahlt werden als im Vorjahr (2016: –4,1 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Energie hätte die Jahresteuerrate 2017 bei +1,5 Prozent gelegen (2016: +1,2 Prozent). Der Einfluss der steigenden Preise im Energiebereich auf die Gesamtteuerung belief sich auf 0,31 Prozentpunkte.

Kerninflation im Jahresdurchschnitt bei +1,3 Prozent

Die als Kerninflationsrate bezeichnete Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ lag im Jahresdurchschnitt 2017 bei +1,3 Prozent, nach +1,2 Prozent in den beiden Vorjahren. Um längerfristige Trends im Preisniveau zu erkennen, werden bei diesem Preisindex Güter, deren Preise besonders schwankungsanfällig sind, nicht berücksichtigt. Die unterjährige

Entwicklung der Kerninflation bewegte sich in einem Korridor von +0,8 Prozent im März bis +1,5 Prozent im Juni.

Verbraucherpreisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen verläuft uneinheitlich

In elf der zwölf Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex sind 2017 die Preise gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die höchsten Teuerungsraten gab es in den Hauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3 Prozent), „Verkehr“ (+2,9 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,5 Prozent). In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (–0,7 Prozent) wurden dagegen niedrigere Preise als im Jahr zuvor registriert.

Preisveränderung in den Hauptgruppen zwischen –0,7 und +3 Prozent

Auch innerhalb der Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex werden unterschiedliche Entwicklungen deutlich. Um maßgebliche Preiseffekte zu identifizieren, erfolgt daher – in absteigender Reihenfolge der Verbrauchsbedeutung der einzelnen Hauptgruppen – eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen jahresdurchschnittlichen Preisentwicklung.

Preise rund ums Wohnen um 1,2 Prozent gestiegen

Die Preise in der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (Wägungsanteil: 32 Prozent) sind gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent gestiegen. Aufgrund des hohen Verbrauchsanteils belief sich der Einfluss auf die Gesamtteuerung auf 0,38 Prozentpunkte.

Die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten erhöhten sich um 1,4 Prozent. Die Preise für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung stiegen um 1,5 Prozent. Die Preise für die Wasserversorgung und

Mieten steigen um 1,4 Prozent

Der Verbraucherpreisindex

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich. In Rheinland-Pfalz erheben 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise von rund 700 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich etwa 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er beispielsweise im Rahmen von Tarifverhandlungen herangezogen. Private Verträge mit Wertsicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken zur Preisbereinigung nominaler Größen verwendet.

Als Maß für die Inflation dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Zentralbanken, Ministerien, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaft und Forschung sowie die Medien interessiert.

Warenkorb bildet Verbrauchsstruktur ab

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach dem zurzeit gültigen Wägungsschema werden im Durchschnitt 32 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil in der Hauptgruppe „Verkehr“ liegt bei 13 Prozent, der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ schlägt mit elf Prozent zu Buche. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus. Damit werden für die vier Hauptgruppen mit der höchsten Verbrauchsbedeutung im Durchschnitt zwei Drittel des Haushaltsbudgets aufgewendet.

Basisjahr der Berechnung ist 2010

Der Berechnung des Preisindex liegen die Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) des Basisjahres zu Grunde. Der Index

bezieht also den Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres. Es handelt sich damit um einen Preisindex nach der Berechnungsmethode des deutschen Nationalökonomen und Statistikers Étienne Laspeyres (1834–1913).

Eine Überarbeitung des Verbraucherpreisindex erfolgt im Turnus von fünf Jahren. Im Januar 2013 wurde auf das Basisjahr 2010 umgestellt. Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die Waren und Dienstleistungen: Die Anteile der Ausgaben für die verschiedenen Waren- und Dienstleistungsgruppen werden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. Bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung bleibt das neue Wägungsschema konstant. Demgegenüber kann die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung auch zwischen den Revisionsterminen angepasst werden (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung). Die für den Jahreswechsel 2017/2018 geplante turnusmäßige Revision des Verbraucherpreisindex mit Einführung des Basisjahres 2015 muss aufgrund von Verzögerungen bei notwendigen Anpassungen der IT-Programme um ein Jahr verschoben werden.

Wahrgenommene Inflation und individuelle Teuerungsrate können vom gemessenen Verbraucherpreisindex abweichen

Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z. B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Benzin oder Diesel ausgeben – Kraftstoffe gehen aber mit einem Wägungsanteil von knapp vier Prozent in den Warenkorb der Preisstatistik ein. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt somit in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab.

andere wohnungsbezogene Dienstleistungen änderten sich gegenüber dem Vorjahr kaum (+0,1 Prozent).

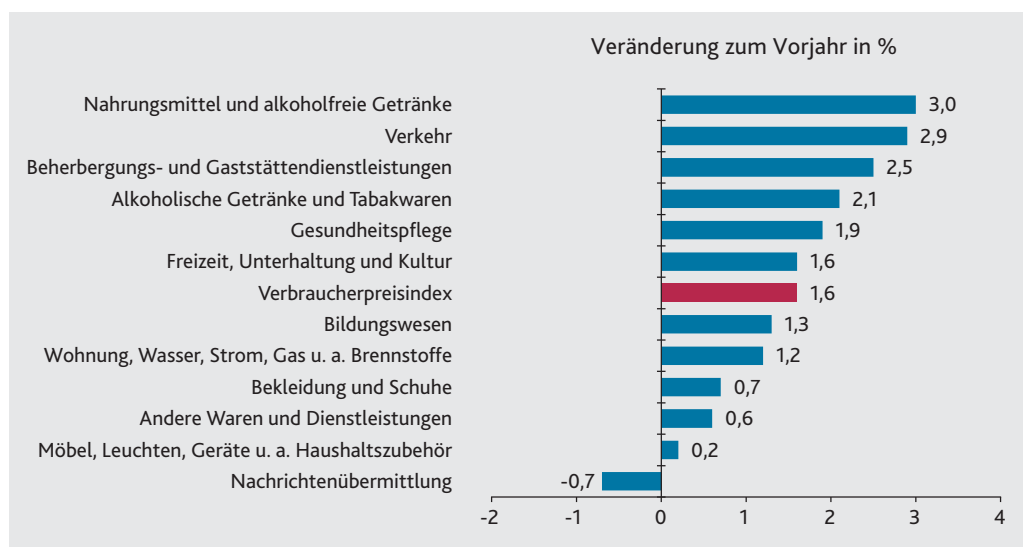
Haushaltsenergie wird um 1,5 Prozent teurer

Der Preisanstieg bei der Haushaltsenergie (+1,5 Prozent) ist in erster Linie auf die kräftige Erhöhung der Heizölpreise zurück-

zuführen (+16 Prozent). Teurer wurden im Jahresverlauf aber auch feste Brennstoffe und Strom (+2,4 bzw. +0,2 Prozent). Niedriger als 2016 waren dagegen die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (-1,5 Prozent) sowie die Preise für Gas (-0,8 Prozent).

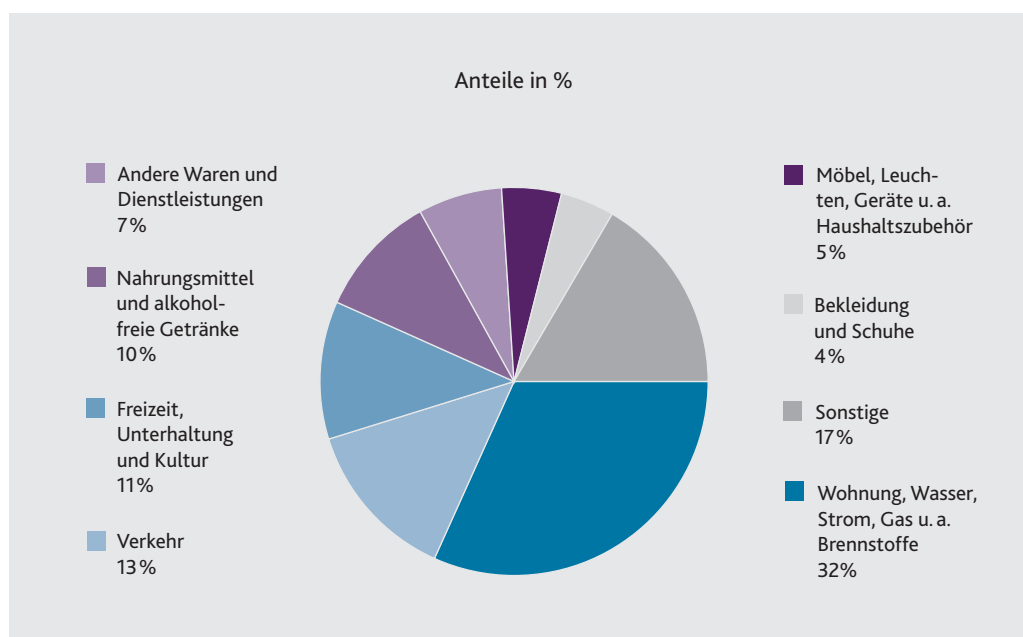
G 3

Verbraucherpreisindex 2017



G 4

Warenkorb im Basisjahr 2010 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



T 1

Preisspiegel für Energie 2017

Güterart	Indexstand 2017	Veränderung zu 2016
	Basis 2010=100	%
Energie insgesamt	105,3	2,9
davon		
Haushaltsenergie insgesamt	110,3	1,5
davon		
Heizöl	88,2	15,9
Strom	127,5	0,2
Gas	106,4	-0,8
Feste Brennstoffe	111,4	2,4
Zentralheizung, Fernwärme	100,6	-1,5
Kraftstoffe insgesamt	96,4	6,2
darunter		
Superbenzin	96,9	5,6
Dieselmotorkraftstoff	95,7	8,3

Preise im Bereich Verkehr um 2,9 Prozent höher als im Vorjahr

Der Preisanstieg im Bereich „Verkehr“ (Wägungsanteil: 13 Prozent) belief sich 2017 auf 2,9 Prozent. Damit hatten die Preise rund um die Mobilität den höchsten Einfluss auf die Teuerungsrate (0,39 Prozentpunkte).

Kraftstoffe
deutlich teurer
als im Vorjahr

Die Entwicklung wurde in erster Linie durch die deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise bestimmt (+6,2 Prozent). Der Preis für Superbenzin lag im Durchschnitt um 5,6 Prozent über dem Vorjahresniveau; Diesel war sogar um 8,3 Prozent teurer. Für den Kauf von Personenkraftwagen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls mehr bezahlen als im Vorjahr (+1,5 Prozent). Bedingt durch diese Entwicklungen stieg der Kraftfahrer-Preisindex um 2,9 Prozent. Dieser fasst Waren und Dienstleistungen rund um die private Mobilität zusammen.

Höhere Preise
für Personen-
beförderung

Die Preise für die Personenbeförderung im Schienenverkehr (z. B. Bahntickets) verteuerten sich um 1,8 Prozent. Für die Personen-

beförderung im Luftverkehr (z. B. Flugreisen) musste ebenfalls mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+0,5 Prozent).

Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur muss 1,6 Prozent mehr bezahlt werden

In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (Wägungsanteil: elf Prozent) stiegen die Preise um 1,6 Prozent und trugen damit 0,18 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Die Preise für Zeitungen und Zeitschriften zogen spürbar an (+4,6 Prozent). Für Pauschalreisen musste ebenfalls mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+2,2 Prozent). Freizeit- und Kulturdienstleistungen verteuerten sich um 0,9 Prozent. Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte sowie deren Zubehör wurden dagegen im Jahresdurchschnitt billiger (-0,5 Prozent).

Zeitungen und
Zeitschriften
um 4,6 Prozent
teurer – Preise
für Pauschal-
reisen steigen
um 2,2 Prozent

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um drei Prozent teurer

Der Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (Wägungsanteil: zehn Pro-

zent) verzeichnete mit drei Prozent im Jahresdurchschnitt den höchsten Preisanstieg unter den zwölf Hauptgruppen. Damit belief sich der Beitrag zur Gesamtteuerung auf 0,31 Prozentpunkte.

Preise für Speisefette und -öle ziehen kräftig an

Nahrungsmittel verteuerten sich um 3,3 Prozent. Vor allem die Preise für Speisefette und -öle (+24 Prozent) sowie für Molkereiprodukte und Eier (+9,6 Prozent) zogen kräftig an. Aber auch bei Fisch und Fischwaren (+4,4 Prozent) sowie bei Fleisch und Fleischwaren (+2,3 Prozent) lagen die Preiserhöhungen über der Inflationsrate. Obst sowie Brot und Getreideerzeugnisse verteuerten sich unterdurchschnittlich (+1,4 bzw. +0,9 Prozent). Lediglich für Gemüse musste etwas weniger bezahlt werden als im Vorjahr (–0,2 Prozent).

Alkoholfreie Getränke um 1,6 Prozent teurer

Die Preise für alkoholfreie Getränke erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent. Dabei stiegen die Preise für Kaffee, Tee und Kakao (+3,7 Prozent) deutlich stärker als die für Mineralwasser, Limonaden und Säfte (+0,4 Prozent).

„Andere Waren und Dienstleistungen“ verteuern sich um 0,6 Prozent

In dem heterogenen Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ (Wägungsanteil: sieben Prozent) stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung belief sich damit lediglich auf 0,04 Prozentpunkte.

Persönliche Gebrauchsgegenstände und Finanzdienstleistungen teurer

Unter diesen Gütern, die sich keiner der übrigen Hauptgruppen zuordnen lassen, wurden für „Persönliche Gebrauchsgegenstände“ sowie für „Finanzdienstleistungen“ deutliche Preiserhöhungen ermittelt (+3,5 bzw. +3,4 Prozent). Für „Versicherungsdienstleistungen“ sowie für Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege musste ebenfalls mehr bezahlt werden (+1,5 bzw. +0,3 Pro-

zent). Dagegen waren die Preise für „Dienstleistungen sozialer Einrichtungen“ niedriger als im Vorjahr (–3,1 Prozent). Dies ist in erster Linie auf geänderte Leistungen der Pflegekassen im Zusammenhang mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz zurückzuführen.

Einrichtungsgegenstände kosten 0,2 Prozent mehr

Die Preise in der Hauptgruppe „Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör“ (Wägungsanteil: fünf Prozent) blieben fast unverändert. Sie lagen um 0,2 Prozent über dem Vorjahresniveau und hatten daher nur einen sehr geringen Einfluss auf die Gesamtteuerung.

Unter den Einrichtungsgegenständen verteuerten sich Heimtextilien am stärksten (+1,5 Prozent). Aber auch für Möbel, Leuchten und Teppiche musste etwas mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+0,5 Prozent). Haushaltsgeräte wurden dagegen günstiger (–1,5 Prozent).

Preise für Heimtextilien steigen um 1,5 Prozent

Bekleidung und Schuhe werden um 0,7 Prozent teurer

In der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stiegen die Preise durchschnittlich um 0,7 Prozent. Auch hier war der Beitrag zur Gesamtteuerung gering. Die Preise für Bekleidung lagen um 0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Schuhe verteuerten sich um 1,3 Prozent.

Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen ziehen um 2,5 Prozent an

Die Preise in der Hauptgruppe „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stiegen 2017 durchschnittlich um 2,5 Prozent. Der Einfluss

auf die Gesamtteuerung belief sich damit auf 0,11 Prozentpunkte. Für Gaststättendienstleistungen musste 2,9 Prozent mehr gezahlt werden als im Vorjahr. Übernachtungen wurden durchschnittlich um 0,9 Prozent teurer.

Für Gesundheitspflege muss 1,9 Prozent mehr bezahlt werden

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheitspflege“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent. Der Einfluss auf den Anstieg des Gesamtindex machte damit lediglich 0,08 Prozentpunkte aus.

Stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuern sich um 3,3 Prozent

Im Jahr 2017 stiegen die Preise für medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen um 2,4 Prozent. Stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuerten sich um 3,3 Prozent, ambulante Gesundheitsdienstleistungen um 0,4 Prozent. In die Berechnung der Gesundheitsdienstleistungen gehen bei gesetzlich Versicherten allerdings nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuern sich um 2,1 Prozent

In der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent. Der Beitrag zur Gesamtteuerung belief sich damit nur auf 0,08 Prozentpunkte.

Preise für Tabakwaren um vier Prozent gestiegen

Die Preise für Tabakwaren zogen um vier Prozent an. Alkoholische Getränke wurden dagegen um 0,4 Prozent billiger: Für Bier musste 0,8 Prozent weniger, für Wein und Spirituosen jeweils 0,1 Prozent mehr als im Vorjahr bezahlt werden.

Preise im Bereich Nachrichtenübermittlung sinken um 0,7 Prozent

Im Bereich der „Nachrichtenübermittlung“ (Wägungsanteil: drei Prozent) setzte sich der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2016 um 0,7 Prozent. Aufgrund der geringen Verbrauchsbedeutung wirkte sich das allerdings auf die Gesamtteuerung nur schwach dämpfend aus.

Nachrichtenübermittlung erneut billiger

Billiger wurden Telekommunikationsdienstleistungen (–0,9 Prozent). Preissteigerungen gab es dagegen bei Post- und Kurierdienstleistungen (+0,8 Prozent) sowie bei Telefonen und anderen Geräten für die Kommunikation (+0,6 Prozent).

Telekommunikationsdienstleistungen kosten 0,9 Prozent weniger

Preise im Bildungswesen steigen um 1,3 Prozent

Der Preisanstieg in der Hauptgruppe „Bildungswesen“ lag im Jahr 2017 bei 1,3 Prozent. Damit ging von der Hauptgruppe mit dem niedrigsten Verbrauchsanteil von einem Prozent so gut wie kein Einfluss auf die Gesamtteuerung aus.

Die Preise für „Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs“, der die Hochschulen umfasst, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Die Preise für „Bildungsdienstleistungen des Sekundärbereichs“ (Klassenstufen 5 bis 10 bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13 sowie berufsbildende Schulen) sanken dagegen um 0,3 Prozent.

Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs steigen um 2,3 Prozent

Fazit

Im Durchschnitt des Jahres 2017 lag die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz mit +1,6 Prozent höher als in den Jahren 2013 bis 2016 (zwischen +0,2 und +1,4 Prozent), blieb aber

wieder unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum.

Der Index der Kerninflation – definiert als „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ – stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent. Anders als beim Gesamtindex verharrt die Kerninflationsrate bereits seit Längerem auf diesem Niveau. Der Anstieg bewegte sich in den vorangegangenen fünf Jahren in einem engen Korridor von +1,2 Prozent (2015 und 2016) bis +1,4 Prozent (2012 und 2014).

Die Jahresteuersatzrate wurde auch 2017 durch die Preisentwicklung der Energiepro-

dukte geprägt (+2,9 Prozent). Dies hatte einen Einfluss von 0,31 Prozentpunkten auf die Gesamtteuerung. Außerdem gab es in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ den höchsten Preisanstieg im Jahresdurchschnitt (+3 Prozent). Diese Hauptgruppe trug ebenfalls 0,31 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“ tätig.

Grundbefragung der amtlichen Finanzstatistik

Hintergründe und Ergebnisse

Von Dr. Christoph Wonke und Marie Matawak Kella

Die amtliche Statistik erfasst die Finanzlage der öffentlichen Hand. Um sicherzustellen, dass dabei tatsächlich alle Einheiten Berücksichtigung finden, wurde 2016/17 erstmals eine umfassende Grundbefragung durchgeführt. Die Zahl der erfassten Einheiten der öffentlichen Hand stieg dadurch um 6,6 Prozent auf rund 3 900. Schwerpunktmäßig stammen die hierbei neu identifizierten Einheiten der Grundgesamtheit aus dem Themenfeld der kommunalen Tourismusförderung (Extrahaushalte) sowie der kommunalen Energieversorgung (sFEU). Die Ergebnisse werden bereits in den anstehenden Statistiken 2017/2018 berücksichtigt. Zukünftig soll die neue systematische Grundbefragung jährlich in ganz Deutschland stattfinden.

Die Notwendigkeit einer neuen Erhebung

Amtliche Finanzstatistik dokumentiert die Finanzlage der öffentlichen Hand vollumfänglich

Die amtliche Statistik hat die Aufgabe, die Finanzlage der öffentlichen Hand zu erheben und umfassend zu veröffentlichen. Die amtliche Statistik ist die einzige Institution, die hierbei auch tatsächlich ein Gesamtbild der öffentlichen Hand erstellt.

Zwar ordnen verschiedene Gesetze bereits die (parlamentarische) Aufstellung und Veröffentlichung von einzelnen Haushaltsplänen und -abschlüssen auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene an. Diese umfassen dabei jedoch lediglich die entsprechende Ebene. Beispielsweise zeigt der Haushaltsabschluss des Bundes nur die Finanzlage des Bundes, nicht jedoch die der Kommunen. Die Darstellung des öffentlichen Gesamthaushalts gibt es hier nicht.

Amtliche Statistik muss die Identifikation und Zuordnung der Bestandteile der öffentlichen Hand sicherstellen

Andererseits nutzt die öffentliche Hand zur Erbringung ihrer Aufgaben auch Einheiten, die in den öffentlichen Haushaltsplänen und -abschlüssen nicht oder nur teilweise berücksichtigt werden. Dementsprechend muss die amtliche Statistik noch vor der

Erhebung der eigentlichen Finanzdaten zunächst alle Bestandteile der öffentlichen Hand vollständig identifizieren und korrekt zuordnen.

Diese auf den ersten Blick trivial erscheinende Aufgabe erweist sich bei genauerer Analyse jedoch als hoch komplex. Zur systematischen Betrachtung und Zuordnung hat die amtliche Statistik das sogenannte Schalenmodell entwickelt. Nach diesem Modell kann man sich die öffentliche Hand als eine Frucht mit einem Kern sowie zwei äußeren Schalen vorstellen.

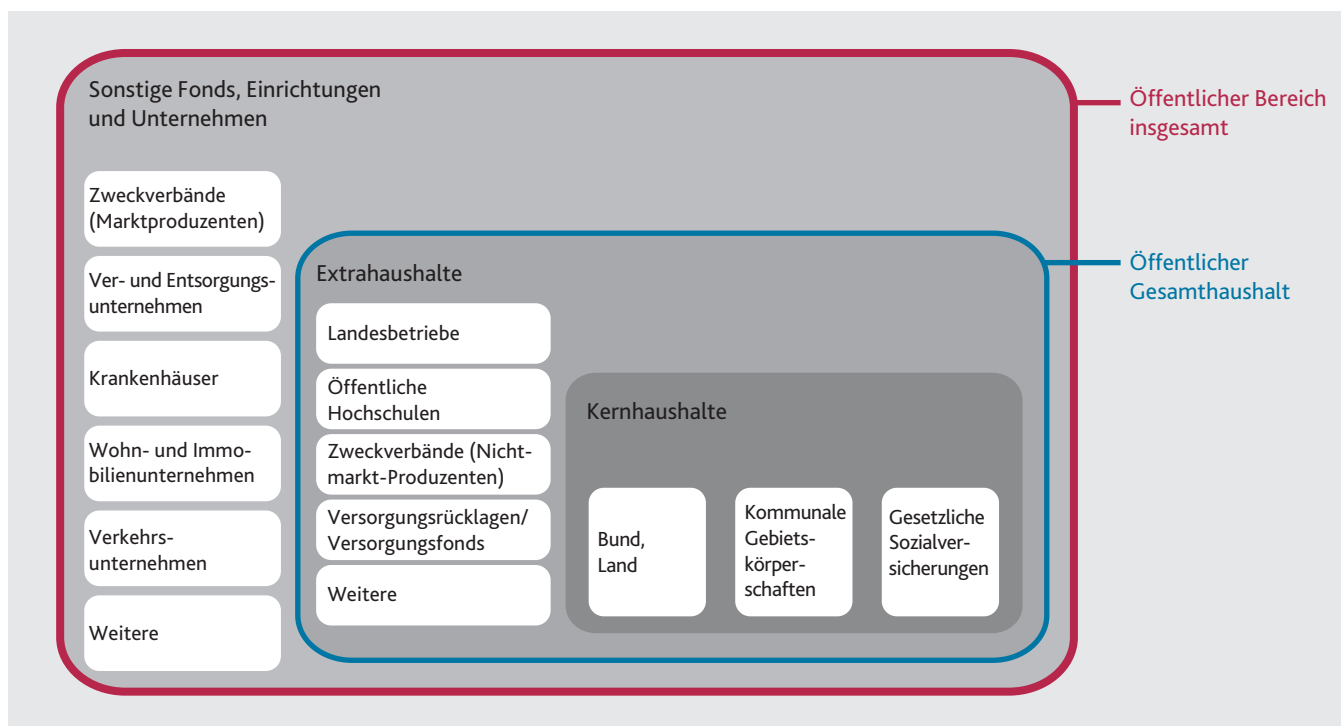
Schalenmodell als leitende Systematik: Kernhaushalte, Extrahaushalte und sFEU

Der Kern besteht aus den Gebietskörperschaften sowie den gesetzlichen Sozialversicherungen. Die Gebietskörperschaften beinhalten die Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen. Vereinfacht gesagt erfasst die amtliche Statistik im sogenannten Kernhaushalt damit die klassischen Behörden wie beispielsweise Ministerien, Ämter und Gemeindeverwaltungen. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass für sie öffentliche Haushaltspläne vorliegen, die (parlamentarisch) beschlossen wurden.

Kernhaushalt

Ü 1

Schalenkonzept der öffentlichen Finanzwirtschaft



Extrahaushalte Die erste Schale um den Kern besteht aus den sogenannten Extrahaushalten. Dabei handelt es sich um Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die zwar nicht in den Haushaltsplänen des Kernhaushalts abgebildet werden, aber dennoch im **engeren Sinn** zur öffentlichen Hand gehören. Im Wesentlichen weisen die Extrahaushalte zwei Merkmale auf: Einerseits sind sie öffentlich kontrolliert. D. h., die öffentliche Hand ist mittelbar oder unmittelbar mehrheitlicher Eigentümer (Nennkapitalanteil) oder verfügt zumindest gesellschaftsrechtlich über einen entsprechenden mehrheitlichen Stimmenanteil (größer 50 Prozent). Zum Zweiten sind sie finanziell von der öffentlichen Hand abhängig. Diese Abhängigkeit gilt in der amtlichen Statistik dann als gegeben, wenn die Einheit zu mindestens 50 Prozent öffentlich finanziert wird (z. B. durch Zuschüsse) oder wenn sie ihren Umsatz größtenteils mit der

öffentlichen Hand als Abnehmer erwirtschaftet (Faustregel: mehr als 80 Prozent).

Die zweite Schale wird aus den Einheiten gebildet, die lediglich im **weiteren Sinn** zur öffentlichen Hand gehören. Hierbei handelt es sich um sonstige Fonds, Einheiten und Unternehmen (sFEU), die zwar ebenso wie die Extrahaushalte durch die öffentliche Hand kontrolliert werden. Sie sind jedoch finanziell unabhängig(er) und agieren weitgehend als normale Marktteilnehmer. Das bedeutet, der Finanzierungsanteil des Staates liegt unterhalb von 50 Prozent. Sie erwirtschaften ihren Umsatz zudem zu einem wesentlichen Bestandteil auch mit nicht-staatlichen Marktteilnehmern (Faustregel: mindestens 20 Prozent).

Sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

Die Summe aus den Kernhaushalten und den Extrahaushalten wird in der amtlichen Statistik als „öffentlicher Gesamthaushalt“

bezeichnet. Werden die sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen noch hinzugezogen, so spricht die amtliche Statistik vom „öffentlichen Bereich“.

Identifizierung
und Zuordnung
ist extrem
komplex

Die amtliche Statistik hat also die Aufgabe, alle Einheiten der öffentlichen Hand zu identifizieren und diese gemäß dem Schalenmodell dem Kern oder einer seiner beiden Schalen zuzuordnen. Dabei darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass lediglich die Identifizierung wichtig sei. Auch die fehlerfreie Zuordnung zu den Teilbereichen des Schalenmodells ist von besonderer Bedeutung. Andernfalls wären die darauf aufbauenden amtlichen finanzstatistischen Kennzahlen fehlerhaft. So werden beispielsweise Schulden, die ein Extrahaushalt aufweist, in die nationale Schuldenmeldung Deutschlands an Eurostat bzw. die Europäische Union einbezogen. Schulden, die hingegen eine Einheit der zweiten Schale betreffen, werden zwar ebenso von der amtlichen Statistik erfasst und in nationalen Veröffentlichungen dargestellt. Nach den Regeln der EU sind diese bei der Schuldenmeldung des Nationalstaates jedoch nicht zu berücksichtigen. Demnach ist es für die EU-relevante Schuldenhöhe entscheidend, ob eine Einheit zur ersten oder zur zweiten Schale gehört.

Die amtliche Statistik steht bei der Identifizierung und Zuordnung der Teilbereiche der öffentlichen Hand vor einem mehrfachen Erfassungsproblem. Die Einheiten des Kernhaushalts sind noch relativ einfach identifizier- und zuordenbar. Für diese Einheiten liegen amtliche (Gebiets-)Körperschaftslisten und abgestimmte öffentliche Haushaltspläne vor. Veränderungen beispielsweise im Rahmen von kommunalen Gebietsreformen sind gut nachvollziehbar und müssen amtlich bekannt gemacht werden. Änderungen

werden zudem in der Regel erst nach einer längeren (politischen) Vorbereitungsphase umgesetzt.

Die deutlich größere Herausforderung für die amtliche Statistik liegt in den beiden Schalen. Hier sind gleich fünf Aspekte zu berücksichtigen:

Erstens können die politischen Entscheidungsträger weitgehend eigenständig festlegen, ob sie bestimmte (staatliche) Aufgaben mit internen Einheiten erbringen, die im Kernhaushalt berücksichtigt werden, oder stattdessen Einheiten außerhalb des Kernhaushalts nutzen. Politische Entscheidungsträger können also jederzeit neue externe Einheiten gründen, bestehende externe Einheiten zugunsten des Kernhaushalts wieder auflösen oder mit anderen externen Einheiten zusammenlegen. Extrahaushalte sowie öffentliche bestimmte sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen können also neu entstehen, sich vereinen oder sich wieder auflösen.

Einheiten
können neu
entstehen,
fusionieren
oder sich
auflösen

Die zweite Schwierigkeit besteht in der zeitlichen Durchlässigkeit zwischen der ersten und der zweiten Schale. Ein staatlich kontrolliertes Unternehmen kann in einem Jahr aufgrund seiner Umsatzbeziehungen ein Extrahaushalt (erste Schale) sein, während es im Folgejahr beispielsweise durch eine Ausdehnung seiner Geschäftsbeziehungen zu nicht-staatlichen Marktteilnehmern plötzlich zu den sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (zweite Schale) gezählt wird.

Einheiten
können ihre
grundlegenden
Eigenschaften
verändern

Drittens gewinnt die Situation durch die zusätzliche Beachtung von unmittelbaren Eignerbeziehungen spürbar an Komplexität. Die amtliche Statistik berücksichtigt nämlich nicht nur diejenigen Einheiten, an denen die öffentliche Hand durch direkte Beteili-

Beachtung
komplexer
direkter und
indirekter
Beziehungen

gungen vertreten ist. Es werden auch alle **indirekten** Beteiligungen betrachtet. Diese entstehen, wenn die öffentliche Hand beispielsweise an einem Unternehmen beteiligt ist, welches an einem dritten Unternehmen seinerseits Anteile hält. Diese Beziehungsketten durch indirekte Beteiligungen können sich über etliche Ebenen verzweigen und werden in der amtlichen Statistik konsequent berücksichtigt. Aktuell finden sich in Rheinland-Pfalz beispielsweise Eignerketten mit bis zu sechs indirekten Unterebenen.

Zehntausende Eigentumsbeziehungen sind zu erfassen

Viertens müssen die Beziehungen nicht nur für einen Eigentümer erstellt werden. Sie sind stattdessen für den Bund, alle Bundesländer, alle Kommunen und alle gesetzlichen Sozialversicherungen einzeln zu erfassen. Deutschlandweit sind damit Zehntausende öffentliche Eigentümer zu berücksichtigen. Allein in Rheinland-Pfalz gibt es aktuell mehr als 2 000 Kommunen.

Eigentumsbeziehungen können zeitlich instabil sein

Die fünfte Herausforderung besteht darin, dass auch diese komplexen Eignerbeziehungen zeitlich nicht stabil sind. So verändert beispielsweise die Erhöhung des Eigenkapitalanteils der öffentlichen Hand an einem Unternehmen gleichzeitig alle nachfolgenden indirekten Eigentumsbeziehungen.

Zusammenfassend handelt es sich bei der durch die amtliche Statistik zu erfassende Grundgesamtheit also um ein scheinbar chaotisches Gebilde, bei denen die einzelnen Bestandteile

1. neu entstehen, fusionieren oder sich auflösen können,
2. ihre grundlegenden Eigenschaften verändern können und damit ihre Systemeinordnung instabil ist,
3. in komplexen direkten und indirekten Beziehungen zueinander stehen,

4. zehntausende Eigentumsbeziehungen zu verschiedenen Ebenen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der gesetzlichen Sozialversicherungen aufweisen und
5. in Eigentumsbeziehungen stehen, die zeitlich instabil sein können.

Eine Rückschau

Die amtliche Statistik steht vor der Herausforderung, die öffentliche Hand trotz ihrer zunehmenden Aufgliederung und Komplexität vollständig zu erfassen und Ergebnisse für das Gesamtgebilde in verschiedenen Abgrenzungsebenen zu veröffentlichen. Ursprünglich bestand die öffentliche Hand praktisch ausschließlich aus den Kernhaushalten. Diese sind gut erfassbar. Mit der Zeit wurde die öffentliche Hand verstärkt auch außerhalb des Kernhaushalts (wirtschaftlich) tätig. Anhand des Beispiels der Kommunen soll ein kurzer geschichtlicher Rückblick die steigende (statistische) Bedeutung von Einheiten außerhalb des Kernhaushalts veranschaulichen.

Ausgangspunkt für Tätigkeiten der Kommunen außerhalb des Kernhaushalts ist das Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Es ist sehr alt. Die Ursprünge finden sich bereits in den Reformen des Freiherrn von Stein und der damit verbundenen Steinschen Städteordnung aus den Jahren 1808 und 1831. In der Weimarer Zeit entstanden die ersten noch heute gebräuchlichen Rechtsformen. So wurde 1928 in Dresden die Strom-, Gas- und Wasserversorgung bereits in einer Art Eigenbetrieb geführt. Die verbindlichen Rechtsgrundlagen wurden deutschlandweit mit der Deutschen Gemeindeordnung (1935) sowie der Eigenbetriebsverordnung (1938) gelegt. Die ersten rechtsfähigen

Erste Einheiten außerhalb des Kernhaushalts bereits in der Weimarer Republik

Anstalten des öffentlichen Rechts entstanden hingegen im Bereich der Sparkassen im Jahr 1931. Mit den ersten Eigenbetrieben und Anstalten des öffentlichen Rechtes bildeten sich somit bereits in den 30er-Jahren der Weimarer Republik die ersten öffentlich bestimmten Einheiten außerhalb der kommunalen Kernhaushalte.

70 Eigenbetriebe im Jahr 1974 erfasst

In der jungen Bundesrepublik wurden die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen weiter reformiert. Die Kommunen nutzten zunehmend auch Gesellschaftsformen des Handelsrechtes, wie beispielsweise die GmbH und die AG. So erfasste das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz für das Jahr 1974 bereits 129 öffentlich bestimmte Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen der Kommunen. Am häufigsten trafen die Statistiker damals auf das Konstrukt des Eigenbetriebs. So waren 1974 insgesamt 70 Unternehmen traditionelle Eigenbetriebe. Hinzu kamen noch 30 Zweckverbände, die ebenfalls als Eigenbetriebe geführt wurden. Privatrechtlich waren bereits 29 Unternehmen organisiert.

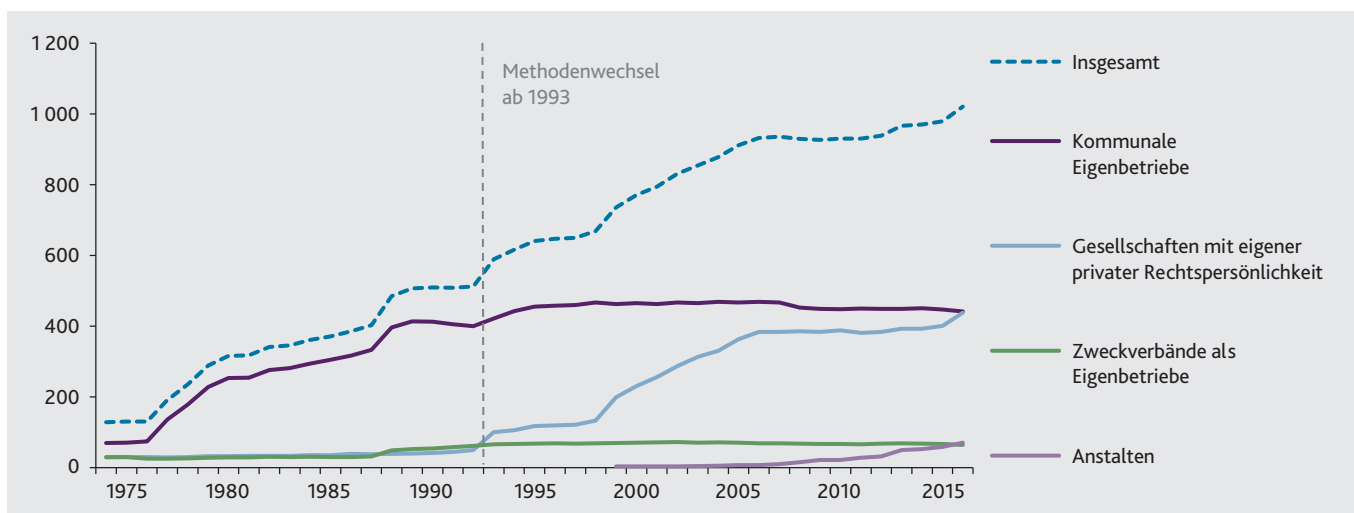
In der zweiten Hälfte der 70er-Jahre erfasste die amtliche Statistik eine deutliche Erhöhung der Zahl der kommunalen Eigenbetriebe. Sie wuchs von 1974 bis 1979 um 226 Prozent auf 228 Unternehmen.

Sprunghafter Anstieg in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre

Der beobachtete Anstieg setzte sich im Verlauf der 80er-Jahre in etwas abgeschwächter Form fort. Zwischen 1980 und 1990 erhöhte sich die Zahl der kommunalen Eigenbetriebe in Rheinland-Pfalz um knapp 63 Prozent auf 413 Unternehmen. Die wirtschaftliche Betätigung durch kommunale Unternehmen nahm weiter zu. Daher erfasste die amtliche Statistik ab 1993 nicht nur die kommunalen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen, sondern alle kommunalen Unternehmen unabhängig von ihrem Wirtschaftszweig (Methodenwechsel 1992/93). Das Wachstum der Zahl der kommunalen Eigenbetriebe ging in den 90er-Jahren deutlich zurück. Zieht man den methodisch bedingten Sprung aus dem Jahr 1992/93 ab, dann steigt die Zahl der kommunalen Eigenbetriebe zwischen 1990 und 2000 lediglich um rund sieben Prozent. In den Folgejahren erhöhte sich die Zahl nur minimal

G 1

Einheiten der öffentlichen Hand außerhalb der Kernhaushalte Rheinland-Pfalz 1974–2016



und erreichte im Jahr 2006 mit 469 kommunalen Eigenbetrieben ihren bisherigen Höchststand. Anschließend sank die Zahl der in der amtlichen Statistik erfassten kommunalen Eigenbetriebe in Rheinland-Pfalz leicht auf 442 Unternehmen (–6 Prozent) im Jahr 2016.

Deutlich mehr
privatrechtlich
organisierte
öffentliche
Unternehmen
um die Jahrtausendwende

Die Zahl der erfassten privatrechtlich organisierten kommunalen Unternehmen entwickelte sich hingegen deutlich anders. Der Methodenwechsel 1992/93 betraf auch diese privatrechtlichen Einheiten. D. h. ab 1993 erfasste die amtliche Statistik in Rheinland-Pfalz nicht nur Einheiten aus dem Bereich der Versorgung, Entsorgung und dem Verkehr, sondern alle öffentlich bestimmten Einheiten unabhängig von ihrem Wirtschaftszweig. Dieser Methodenwechsel deckte eine inzwischen gestiegene Zahl von 101 Unternehmen auf (1992: 50 Unternehmen). Die Gruppe wuchs nach dem Methodenwechsel langsam aber kontinuierlich bis zum Jahr 1998. In den Folgejahren wurde ein sprunghaftes Wachstum der Zahl der privatrechtlich organisierten Unternehmen der öffentlichen Hand beobachtet. Der Trend endete abrupt im Jahr 2006 bei 384 Unternehmen und einem Gesamtanstieg von 189 Prozent gegenüber dem Jahr 1997. Bis 2015 blieb die Zahl nahezu konstant.

Zweckverbände sowie Anstalten des öffentlichen Rechts waren immer deutlich in der Minderheit. Für das Jahr 2015 erfasste die amtliche Statistik in Rheinland-Pfalz lediglich 59 Anstalten des öffentlichen Rechts sowie 67 Zweckverbände.

Die neue Grundbefragung

Die Rückschau zeigt am Beispiel der Kommunen, dass die Betätigung der öffentlichen Hand außerhalb des Kernhaushalts stark an

Bedeutung gewonnen hat. Seit den 70er-Jahren entstanden in Rheinland-Pfalz fast tausend neue öffentlich bestimmte Einheiten. Zudem nahmen die dabei verwendeten Unternehmensvarianten zu.

Die amtliche Statistik erfasste bis 2015 die öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen insbesondere aus drei Ansätzen heraus:

Einerseits nutzten die Statistiker öffentlich zugängliche Informationen aus Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen bzw. Zeitschriften. Immer dann, wenn dort über die Neugründung eines Unternehmens der öffentlichen Hand berichtet wurde, war dies Anlass, um in weitere Recherchen einzusteigen. Im Rahmen einer anschließenden schriftlichen Befragung des mutmaßlichen neuen Unternehmens fand eine Klärung der weiteren Einzelheiten wie z. B. die Eignerstruktur statt. Nach Abschluss der Arbeiten wurde diese neue Einheit in den zukünftigen Statistiken berücksichtigt.

Zweitens nutzte die amtliche Statistik regelmäßig (Zufalls-)Befunde aus anderen Erhebungen der amtlichen Statistik: Alle amtlichen Erhebungen werden plausibilisiert. Weichen beispielsweise Vorjahreswerte stark von den aktuellen Meldungen ab, so kommt es zu Rückfragen der amtlichen Statistik bei den Auskunftsgibenden. Immer dann, wenn die Auskunftspflichtigen die identifizierten Abweichungen mit der Neugründung eines Unternehmens begründeten, war dieses Anlass für weitere Recherchen. Name und Adresse des mutmaßlichen neuen Unternehmens wurden aufgenommen. In einer anschließenden Befragung wurden die relevanten Details direkt bei der neuen Einheit erhoben.

Alte Methode:
Identifikation durch
Meldungen
im Rundfunk,
Fernsehen und
Zeitungen, ...

... Identifikation durch
Auffälligkeiten
in Statistiken
und ...

Ü 2

Bisherige und neue Grundbefragung der Finanz- und Personalstatistik

Elemente der Grundbefragung	Bisherige Grundbefragung	Neue Grundbefragung
	Erhebungsrhythmus	
Kernhaushalte		
Beteiligungen	-	jährlich
Aktualisierung der Eigenschaften	-	jährlich
Extrahaushalte		
Anteilseigner	5-Jahres-Rhythmus	jährlich
Beteiligungen	-	jährlich
Aktualisierung der Eigenschaften	5-Jahres-Rhythmus	jährlich
Sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen		
Anteilseigner	5-Jahres-Rhythmus	jährlich
Beteiligungen	-	jährlich
Aktualisierung der Eigenschaften	5-Jahres-Rhythmus	jährlich

... Identifikation durch rollierende Grundbefragung

Drittens wurden in einem Abstand von rund fünf Jahren die Daten von allen erfassten Einheiten aktualisiert. Dazu erfolgte eine rollierende Befragung, bei der die bereits bekannten öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen aktuelle Angaben insbesondere zur Rechtsform, zur wirtschaftlichen Tätigkeit sowie zu den eigenen Anteilseignern machen mussten. Wurde dabei ein bisher unbekannter neuer Anteilseigner benannt, so löste dies bei den Statistikern wiederum Recherchen aus. Es erfolgten Befragungen, die klären sollten, ob der neue Anteilseigner eventuell selber auch eine öffentlich bestimmte Einheit ist, die in der amtlichen Statistik zukünftig Berücksichtigung finden muss.

Die amtliche Statistik vermutete jedoch, dass sie mithilfe dieser drei Wege nicht alle öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfassen und aktualisieren konnte.

Neue Grundbefragung: Einbeziehung aller Kernhaushalte und deren Beteiligungen, ...

Mit der 2014 erfolgten Novellierung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes wurden die gesetzlichen Grundlagen für eine deutlich umfangreichere Erfassung und Aktualisierung der öffentlich bestimmten

Fonds, Einrichtungen und Unternehmen gelegt. Die neue Grundbefragung nutzt nunmehr alle denkbaren Befragungsrichtungen.

Zum einen werden erstmals alle Kernhaushalte systematisch nach ihren Beteiligungen befragt. So müssen beispielsweise alle Kommunen schriftlich darlegen, welche Beteiligungen sie halten.

Des Weiteren erfolgt auch eine systematische Erhebung bei den Extrahaushalten. Sie müssen mitteilen, wer an ihnen Beteiligungen hält. Neu ist, dass sie darüber hinaus auch ihre eigenen Beteiligungen an Dritten dokumentieren müssen. Zudem sind auch ihre Eigenschaftsdaten zu aktualisieren.

Darüber hinaus werden auch die sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in die neue Grundbefragung einbezogen. Sie müssen mitteilen, wer an ihnen beteiligt ist. Auch hier ist darüber hinaus die Frage nach den eigenen Beteiligungen an Dritten hinzugekommen. Wie in der alten Grundbefragung sind zudem die Eigenschaftsdaten zu aktualisieren.

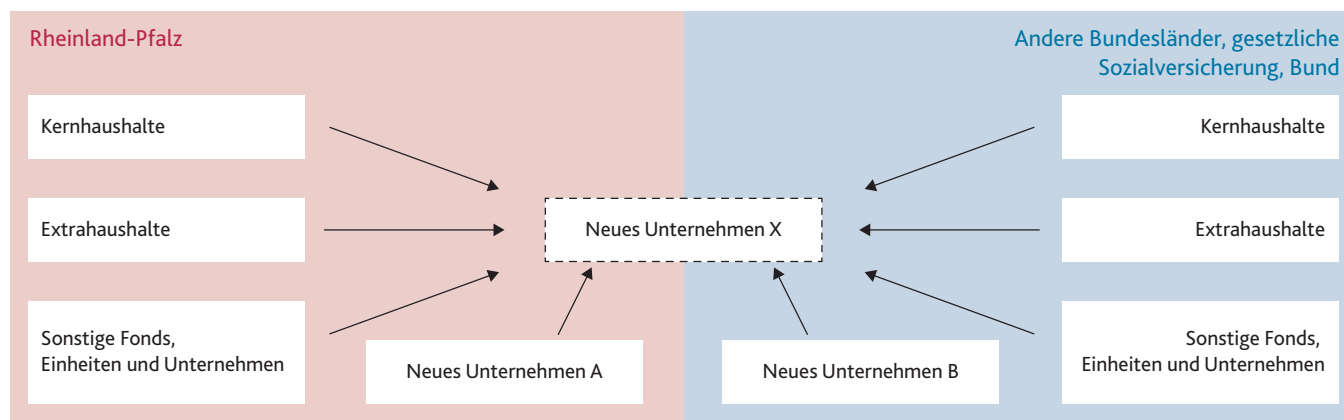
Hierdurch ist die Wahrscheinlichkeit deutlich gestiegen, dass tatsächlich alle Berei-

... Einbeziehung aller Extrahaushalte und deren Beteiligungen und ...

... Einbeziehung aller sFEU und deren Beteiligungen

Ü 3

Neue Grundbefragung – Bezugsmöglichkeiten zur Aufdeckung neuer Einheiten



che der öffentlichen Hand vollständig und inhaltlich korrekt identifiziert werden. Das Befragungssystem erhöht unter Umständen durch Mehrfachbezüge die Vollständigkeit der Erfassung neuer Einheiten: Sobald deutschlandweit auch nur ein einziger Bezug von einem Kernhaushalt, einem Extrahaushalt oder einem sFEU vorliegt, startet die Erfassung der neuen Einheit.

Beidseitige
Befragung
erhöht Voll-
ständigkeit

Durch die Befragung aller Ebenen des Schalenmodells, d. h. der Kernhaushalte, der Extrahaushalte und der sFEU, erzeugt das System eine zusätzliche Absicherung: Der Besitzende meldet den Besitz, während der Besitz umgekehrt auch den Besitzenden meldet. Zu jeder Meldung muss demnach eine korrespondierende Gegenmeldung vorliegen. Fehlt die Meldung, so nimmt die amtliche Statistik dies zum Anlass, den Sachverhalt noch genauer zu prüfen.

Grundbefragung
deutschland-
weit

Die Grundbefragung findet deutschlandweit statt. Somit werden systematisch auch Besitzbeziehungen erfasst und aktualisiert, die die Grenzen der Bundesländer überschreiten.

Zudem hat sich die Häufigkeit verändert. Die alte Befragung fand rollierend mit einer

durchschnittlichen Dauer von fünf Jahren statt. Die neue Grundbefragung soll im Anschluss an die 2017 endende erste Runde zukünftig jährlich durchgeführt werden.

Grund-
befragung
zukünftig
jährlich

Ergebnisse der neuen Grundbefragung

Die neue Grundbefragung wurde deutschlandweit abgestimmt erstmals im Erhebungszeitraum 2016/17 durchgeführt (ohne Bremen). In Rheinland-Pfalz wurden dabei rund 3 800 Einheiten schriftlich befragt.

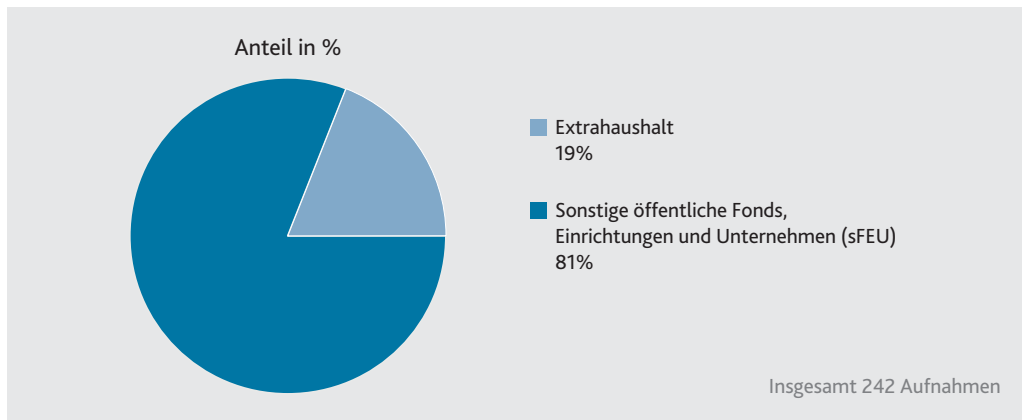
Darunter waren einerseits die Kernhaushalte des Landes (1 Einheit), der Kommunen (2 476) und der Sozialversicherungen (zehn). Hinzu kamen unter anderem 423 rechtlich unselbstständige Einheiten des Landes und der Kommunen (Sonderrechnungen, z. B. Landesbetriebe, Eigenbetriebe). Besonders häufig wurden zudem öffentlich bestimmte Unternehmen in privater Rechtsform (385) sowie kommunale Zweckverbände (337) befragt.

Im Ergebnis konnten durch die neue Grundbefragung 2016/17 in Rheinland-Pfalz insgesamt 242 neue Berichtseinheiten identifiziert werden. Dadurch erhöhte sich die Zahl der dokumentierten Einheiten der öffentlichen Hand um 6,6 Prozent von 3 685 auf 3 927.

242 neue
Einheiten
identifiziert

G 2

Neuaufnahmen durch neue Grundbefragung 2016/17



T 1

Neue Grundgesamtheit der Finanz- und Personalstatistik 2017

Einheiten der öffentlichen Hand	Ergebnis bisher	Ergebnis neu		
		Anzahl	Veränderung durch neue Grundbefragung	
			Anzahl	%
Insgesamt	3 685	3 927	242	6,6
davon				
Kernhaushalte	2 487	2 487	0	0,0
Extrahaushalte	402	448	46	11,4
sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	796	992	196	24,6

Die Neuaufnahmen waren unterschiedlich verteilt. Lediglich 19 Prozent bzw. 46 Einheiten gehören zu den Extrahaushalten (erste Schale). Diese Gruppe vergrößerte sich um elf Prozent auf 448 Einheiten.

Die sonstigen Fonds, Einheiten und Unternehmen (zweite Schale) waren unter den Neuaufnahmen mit 196 Fällen vertreten und machten somit rund 81 Prozent der Neuaufnahmen aus. Hierdurch stieg ihre Zahl um 25 Prozent auf 992 Einheiten. Neue Kernhaushalte wurden hingegen nicht entdeckt.

Betrachtet man die Wirtschaftszweige der identifizierten neuen Einheiten, so zeigt sich eine deutliche Häufung. Bei den Extrahaushalten (erste Schale) wurden 15 Einheiten

gefunden, deren Tätigkeitsschwerpunkt in der Wirtschaftsförderung liegt. Die Analyse der Unternehmensnamen zeigt, dass diese Einheiten ihre Wirtschaftsförderung insbesondere im Bereich des Tourismus erbringen.

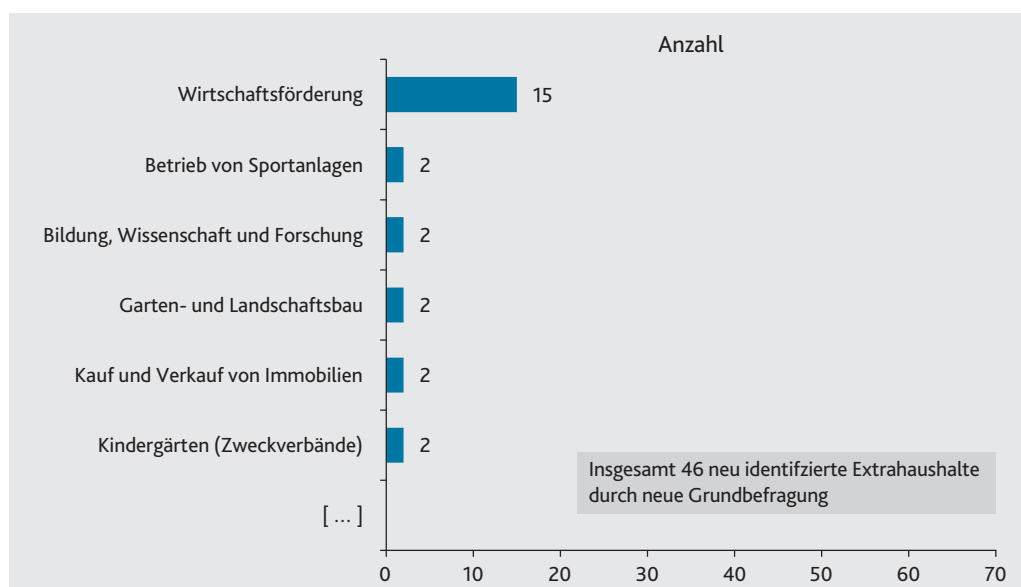
Dieser Wirtschaftszweig macht rund ein Drittel der neu identifizierten Extrahaushalte aus. Er belegt mit Abstand den ersten Platz unter den Neuentdeckungen der Extrahaushalte. Die restlichen Einheiten verteilen sich fast gleichmäßig auf 24 weitere Wirtschaftszweige. Die maximale absolute Häufung beträgt hier lediglich zwei.

Durch diese Häufung verschiebt sich das Gewicht des dominierenden Wirtschaftszweiges innerhalb der Extrahaushalte. Ohne

Extrahaushalte: neue Einheiten insbesondere aus Bereich Wirtschaftsförderung

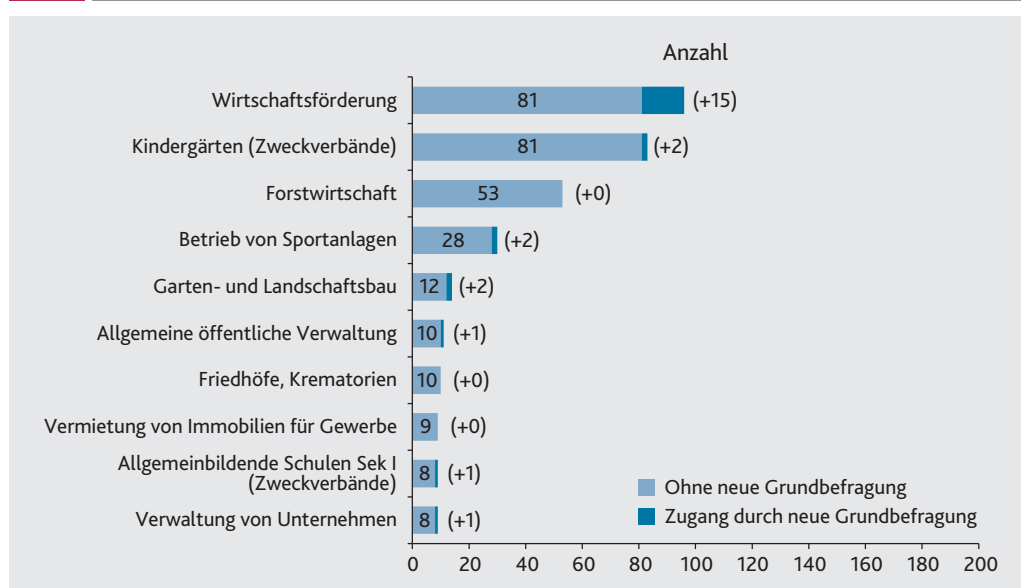
G 3

Neu identifizierte Extrahaushalte nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



G 4

Extrahaushalte nach Wirtschaftszweigen (TOP 10)



Extrahaushalte:
Wirtschafts-
förderung nun
auch insgesamt
häufigster
Wirtschafts-
zweig

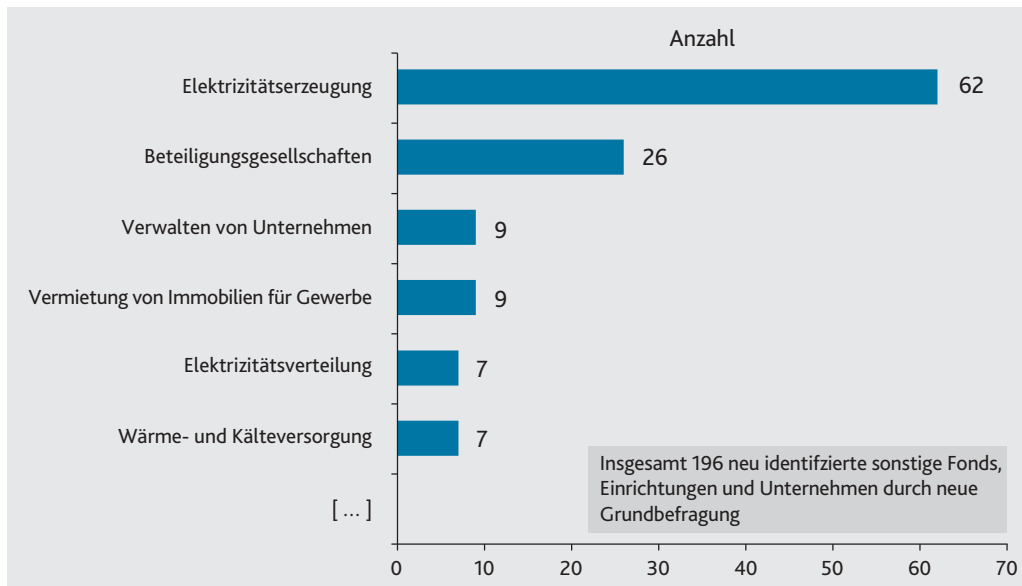
die neue Grundbefragung würde der Wirtschaftszweig der Wirtschaftsförderungen anzahlmäßig gleichauf mit den Kindergärten (Kindergartenzweckverbände) liegen (jeweils 81 Einheiten). Infolge der neuen Grundbefragung belegt die Wirtschaftsförderung nunmehr mit 96 Einheiten klar

den ersten Platz. Einheiten der öffentlichen Hand mit dem Schwerpunkt „Kindergarten“ (Kindergartenzweckverbände) liegen mit 83 Einheiten auf Rang zwei.

Innerhalb der sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (zweite Schale) zeigt

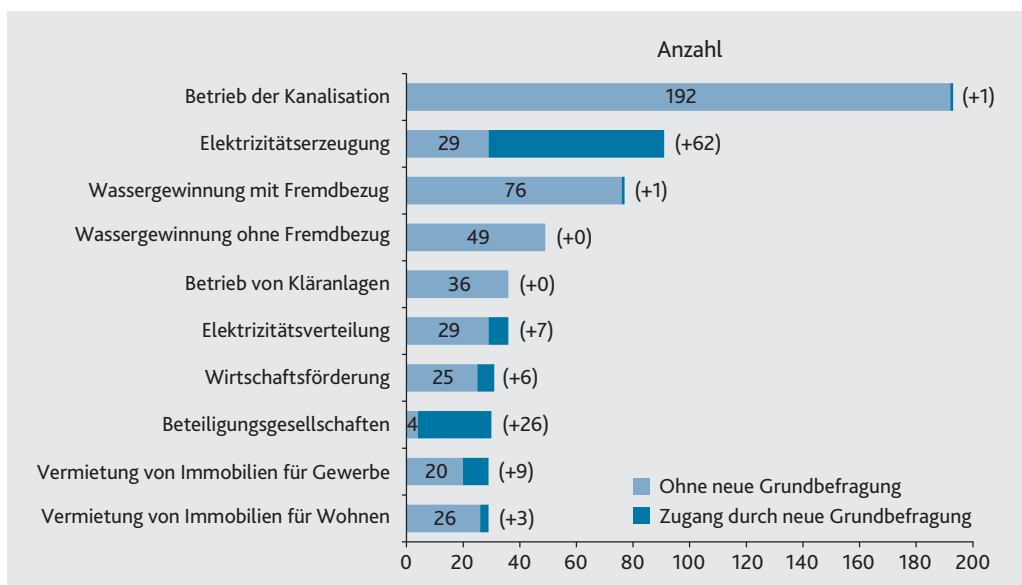
G 5

Neu identifizierte sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



G 6

Sonstige Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach Wirtschaftszweigen (TOP 10)



sFEU: neue Einheiten insbesondere im Bereich Energieversorgung

sich eine deutliche Häufung im Bereich der kommunalen Energieversorgung: Von den 196 neu identifizierten Einheiten haben 62 ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Elektrizitätserzeugung. In der Regel handelt es sich hierbei um kommunale Wind- und bzw. oder Solaranlagen.

Weitere 26 Einheiten handeln schwerpunktmäßig als Beteiligungsgesellschaften. Aber auch hier verrät die Analyse der Unternehmensnamen, dass sich diese Gesellschaften mit ihren Beteiligungen überwiegend im Bereich der Energieversorgung engagieren.

Die Plätze 3 und 4 gehen mit jeweils neun Einheiten an die Wirtschaftszweige „Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben“ sowie „Vermietung und Verpachtung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden“. Doch auch hier deuten die Unternehmensnamen darauf hin, dass sie ihre Tätigkeiten ebenfalls im Umfeld der Energieversorgung erbringen.

Auch die Plätze 5 und 6 sind mit ihren Wirtschaftszweigen „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Wärme- und Kälteversorgung“ stark mit dem Themenfeld der Energieversorgung verbunden (jeweils sieben Unternehmen).

Demnach hat die Grundbefragung bei den sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in Rheinland-Pfalz schwerpunktmäßig kommunale Unternehmen der Energieversorgung neu entdeckt.

sFEU:
Bedeutung der
Energieversor-
gung deutlich
gestiegen

Durch diesen Schwerpunkt haben die betroffenen Wirtschaftszweige nunmehr ein deutlich größeres Gewicht innerhalb der Gruppe der sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Der Zweig der Elektrizitätsversorgung springt durch die Neuaufnahme von 62 Einheiten vom 5. auf den 2. Platz. Die Gruppe der Beteiligungsgesellschaften steigt vom 29. Rang mit nunmehr 30 Einheiten auf den 8. Platz.

Fazit und Ausblick

Mit der erstmaligen flächendeckenden Durchführung der neuen Grundbefragung in den Jahren 2016 und 2017 wurde die Erfassung der Grundgesamtheit der öffentlichen Hand deutlich verbessert. Die Zahl der Einheiten stieg um 6,6 Prozent.

Somit zeigte sich, dass die mit der neuen Grundbefragung vorgenommene System-

umstellung dringend geboten war. Über Jahrzehnte war in der amtlichen Statistik eine Untererfassung entstanden, die insbesondere die zweite Schale, d. h. die sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen betraf (+25 Prozent). Eine noch detailliertere Analyse offenbart, dass es sich hierbei schwerpunktmäßig um kommunale Unternehmen des Themenfeldes der Energieversorgung handelt.

Noch kritischer sind Neuaufnahmen der ersten Schale zu bewerten. Die in der ersten Schale enthaltenen Einheiten fließen zusammen mit den Kernhaushalten grundsätzlich in die nationale Schuldenmeldung Deutschlands an Eurostat ein. Im Rahmen der neuen Grundbefragung erhöhte sich die Zahl der Einheiten der befragten Grundgesamtheit der ersten Schale um gut elf Prozent. Die neuen Einheiten kommen schwerpunktmäßig aus dem Bereich der (kommunalen) Tourismusförderung.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben beschlossen, die neuen Einheiten umfassend ohne zeitliche Verzögerung konsequent in alle anstehenden Finanz- und Personalstatistiken deutschlandweit einzubeziehen. So wurde beispielsweise die im Dezember 2017 gestartete jährliche Schuldenstatistik bereits auf Basis der Ergebnisse der neuen Grundbefragung gestartet.

Bisher ist unklar, ob durch diese korrekte Befragung der neuen Grundgesamtheit statistische Effekte zu beobachten sein werden. Um die Effekte transparent zu dokumentieren, sollte die amtliche Statistik zumindest für einige Eckzahlen die Ergebnisse der Statistiken 2018 sowohl mit als auch nachrichtlich ohne Berücksichtigung der Neuaufnahmen veröffentlichen.

Ergebnisse sind
Grundlage für
anstehende
Statistiken

Statistische
Effekte durch
neue Grund-
befragung?

Die neue Grundbefragung findet zukünftig jährlich statt. Es ist zu erwarten, dass sich die Zahl der Neuaufnahmen in den nächsten Jahren deutlich verringert.

Um qualitativ hochwertige amtliche Ergebnisse sicherzustellen, muss die amtliche Statistik auch weiterhin ihre Methoden regelmäßig an geänderte Rahmenbedingungen anpassen.

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Finanzen“. Marie Matawak Kella, Bachelor of Science, absolvierte ein studienbegleitendes Praktikum im Statistischen Landesamt. Sie verfasste in dieser Zeit ihre Bachelorarbeit zum Thema „Die neue Grundbefragung der amtlichen Finanz- und Personalstatistik“.

Weiterbildungsstatistik

Eine systematische Erfassung der Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung



Von Dr. Marco Schröder

Obwohl Weiterbildung oder Begriffe wie „lebenslanges Lernen“ einen hohen gesellschaftlichen, politischen und medialen Zuspruch erfahren, ist die Erwachsenenbildung kein institutionalisierter Bestandteil des Bildungsverlaufs. Während Kindergärten, Schulen und Hochschulen die Bildungsbiografien der Kindheit, Jugend und Adoleszenz weitestgehend strukturiert abdecken, sind die Institutionen der Erwachsenen- und Weiterbildung durch eine starke Differenzierung und eine vergleichsweise geringe Institutionalisierung gekennzeichnet. Eine Systematisierung der Weiterbildung sowie die dazugehörigen Daten der amtlichen Statistik liefern Informationen für bildungspolitische Entscheidungen, die Bildungsforschung und für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Systematik der Weiterbildung

Informelles,
non-formales
und formales
Lernen

Lebenslanges Lernen ist ein medial und gesellschaftlich präsenter Begriff, dessen Einordnung erst gelingt, wenn die Formen des Lernens und der Bildung im Erwachsenenalter systematisch nachvollzogen werden. Dabei muss zunächst zwischen informellem, non-formalem und formalem Lernen unterschieden werden. Während informelles Lernen in der Regel unbewusst erfolgt, ist non-formales Lernen intendiert, jedoch nicht in einem institutionalisierten Bildungskontext (z. B. Schule). Formales Lernen findet hingegen „in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt“, zeichnet sich durch eine Systematik aus und „ist aus der Sicht des Lernenden zielgerichtet“.¹

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. Brüssel 2001, S. 33.

Die häufig synonym verwendeten Begriffe der Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung lassen sich in drei Bereiche kategorisieren und differenzieren, die sich im Wesentlichen durch ihre Bildungsziele definieren:

Begriffe der
Erwachsenen-,
Fort- und
Weiterbildung

- Die **allgemeine Erwachsenenbildung** umfasst neben der Grundbildung und Alphabetisierung von Erwachsenen auch die sprachliche, kulturelle, politische, gesellschaftliche, freizeitbezogene, künstlerische und religiöse Bildung (z. B. Sprachkurse an Volkshochschulen).
- Die **berufliche Fortbildung**, auch Aufstiegsfortbildung genannt, führt zu einem staatlich anerkannten Fortbildungsabschluss, der für eine höhere berufliche Position qualifiziert und in Rheinland-Pfalz

zur Aufnahme eines Studiums berechtigt² (z. B. Meisterabschluss).

- Die **betriebliche Weiterbildung**, auch Anpassungsfortbildung genannt, bildet spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten aus, die zur Bewältigung einer beruflichen oder betrieblichen Tätigkeit notwendig sind (z. B. Kurs zur Nutzung einer Software).

In der amtlichen Statistik werden im Wesentlichen die Daten der Institutionen des formalen Lernens erfasst, insbesondere in der allgemeinen Erwachsenenbildung und der beruflichen Fortbildung. Daneben erheben die statistischen Ämter alle fünf Jahre ausgewählte Daten der betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen („Continuing Vocational Training Survey (CVTS)“).

² Vgl. Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte. Mainz 2018.

Allgemeine Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz

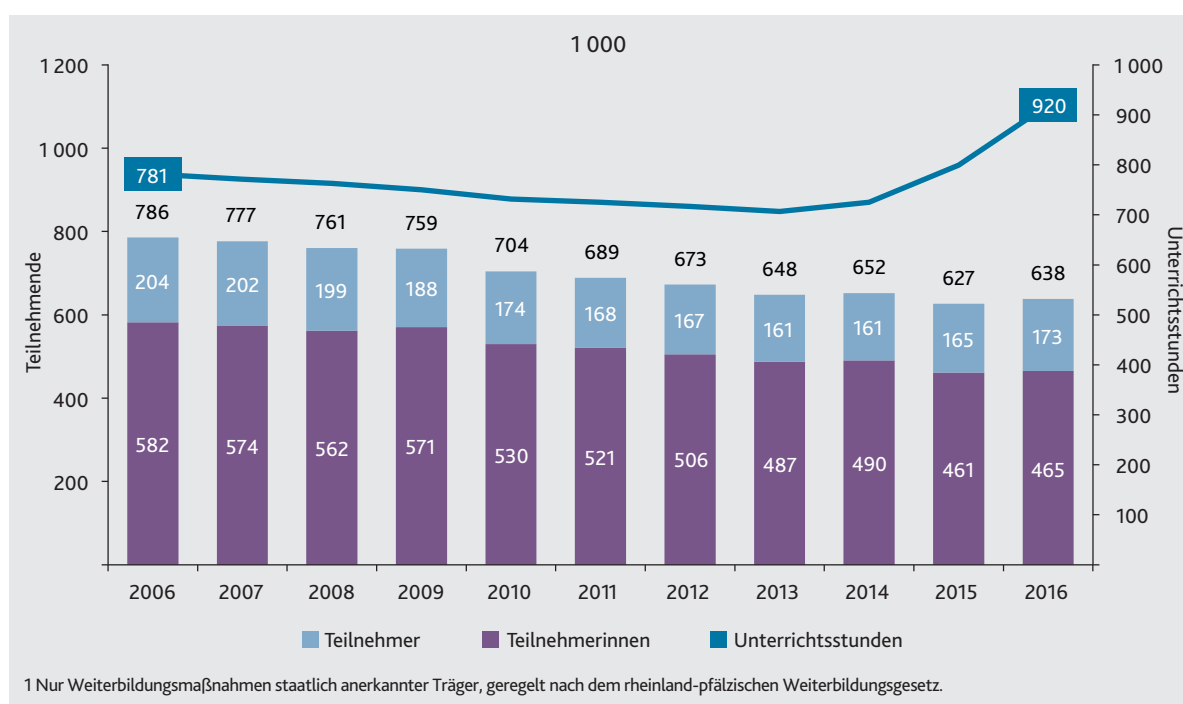
Amtliche Daten der allgemeinen Erwachsenenbildung werden in Rheinland-Pfalz unter anderem in der Weiterbildungs- und in der Gasthörerstatistik erhoben. Während die Gasthörerstatistik die Gasthörerinnen und -hörer an den Hochschulen erfasst, werden in der Weiterbildungsstatistik die Kurse und Teilnehmenden in den nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungsinstitutionen ermittelt, zu denen beispielsweise die Volkshochschulen gehören.

Im Jahr 2016 haben die öffentlich anerkannten Anbieter für Erwachsenenbildung in knapp 41 600 Maßnahmen rund 920 000 Weiterbildungsstunden angeboten. Das waren 120 300 Unterrichtsstunden bzw. 15 Prozent mehr als im Vorjahr.

Weiterbildungs- und Gasthörerstatistik

G 1

Teilnehmende in Erwachsenenbildungsangeboten¹ in Rheinland-Pfalz 2006–2016 nach Geschlecht und Unterrichtsstunden



Zunahme der Sprach- und Orientierungskurse

Die Zunahme der Unterrichtsstunden ist im Wesentlichen auf die hohe Nachfrage nach Deutsch- und Orientierungskursen zurückzuführen, die auf die Förderung und Integration von Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen ist. Bereits seit 2002 fördert die rheinland-pfälzische Landesregierung Sprachkurse an Volkshochschulen und an nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Landesorganisationen.³ Sprachkurse mit 60 bis 100 Unterrichtsstunden werden seit 2014 mit bis zu 3 700 Euro finanziert.⁴ Entsprechend stiegen die sachgebietsübergreifenden Weiterbildungsstunden (u. a. für Integrations- und Orientierungskurse) zwischen 2006 und 2016 um 99 Prozent und die Weiterbildungsstunden im Sachgebiet „Sprachen“ um 74 Prozent.

Die Zahl der Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen nahm gegenüber 2015 um 1,8 Prozent zu. Im Zehnjahresvergleich sank sie jedoch um 147 500 bzw. 19 Prozent. Dabei fiel der Rückgang bei den Frauen (–20 Prozent), die traditionell häufiger Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung wahrnehmen, deutlicher aus als bei den Männern (–15 Prozent). Dass die Weiterbildungsstunden dennoch deutlich gestiegen sind, begründet sich durch die Angebote zum Spracherwerb und zur Integration, die nicht als Einzelmaßnahme erfolgen, sondern sukzessiv und als mittel- bis langfristige Maßnahme durchgeführt werden.

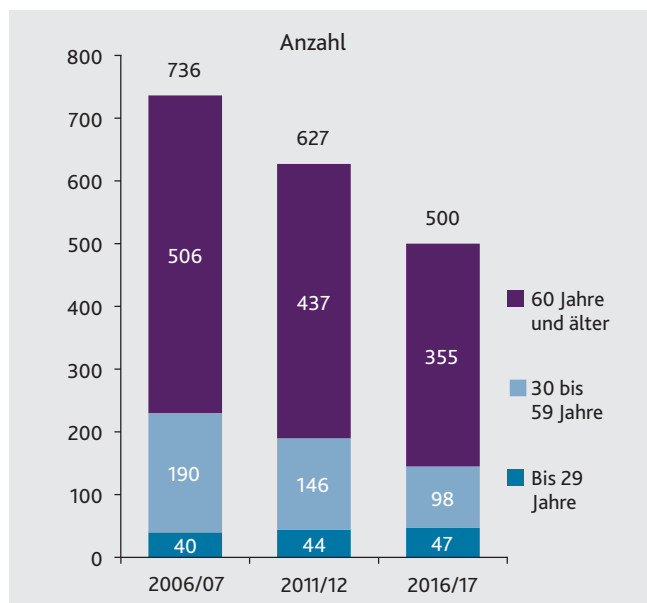
Neben dem Besuch eines Kurses an einer Volkshochschule besteht auch die Möglichkeit, an einer Hochschule als GasthörerIn

³ Vgl. Katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz: Koordinierungsstelle für Sprach- und Orientierungskurse in Rheinland-Pfalz. Sprach- und Weiterbildungskurse für Erwachsene mit Migrationshintergrund. Mainz 2018.

⁴ Vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen: Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch Weiterbildung. Az. 789003. Mainz 2013.

G 2

Gasthörer/-innen an Hochschulen in Rheinland-Pfalz 2016/17, 2011/12 und 2006/07 nach Altersgruppen



bzw. Gasthörer tertiäre Bildungsangebote im Kontext des lebenslangen Lernens wahrzunehmen. Insbesondere ältere Menschen, häufig mit akademischem Bildungshintergrund, nehmen gegen ein geringes Entgelt an Hochschulseminaren oder -vorlesungen teil, ohne eine Zertifizierung zu erhalten.

Im Wintersemester 2016/17 hatten 500 Personen den Status einer GasthörerIn bzw. eines Gasthörers. Dabei waren 71 Prozent der Gasthörenden 60 Jahre oder älter. Insgesamt nahm die Nachfrage der Gasthörenden jedoch ab. Gegenüber 2006/07 ging ihre Zahl um 32 Prozent zurück.

Weniger Gasthörerinnen und -hörer

Berufliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz

Die berufliche Fortbildung (Aufstiegsfortbildung) unterscheidet sich von der betrieblichen Weiterbildung bzw. Anpassungsfortbildung dahingehend, dass die Fortbildung nicht für eine spezifische Tätigkeit qualifi-

Berufliche Fortbildung als „Aufstiegsfortbildung“

Daten der beruflichen Fortbildung

In der **Berufsbildungsstatistik** melden die Kammern und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) die Teilnehmenden an Fortbildungsprüfungen (z. B. Meisterprüfung) und an Ausbilder-eignungsprüfungen.

In der **Statistik der berufsbildenden Schulen** werden die Schülerinnen und Schüler an Fachschulen, beispielsweise in der Fortbildung zur Technikerin bzw. zum Techniker, erfasst.

Aus den Daten des **Mikrozensus** wird der Anteil der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger mit einem Fachschul-, Meister- oder Technikerabschluss berechnet.

ziert, sondern aufbauend auf einem ersten Berufsabschluss zu einem staatlich anerkannten Fortbildungsabschluss führt, beispielsweise zum Handwerksmeister oder zur staatlich geprüften Technikerin. In der amtlichen Statistik werden insbesondere in der Berufsbildungsstatistik, Statistik der

berufsbildenden Schulen und dem Mikrozensus vielfältige Daten der beruflichen Fortbildung erfasst.

Immer mehr junge Menschen streben einen höheren Abschluss und einen gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg an. Um dies zu erreichen, qualifizieren sie sich häufig im Rahmen einer Aufstiegsfortbildung weiter. So wurden beispielsweise 2016 rund 2 000 Meisterinnen und Meister ausgebildet. Gegenüber 2006 war dies ein Anstieg von 41 Prozent. Auch die Zahl der staatlich geprüften Technikerinnen und Techniker stieg zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2016/17 von etwa 640 auf 820 Absolventinnen und Absolventen. Das war ein Zuwachs von 28 Prozent. Die Daten des Mikrozensus belegen diese Entwicklung. Während 2006 nur 5,3 Prozent der Befragten angaben, dass sie als höchsten beruflichen Abschluss einen Fachschul-, Techniker- oder Meisterabschluss erworben haben, waren es 2016 mehr als acht Prozent.

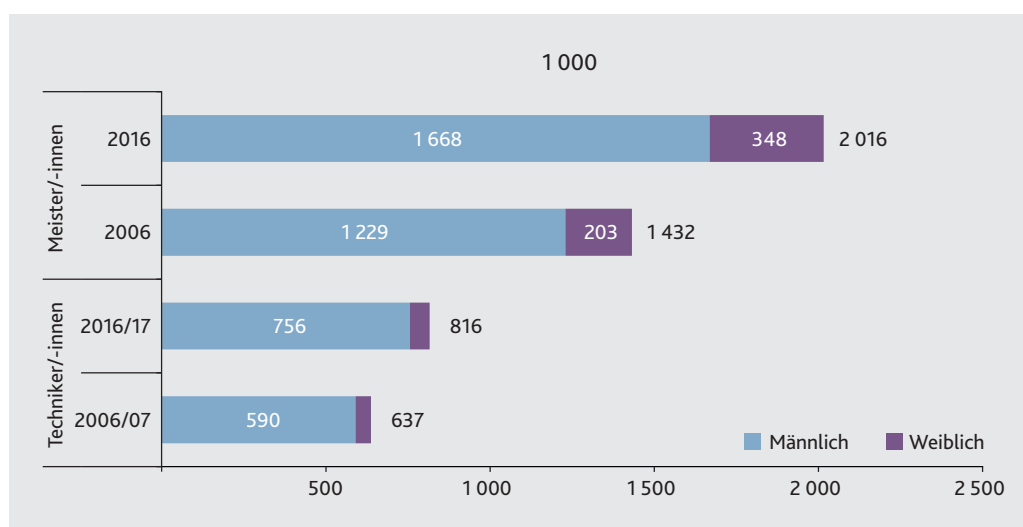
Rund 2 000
Meisterabsol-
venten/-innen
im Jahr 2016

Zwischen Männern und Frauen bestehen in der institutionalisierten beruflichen Fortbildung erhebliche Disparitäten. Der Frau-

Geschlechter-
unterschiede in
der beruflichen
Fortbildung

G 3

Technikerabsolventen/-innen am Ende der Schuljahre 2016/17 und 2006/07 und bestandene Meisterprüfungen in Rheinland-Pfalz 2016 und 2006 nach Geschlecht



enanteil ist bei den erfolgreich abgeschlossenen Meister- und Technikerprüfungen sehr gering. Im Jahr 2016 waren unter 100 Meisterabsolventinnen und -absolventen 17 Frauen. Noch geringer ist der Frauenanteil bei den Technikerinnen und Technikern: Nur sieben von 100 staatlich geprüften Absolventinnen und Absolventen waren Frauen.

Auch in der Wahl der Fachrichtung zeigten sich zwischen Männern und Frauen deutliche Unterschiede. Während Männer eher technische Qualifikationen absolvierten, waren es bei den Frauen eher medizinische oder kaufmännische Fortbildungen, beispielsweise in der Zahnmedizin, Hörakustik oder Bürokommunikation.

Betriebliche Weiterbildung in Deutschland

Betriebliche Weiterbildung als „Anpassungsfortbildung“

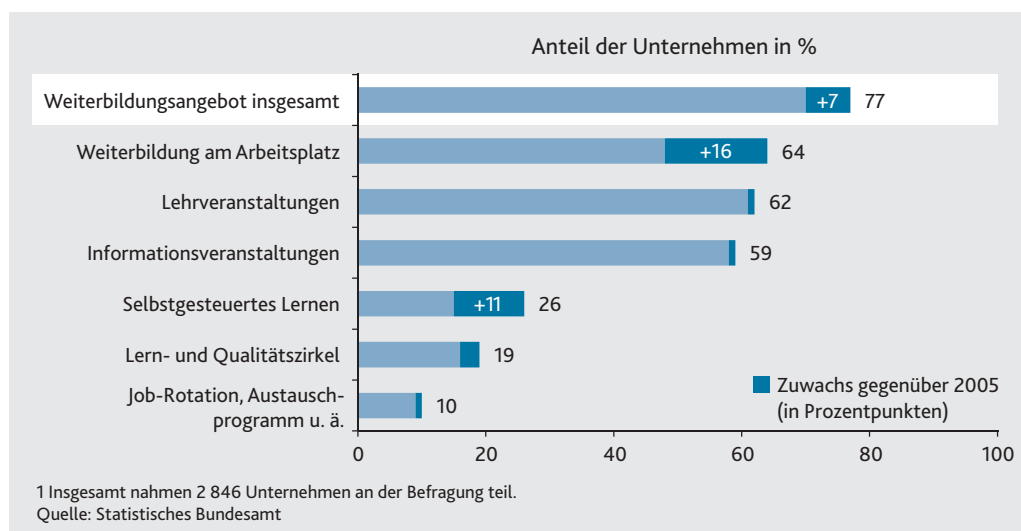
Im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung (Anpassungsfortbildung) soll sichergestellt werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie potenziell Erwerbstätige die Fertigkeiten und Fähigkeiten erhalten, die zur Ausübung bestimmter Tätigkei-

ten notwendig sind. Während berufliche Qualifikationen einen allgemeineren und tätigkeitsüberdauernden Charakter haben, zielen betriebliche Weiterbildungen auf die Aneignung spezifischen tätigkeitsgebundenen Wissens. Im betrieblichen Kontext werden Lernerfahrungen nicht nur in Form eines klassischen Unterrichts, sondern beispielsweise auch in Lern- und Qualitätszirkeln, Job-Rotationen oder durch selbstgesteuertes Lernen am Arbeitsplatz ermöglicht. Damit soll sowohl formales als auch non-formales Lernen gefördert werden.

Zur statistischen Erfassung der betrieblichen Weiterbildung führt der Statistische Verbund des Bundes und der Länder das sogenannte „Continuing Vocational Training Survey (CVTS)“ im Fünfjahresrhythmus durch. Darin werden in einer geschichteten Stichprobe einzelne Unternehmen zu ihren Aktivitäten in der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung befragt. Im Jahr 2015 konnten nach Angaben des Statistischen Bundesamts von 2 846 Unternehmen auswertbare Daten

Fünffährige Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen

G 4 Weiterbildungsangebote in Unternehmen¹ in Deutschland 2015 nach Lernformen



gewonnen werden.⁵ Dies entsprach einer Rücklaufquote von 24 Prozent. Aus Rheinland-Pfalz nahmen 189 Unternehmen an der Befragung teil (Rücklaufquote von 38 Prozent).

Die Erhebung ergab, dass mit zunehmender Unternehmensgröße und im Rahmen des zeitlichen Verlaufs das Weiterbildungsangebot und die Vielfalt der Lernformen stiegen. Während 30 Prozent der Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten keine Weiterbildung anboten, waren es bei Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitenden unter 0,5 Prozent.

Zunahme
der selbst-
bestimmten
Lernangebote in
Unternehmen

Die Zunahme der selbstbestimmten Lernangebote im betrieblichen Kontext zeigt sich bei der Gegenüberstellung der CVTS-Ergebnisse von 2005 und 2015. Der Anteil der Unternehmen mit Angeboten zum Lernen am Arbeitsplatz (+16 Prozentpunkte) und zum selbstregulierten Lernen (+11 Prozentpunkte) stieg. Die Zunahme dieser non-formalen Lernformen bedeutet aber auch eine stärkere Individualisierung und Eigenverantwortlichkeit der Beschäftigten, die betrieblichen Lernziele zu erreichen und Zeiten für Lernprozesse mit der Arbeitstätigkeit zu vereinbaren.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt: Berufliche Weiterbildung in Unternehmen. Fünfte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS5). Wiesbaden 2017.

Ausblick

Die amtliche Statistik deckt bereits ein großes Spektrum an Daten zu den sehr heterogenen Angeboten der Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung ab. Mit dem novellierten Hochschulstatistikgesetz sind seit Ende 2017 auch Berufsakademien verpflichtet, den statistischen Landesämtern einmal jährlich Angaben zu den Bildungsangeboten und Teilnehmenden zu übermitteln. Weiterhin ist es Ziel, die Anbieter von Aufstiegsfortbildungen systematisch zu erheben. Bisher werden zwar die beruflichen Fortbildungsprüfungen an den Kammern und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion erfasst, doch können keine Angaben zu den Vorbereitungskursen auf diese Prüfungen gemacht werden.

Aufgrund der wachsenden Bedeutung des lebenslangen Lernens, der betrieblichen Weiterbildung und der Aufgaben zur Integration und Sprachbildung besteht auch künftig ein hoher Bedarf, die Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung systematisch zu erfassen.

Berufs-
akademien und
Aufstiegsfort-
bildungsan-
bieter im Blick
der amtlichen
Statistik

Dr. Marco Schröder leitet das Referat
„Schulen, Hochschulen und Berufs-
bildung“.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil III: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“

Von Simone Emmerichs, Dr. Merle Hattenhauer, Dr. Birgit Hübbers, Dr. Martin Jacobs, Dr. Ninja Lehnert

„Zusammen sind wir Deutschland“ – unter diesem Motto feierten die Länder der Bundesrepublik im vergangenen Jahr in Mainz das Fest zum Tag der Deutschen Einheit. Die „Einheit Deutschland“ besteht in unserem föderalen System aus 16 Bundesländern. Jedes Land hat seine Besonderheiten und seine Stärken – und jedes einzelne Land trägt in der solidarischen Gemeinschaft dazu bei, dass Deutschland mehr ist als die Summe seiner Teile. Mithilfe von statistischen Indikatoren können Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch statistische Daten natürlich nicht abgebildet werden. Dennoch bieten sie eine Grundlage für einen fruchtbaren Vergleich der Länder untereinander und können eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sein.

Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In vorangegangenen Ausgaben des Statistischen Monatsheftes wurden bereits die Themenbereiche „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“, „Gesundheit und Pflege“, „Wirtschaft“ sowie „Arbeitsmarkt“ betrachtet. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Bereichen „Verkehr“, „Wohnen“ und „Umwelt“ vorgestellt.

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

Fünfte Ausgabe
des Länder-
vergleichs

Das Statistische Landesamt hat im Herbst 2017 bereits zum fünften Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der Ausgabe aus dem Jahr 2013 wurden alle The-

mengebiete überarbeitet und auch zusätzliche Merkmale aufgenommen.

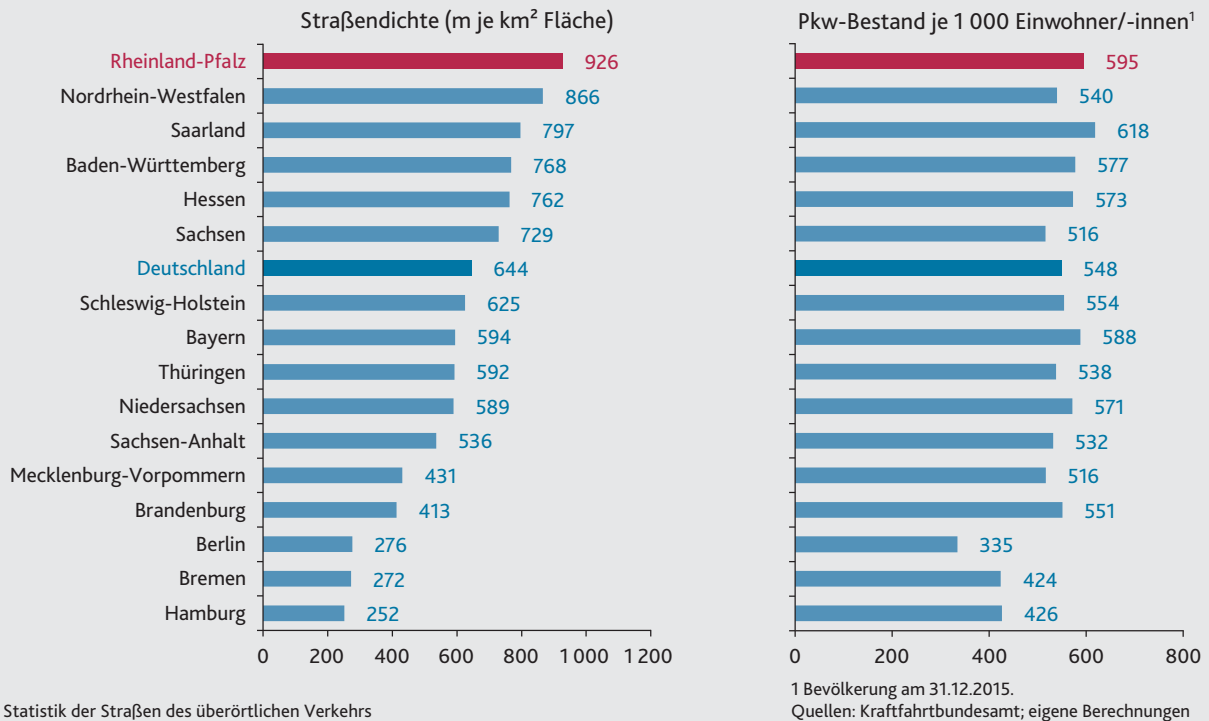
Höchste Straßendichte und zweithöchster Pkw-Bestand

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zur Fläche eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 926 Metern Straße des überörtlichen Verkehrs je Quadratkilometer Fläche über die höchste Straßendichte in Deutschland. Dies liegt zum Teil an der kleinteiligen Verwaltungsstruktur des Landes und der damit verbundenen hohen Dichte an Kreisstraßen.

926 Meter
Straße je
Quadratkilo-
meter Fläche

G 1

Straßendichte 2015 und Pkw-Bestand 2016



Überdurchschnittliche Pkw-Dichte

Anfang 2017 waren in Rheinland-Pfalz 2,41 Millionen Pkw zugelassen. Je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 595 und damit Platz zwei im Vergleich der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr Pkw (618). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 548 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die geringste Pkw-Dichte weist Berlin auf (335), gefolgt von den beiden weiteren Stadtstaaten Bremen (424) und Hamburg (426). Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte hierzulande sind die vielen Pendlerinnen und Pendler und die vergleichsweise langen Arbeitswege.

Zahl der Verkehrstoten auf rheinland-pfälzischen Straßen erreicht Tiefststand

Im Jahr 2016 registrierte die Polizei insgesamt rund 142 700 Verkehrsunfälle auf rheinland-

pfälzischen Straßen. Bei etwa 15 200 Unfällen wurden Menschen verletzt oder getötet. Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bei 377. Dies entspricht dem bundesweiten Durchschnittswert und bedeutet im Ländervergleich Rang neun.

Die Zahl der Verkehrstoten ist tendenziell rückläufig. Hierzu tragen sicherlich auch Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens bei. Im Jahr 2016 wurden sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland neue Tiefststände registriert. Dennoch starben 2016 in Rheinland-Pfalz 161 Menschen bei Verkehrsunfällen. Bezogen auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner sind das 40 Getötete. Seit 2005 ist dieser Wert um 43 Prozent zurückgegangen. Im Ländervergleich steht Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Sachsen und Schleswig-

377 Unfälle mit Personenschaden je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Holstein auf Rang acht. Insgesamt starben 2016 auf deutschen Straßen 3 206 Menschen. Dies entspricht 39 Getöteten je eine Million Einwohnerinnen und Einwohner oder etwa neun Getöteten pro Tag.

Spitzenplätze bei der Versorgung mit Wohnraum

Durchschnittlich 53 Quadratmeter Wohnfläche pro Person

Jeder Rheinland-Pfälzerin und jedem Rheinland-Pfälzer standen 2015 im Durchschnitt knapp 53 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich hinter dem Saarland auf Platz zwei. Im Bundesdurchschnitt waren es gut 46 Quadratmeter je Einwohnerin und Einwohner und damit fast sieben Quadratmeter weniger als hierzulande. Am geringsten ist die Ausstattung mit Wohnraum in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Bei der durch-

schnittlichen Wohnungsgröße belegt Rheinland-Pfalz vor dem Saarland den ersten Rang.

Die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung beträgt hierzulande 104 Quadratmeter, während es im Bundesdurchschnitt nur knapp 92 Quadratmeter sind. Am kleinsten ist die Durchschnittswohnung in Berlin mit einer Wohnfläche von lediglich gut 73 Quadratmetern. Die überdurchschnittlich großen Wohnflächen in Rheinland-Pfalz stehen im Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche in Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist tendenziell größer als in Mietwohnungen.

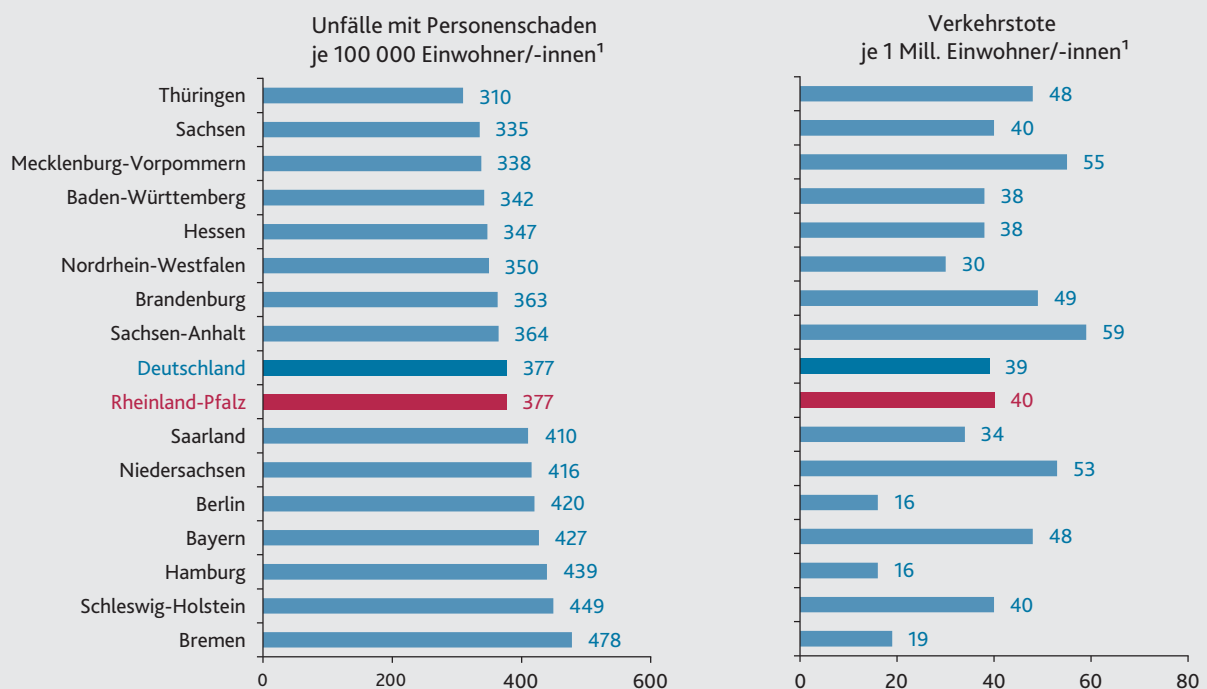
104 Quadratmeter durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung

Nur im Saarland wohnen mehr Menschen in den eigenen vier Wänden

In Rheinland-Pfalz lebten 2014 rund 58 Prozent der Haushalte in Wohneigentum. Im

G 2

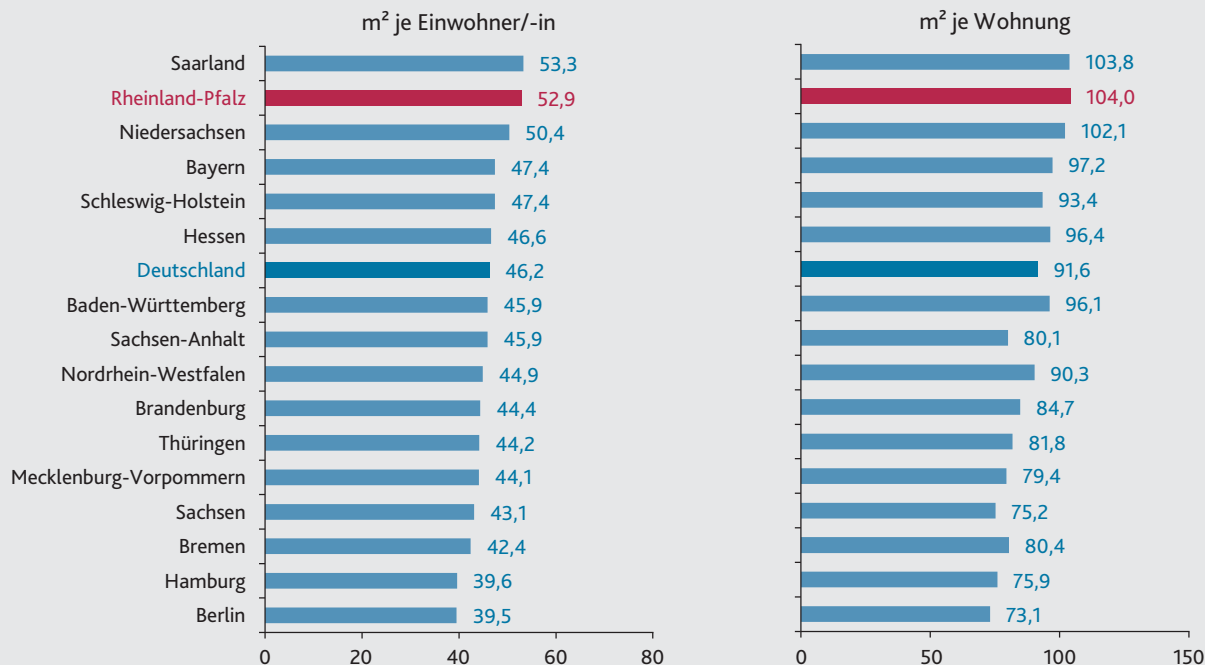
Straßenverkehrsunfälle 2016



¹ Durchschnittsbevölkerung 2015.

Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

G 3

Durchschnittliche Wohnfläche¹ 2015


¹ Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

Wohneigen-
tumsquote
deutlich höher
als im Bundes-
durchschnitt

Vergleich der Länder bedeutet dies Rang zwei; nur im Saarland ist die Quote höher (63 Prozent). Bundesweit wohnen knapp 46 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Am niedrigsten war die Wohneigentumsquote in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei den Flächenländern ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in den meisten westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich ist, liegt sie in den östlichen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg – unter dem Durchschnitt. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht unter anderem auf die ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.

Die Wohneigentumsquote dient als wichtiger Indikator für den Stand der Vermögens-

bildung und der Altersvorsorge. Sie weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte aus.

Rheinland-Pfalz – waldreichstes Bundesland

Rheinland-Pfalz steht mit einer Landesfläche von 19 854 Quadratkilometern an neunter Stelle unter den Bundesländern. Das mit Abstand größte Land Bayern ist dreieinhalb mal so groß. Den höchsten Waldanteil von allen Ländern hat Rheinland-Pfalz (42 Prozent). Seit 2008 ist die Waldfläche in den meisten Bundesländern größer geworden. Dagegen nahm die Landwirtschaftsfläche in vielen Ländern ab. In Rheinland-Pfalz liegt die Abnahme mit –0,5 Prozentpunkten unter dem Bundesdurchschnitt (–0,9 Prozentpunkte). Die Landwirtschaftsfläche hat

Höchster
Waldanteil
aller Länder

in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer den geringsten Anteil an der Bodenfläche (42 Prozent).

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist seit 2008 bundesweit um 0,5 Prozentpunkte auf rund 14 Prozent gestiegen. In dieser Zeit verzeichneten 13 Bundesländer eine Zunahme dieses Anteilswertes. Rheinland-Pfalz hatte die kleinste Veränderung (+0,1 Prozentpunkte). Für Siedlungs- und Verkehrszwecke werden in Rheinland-Pfalz 14 Prozent der Bodenfläche genutzt. Damit liegt das Land etwa im Bundesdurchschnitt.

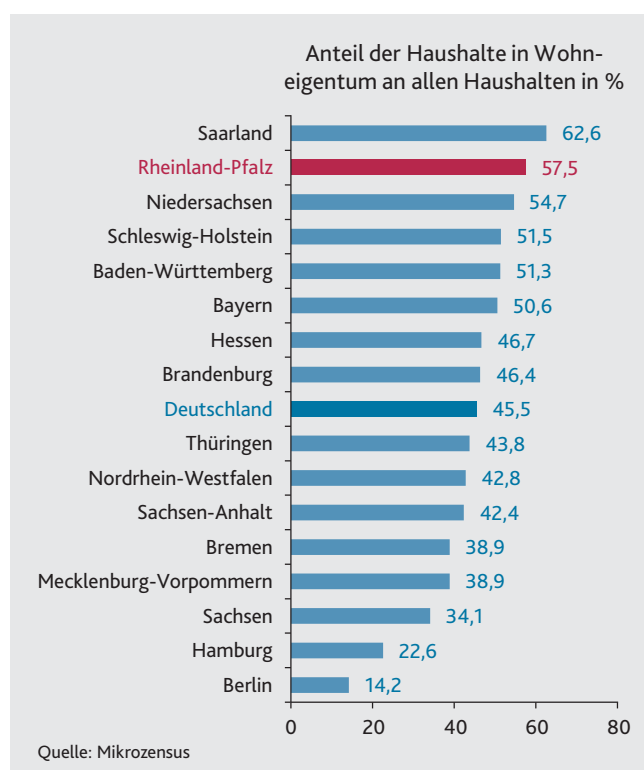
Öko-Landbau hat deutlich zugenommen

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche steigt

Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat in Rheinland-Pfalz seit 2010 überdurchschnittlich stark zugenommen. Mit 8,8 Prozent der landwirtschaftlich

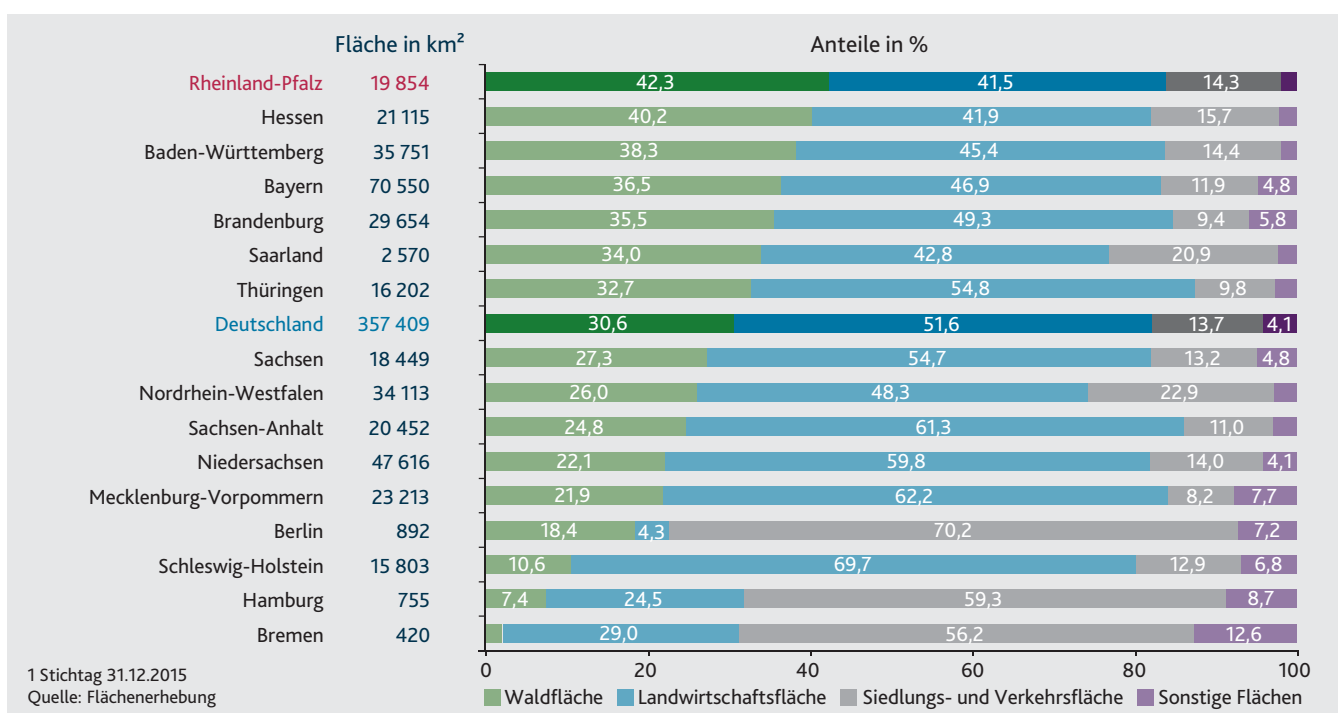
G 4

Wohneigentumsquote 2014



G 5

Nutzung der Bodenfläche 2015¹

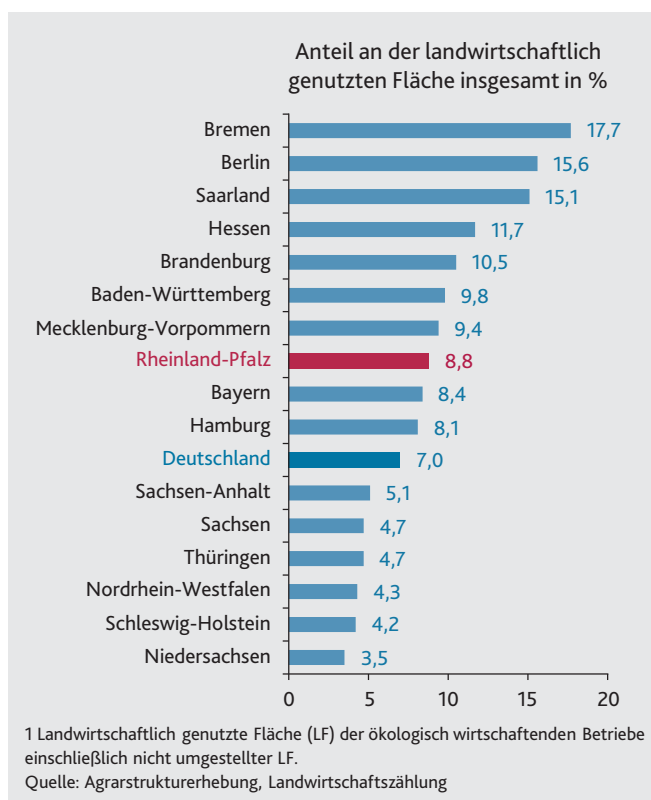


genutzten Fläche im Land steht Rheinland-Pfalz an achter Stelle im Bundesvergleich. Die regionalen Unterschiede beruhen u. a. auf landesspezifischen Förderungen oder unterschiedlichen Standortbedingungen. Vor allem Futterbaubetriebe mit weniger geeigneten Flächen für eine intensive ackerbauliche Nutzung stellen auf ökologischen Landbau um. Bei diesen Betrieben werden in Rheinland-Pfalz 16 Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet (Deutschland: elf Prozent).

Bei Inanspruchnahme der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz ist – anders als nach den EG-Öko-Rahmenvorschriften – die vollständige Flächenumstellung des Betriebes vorgeschrieben. Der Anteil nicht umgestellter Flächen an der landwirtschaft-

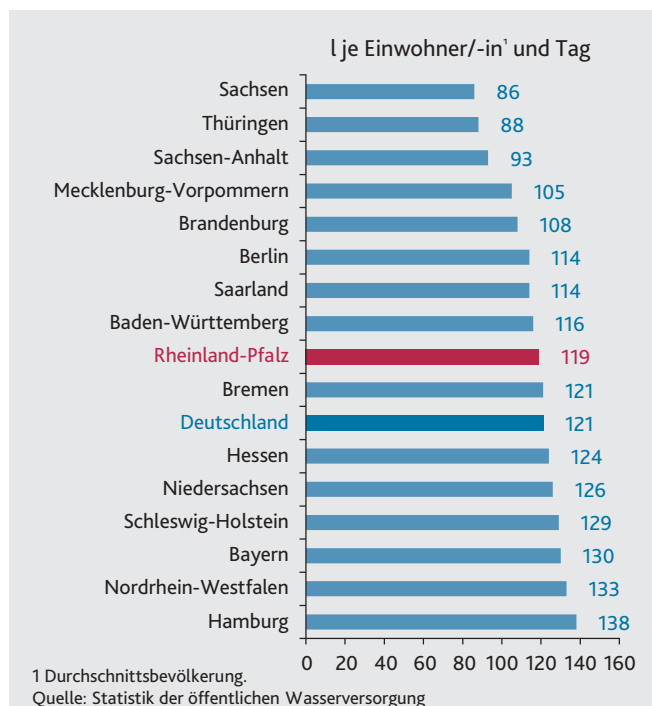
G 6

Ökologisch bewirtschaftete Fläche¹ 2016



G 7

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2013



lich genutzten Fläche der Öko-Betriebe liegt daher in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt (0,4 bzw. 2,3 Prozent).

Beim Wasserverbrauch pro Kopf liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verbrauchen pro Kopf und Tag durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne. Zwischen 2013 und 2010 gab es keine Veränderung; gegenüber 2007 ist der Wasserverbrauch pro Kopf allerdings um 0,8 Liter gestiegen. Der Pro-Kopf-Verbrauch im Land lag 2013 im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld (Platz 9), aber zwei Liter unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Bei der Interpretation der Werte ist zu beachten, dass zu den privaten Haushalten auch das Kleingewerbe zählt, also

119 Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag

Trinkwasser-
entgelte
beeinflussen
Verbrauch

beispielsweise auch Friseursalons, Auto-
waschanlagen und Gastronomiebetriebe.
Somit erhöht die größere Zahl an kleinge-
werblichen Betrieben in Ballungsräumen
den Pro-Kopf-Verbrauch. Der deutlich unter-
durchschnittliche Wasserverbrauch in den
ostdeutschen Ländern zwischen 86 und
108 Litern dürfte allerdings auch auf relativ
hohe Entgelte bei der Wasserversorgung
zurückzuführen sein.

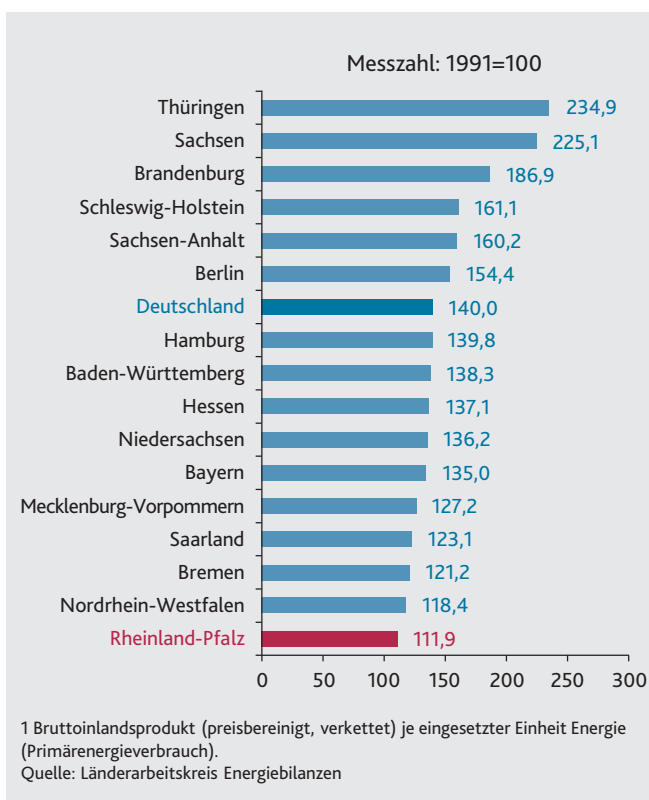
Wirtschaftsstruktur beeinflusst Energieproduktivität

Die Energieproduktivität beschreibt, wie
effizient in einer Volkswirtschaft Energie
eingesetzt wird: Je höher die Wertschöp-
fung pro eingesetzter Energieeinheit ist,
desto effizienter ist der Energieeinsatz.

Die größten Verbesserungen der Energiepro-
duktivität seit 1991 verzeichneten die drei
Bundesländer Thüringen, Sachsen und Bran-
denburg. Dies ist vor allem auf die Verände-
rungen der Wirtschaftsstruktur in den frühen
90er-Jahren im Zuge der Wiedervereinigung
zurückzuführen. Die Effizienzsteigerungen in
diesen Ländern haben die Entwicklung der
Energieproduktivität in Deutschland positiv
beeinflusst (+40 Prozent). Die Mehrzahl der
westdeutschen Bundesländer schneidet ver-
gleichsweise schlecht ab. Die besonders
schwache Position von Rheinland-Pfalz ist
durch die hohe Bedeutung der energieinten-
siven Industrie im Land bedingt, die insbeson-
dere in den 90er-Jahren noch wenig Effizienz-
gewinne verzeichnen konnte. Ein vollständiger
Ländervergleich ist zurzeit nur bis 2013 mög-
lich; im Jahr 2014 verringerte sich allerdings
der Abstand zwischen Rheinland-Pfalz und
Deutschland erstmals im Betrachtungszeit-
raum (–2 Prozentpunkte).

Hohe Bedeutung
der energie-
intensiven
Industrie in
Rheinland-Pfalz

G 8

Energieproduktivität¹ 2013

Ein Viertel des verbrauchten Stroms stammt aus erneuerbaren Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien trägt
dazu bei, die Abhängigkeit von fossilen Ener-
geträgern zu mindern. Der Anteil des aus
erneuerbaren Energien erzeugten Stroms
am Bruttostromverbrauch soll nach der Ziel-
stellung des Erneuerbare-Energien-Geset-
zes (EEG 2017) bundesweit auf mindestens
40 Prozent bis 2025 und 80 Prozent bis
2050 steigen. In Rheinland-Pfalz belief sich
der Anteil 2014 auf 25,6 Prozent (Deutsch-
land: 27,4 Prozent).

Ein Vergleich aller Länder ist nur für das Jahr
2013 möglich: Zwischen den Ländern vari-
ierte der Anteil erneuerbarer Energien am
Bruttostromverbrauch erheblich. Mecklen-
burg-Vorpommern konnte seinen Stromver-

Rheinland-
Pfalz im
Mittelfeld

brauch bereits 2013 zu 92 Prozent durch erneuerbare Energien decken. Rheinland-Pfalz lag auf Position acht und damit im Mittelfeld. Schlusslichter sind die Stadtstaaten Hamburg und Berlin (2,8 bzw. 2,2 Prozent), die allein aufgrund der begrenzten Flächen nur wenig Möglichkeiten besitzen, die heimische Produktion von Ökostrom auszubauen.

CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner unterdurchschnittlich

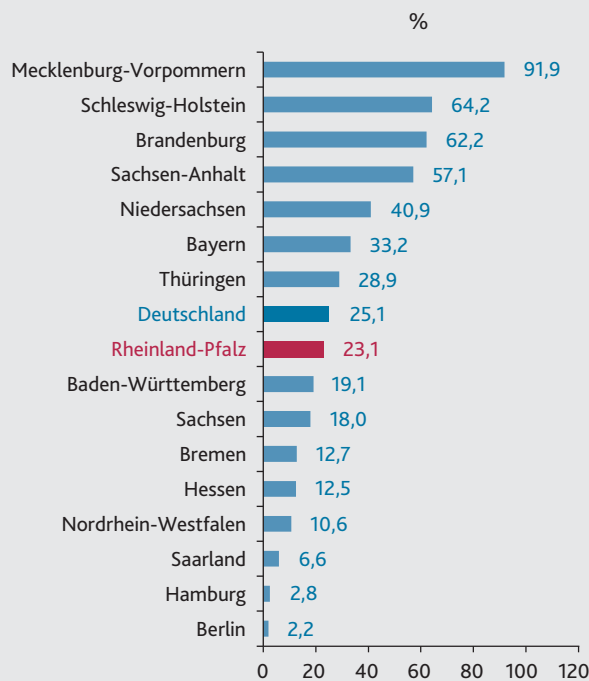
Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz. Dies bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner lagen 2013 bundesweit bei zehn Tonnen. Es gibt eine große Spannweite zwischen den Ländern, die vor allem durch Unterschiede beim Einsatz von fossilen Energieträgern und in der Wirtschaftsstruktur bedingt ist. Hohe Emissionen entstehen insbesondere in den Stromexportländern und bei den Produzenten von Kohlestrom: Brandenburg weist als Braunkohleproduzent und Stromexporteur mit 23 Tonnen CO₂ je Einwohnerin bzw. Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Emissionen auf. Rheinland-Pfalz schneidet als Stromimportland besser als der Durchschnitt ab, verursacht aber indirekt Emissionen in den anderen Bundesländern. Die niedrigsten Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner fielen nach der quellenbezogenen Betrachtung in Thüringen an (4,8 Tonnen).

6,6 Tonnen
CO₂ pro Kopf
in Rheinland-
Pfalz

G 9

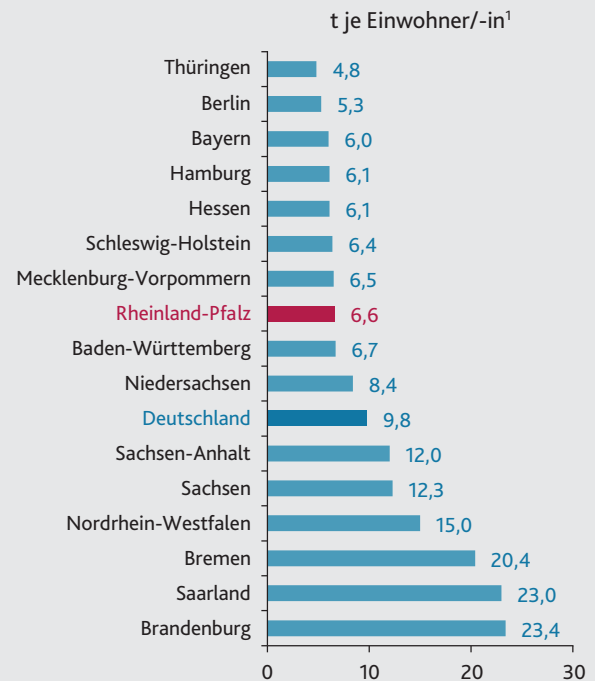
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch 2013



Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen e. V.

G 10

CO₂-Emissionen 2013



¹ Durchschnittsbevölkerung.
Quelle: Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder

T 1

Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Verkehr								
Straßendichte	2015	m je km² Fläche	1	926	RP	926	HH	252
Pkw-Bestand	2015	je 1 000	2	595	SL	618	BE	335
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden*	2016	je 100 000 Einwohner/-innen	9	377	TH	310	HB	478
Verkehrstote*	2016	je 1 Mill. Einwohner/-innen	8	40	BE HH	16	ST	59
Wohnen								
Durchschnittliche Wohnfläche	2015	m² je Einwohner/-in	2	52,9	SL	53,3	BE	39,5
	2015	m² je Wohnung	1	104,0	RP	104,0	BE	73,1
Wohneigentumsquote	2014	%	2	57,5	SL	62,6	BE	14,2
Veränderung	2014/2006	Prozentpunkte	11	3,2	SL	7,7	BE	0,1
Umwelt								
Bodenfläche	2015	km²	9	19 854	BY	70 550	HB	420
Anteil der Waldfläche	2015	%	1	42,3	RP	42,3	HB	2,1
Anteil der Landwirtschaftsfläche	2015	%	13	41,5	SH	69,7	BE	4,3
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2015	%	8	14,3	BE	70,2	MV	8,2
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	2016	%	8	8,8	HB	17,7	NI	3,5
Veränderung	2016/2010	Prozentpunkte	3	3,4	HB	7,9	TH	- 0,3
Wasserverbrauch privater Haushalte*	2013	l je Einwohner/-in und Tag	9	119	SN	86	HH	138
Veränderung*	2013/2007	%	9	0,8	HB	-4,7	BB	10,2
Energieproduktivität	2013	1991=100	16	111,9	TH	234,9	RP	111,9
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch	2013	%	8	23,1	MV	91,9	BE	2,2
Veränderung	2013/2005	Prozentpunkte	6	15,2	MV	60,9	BE	1,4
CO ₂ -Emissionen*	2013	t je Einwohner/-in	8	6,6	TH	4,8	BB	23,4
Veränderung*	2013/2005	%	12	3,1	SH	-22,9	SN	10,8
Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	2014	%	6	16,8	BE	29,8	BY	6,0
Veränderung	2014/2009	Prozentpunkte	10	1,1	BE	23,3	HB	-7,5

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Umweltschutzinvestitionen überdurchschnittlich

Umweltschutzinvestitionen tragen dazu bei, die Ressourceneffizienz in der Produktion zu steigern. Sie werden deshalb von den Unternehmen und Betrieben auch aus eigenem wirtschaftlichen Interesse und nicht nur aufgrund von gesetzlichen Auflagen oder altruistischen Motiven getätigt.

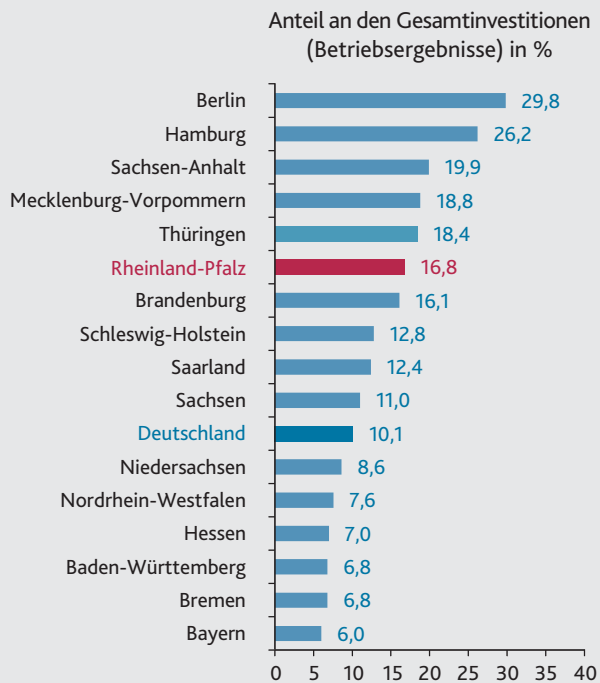
Die rheinland-pfälzischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe)

investierten 2014 etwa 668 Millionen Euro in den Umweltschutz. Dies entsprach 17 Prozent der gesamten Investitionen dieses Wirtschaftsbereichs. Damit lag das heimische Produzierende Gewerbe klar über dem Bundesdurchschnitt von zehn Prozent und rangierte im Vergleich der Länder auf dem sechsten Platz. Gegenüber 2009 stieg der Anteil um 1,1 Prozentpunkte. Diese Zunahme war geringer als in den meisten anderen Bundesländern und deshalb verlor Rheinland-Pfalz den Spitzenplatz von 2009. Auf-

Produzierendes Gewerbe investiert 688 Millionen Euro in den Umweltschutz

G 11

Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2014

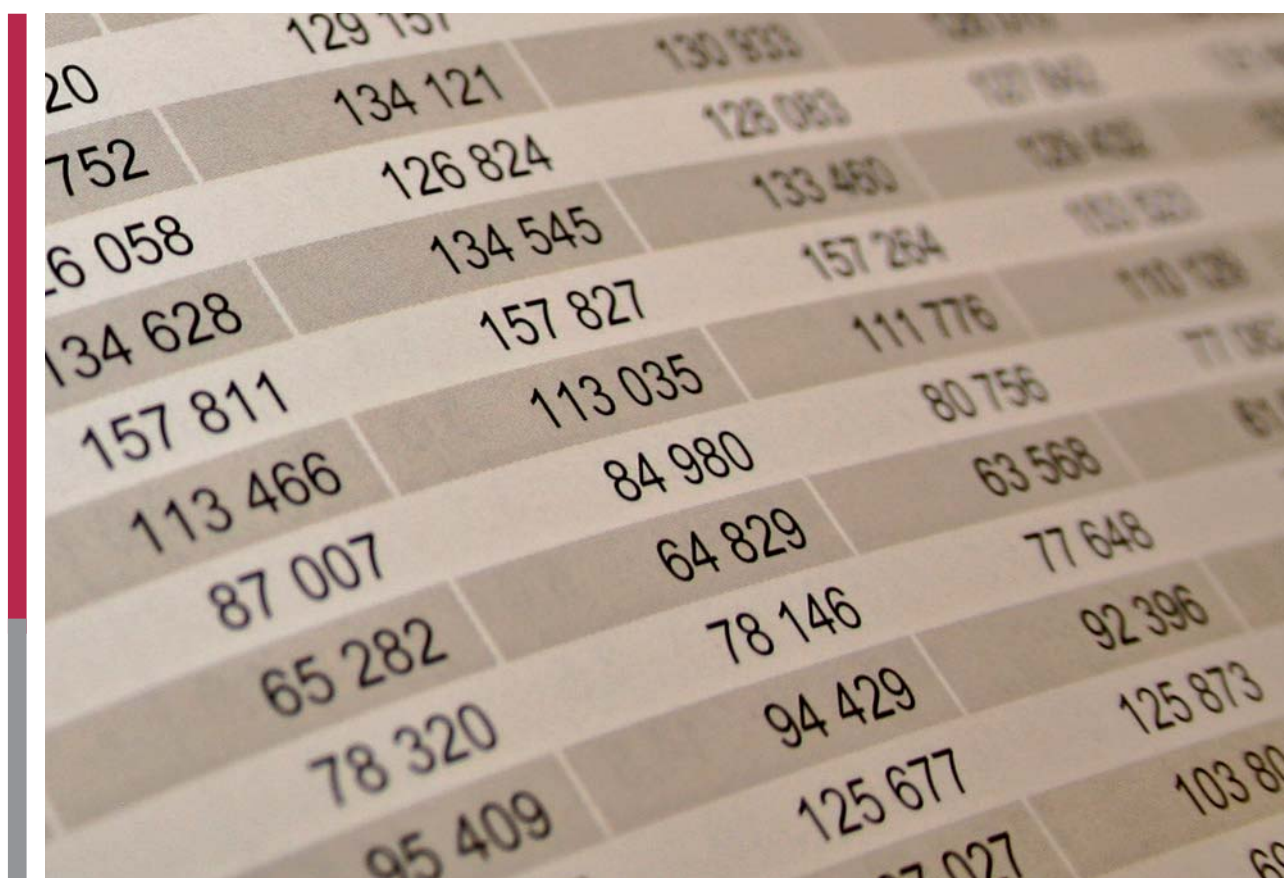


Quelle: Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz

geholt haben vor allem die Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Sie erreichten 2014 einen Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen von 30 bzw. 26 Prozent und damit die ersten beiden Positionen im Ländervergleich.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“. Dr. Merle Hattenhauer leitete das Referat „Auswertungen, Analysen“ in der Abteilung „Bevölkerung, Gesellschaft, Recht, Verwaltung“. Dr. Birgit Hübbers und Dr. Martin Jacobs sind Referenten im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten“. Dr. Ninja Lehnert leitet das Referat „Auswertungen, Analysen“ in der Abteilung „Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Register“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}	4 066 ^{1,2}	4 065	4 067	4 068	.	.	.
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}	411 ^{1,2}	405	407	410	.	.	.

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695	1 768	2 642	2 439	1 663	.	.	.
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912	3 126	3 396	3 354	3 191	.	.	.
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7	9,2	9,8	10,0	9,2	.	.	.
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898	3 819	3 571	3 418	3 884	.	.	.
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,3	10,3	10,2	11,2	.	.	.
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	10	7	8	.	.	.
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	3,4	2,9	2,1	2,5	.	.	.
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-986	-693	-175	-64	-693	.	.	.
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,1	- 0,5	- 0,2	- 2,0	.	.	.

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039	13 487	14 827	14 212	14 731	.	.	.
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106	7 137	6 822	7 094	6 478	.	.	.
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695	11 595	12 498	12 449	12 330	.	.	.
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637	5 399	4 919	4 625	3 947	.	.	.
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344	1 892	2 329	1 763	2 401	.	.	.
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659	16 131	16 957	14 990	15 379	.	.	.

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2014	2015	2016			2017		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 321	1 345	1 353	1 353	1 362	1 388	1 377	1 379
* Frauen	1 000	611	626	634	633	635	648	646	648

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	117	121	128	131	127	134	141
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	378	379	385	390	391	394	400
* darunter Frauen	1 000	295	309	313	314	317	321	323	324	328
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	11	12	13	14	11	13	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	423	422	423	431	426	427	430
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	296	295	298	304	302	301	304
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	206	213	213	213	215	219	217	218	221
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	411	412	412	420	421	420	420

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose	Anzahl	112 882	111 436	108 362	118 496	117 804	97 193	98 716	107 665	107 534
* Frauen	Anzahl	52 144	50 458	48 409	51 655	51 175	44 747	44 881	47 702	47 286
* Männer	Anzahl	60 737	60 978	59 952	66 840	66 628	52 446	53 835	59 963	60 248
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 783	41 185	39 808	49 954	49 845	37 796	38 960	46 087	46 045
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 098	70 250	68 554	68 542	67 959	59 397	59 756	61 578	61 489
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,1	4,9	5,4	5,4	4,4	4,5	4,9	4,9
* Frauen	%	5,1	4,9	4,7	5,0	5,0	4,3	4,3	4,6	4,6
* Männer	%	5,3	5,3	5,2	5,8	5,7	4,5	4,6	5,1	5,2
* jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,7	4,5	5,0	5,1	3,9	3,8	4,2	4,4
* jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,4	3,3	3,4	3,4	2,7	2,7	2,8	2,8
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,3	5,1	4,8	5,2	5,2	4,4	4,5	4,8	4,8
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,3	5,7	5,7	4,9	4,9	5,3	5,3
* Ausländer/-innen	%	12,4	13,4	14,4	15,8	15,8	11,9	12,2	13,5	13,5
* Deutsche	%	4,6	4,3	4,0	4,4	4,4	3,6	3,7	4,0	4,0
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 234	5 357	7 715	18 241	12 830
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	27 760	32 997	32 849	33 012	34 934	40 265	39 438	37 571	38 594

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	231 358	235 916	237 764	239 904	242 710	247 860	246 560	245 502	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 667	117 850	118 120	118 703	119 827	122 240	121 619	120 897	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	157 260	160 493	161 969	163 454	165 254	167 878	166 627	165 531	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	60 383	61 917	63 324	64 027	65 065	68 430	68 447	67 949	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	58 286	59 870	61 315	62 032	63 051	66 421	66 454	65 966	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	551	460	526	545	499	458	510
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	476	397	455	487	443	401	464
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	3	1	1	5	7	4	3
Unternehmen	Anzahl	64	92	108	53	92	65	77	51	66
private Haushalte	Anzahl	479	491	440	406	433	475	415	403	441
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 413	1 155	1 001	1 056	1 074	928	943
* Umbauter Raum	1 000 m ³	652	760	739	679	621	673	660	570	621
* Wohnfläche	1 000 m ²	121	141	142	126	117	127	121	109	113
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	5 655	4 942	4 709	4 880	4 927	4 279	4 537
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	195	231	221	207	190	222	297	187	197

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	134	144	145	142	133	137	106
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	13	13	23	22	11	17	10
Unternehmen	Anzahl	94	82	84	86	89	83	101	89	75
private Haushalte	Anzahl	21	42	37	45	33	37	21	31	21
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	8	9	27	10	16	11	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	568	644	961	532	788	619	663
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	98	95	134	88	106	91	92
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	98	101	132	91	81	109	87

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 645	1 355	1 205	1 237	1 191	1 150	1 133
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	6 599	5 649	5 465	5 583	5 502	5 039	5 288

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	12 324	12 470	11 978	12 317	11 853	12 884	10 948
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	2 153	2 530	2 062	2 097	1 946	2 547	1 885
darunter										
* Kälber	t	7	7	8	9	15	6	10	12	19
* Jungrinder	t	10	8	11	20	16	4	5	15	11
* Schweine	t	9 491	9 570	10 116	9 888	9 856	10 139	9 855	10 280	8 996
* Eierzeugung ²	1 000	15 747	16 571	15 292	13 623	16 152	16 508	15 119	17 554	18 220

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 000	1 002	1 004	1 002	1 002	1 021	1 020	1 021	1 020
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 193	253 227	253 807	253 781	253 160	258 150	257 972	258 040	257 296
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	31 129	33 717	29 562	32 764	31 541	34 216	29 248
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	1 001	1 410	1 064	1 027	1 035	1 455	1 062
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	7 023	7 386	6 946	8 043	7 730	8 207	7 264
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	3 738	3 925	3 379	4 371	4 203	4 434	3 668
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 020	2 170	2 212	2 194	2 094	2 341	2 259
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	109	109	102	102	88	90	86
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 156	1 182	1 253	1 376	1 344	1 342	1 252
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	2 054	2 144	1 906	2 472	2 340	2 465	2 138
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 135	1 158	1 144	1 096	1 050	1 188	1 131
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	3 834	4 036	3 760	4 422	4 294	4 518	3 993
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	54,6	54,6	54,1	55,0	55,6	55,1	55,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	107,8	110,6	105,2	114,0	113,1	114,0	119,2	125,3	113,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	96,9	99,7	95,6	98,8	92,0	105,8	108,8	114,7	102,6
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	119,6	120,9	115,5	133,8	137,7	121,8	132,5	144,0	133,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3 Betriebe mit 50 und
mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
2010=100	56,2	73,3	62,3	63,1	66,4	67,7	78,6	43,0	55,1
2010=100	126,4	133,5	121,6	123,6	134,6	133,8	128,0	120,3	105,7
2010=100	96,1	97,7	93,5	92,1	88,4	106,8	109,8	112,0	102,3
2010=100	121,6	120,9	110,7	133,5	141,0	125,4	128,6	134,0	125,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	177	176	174	172	172	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 458	9 423	9 397	9 679	9 681	9 662	9 655
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 091	1 223	1 065	1 167	1 116	1 200	1 054
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	49	57	39	39	46	63	41
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	367	434	260	300	276	334	324
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	353	420	246	288	262	320	310

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	19 388	19 316	19 171	20 308	20 284	20 203	19 968
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	2 065	2 156	1 616	2 277	2 165	2 287	1 505
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	331	350	273	361	359	367	261
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	657	688	549	688	671	727	529
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	1 078	1 117	794	1 227	1 135	1 192	715
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	607	612	422	674	640	680	382
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	62	78	62	65	68	84	64

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	247	256	289	325	340	322	318	374	343
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	41	57	57	55	56	63	64	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	100	105	111	107	101	124	105	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	148	163	172	160	161	188	174	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	80	89	95	87	89	104	85	

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	423	420	419	440	438	437	436
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	15 920	16 231	16 152	16 637	16 619	17 084	16 958
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	5 036	5 116	5 020	5 125	5 185	5 314	5 214
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	127	127	138	130	136	137	149
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	428	451	593	378	484	478	600

Handel⁵**Großhandel⁶**

Großhandel ^{p, 6}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2010=100	108,6	109,0	109,0	108,8	108,1	109,8	110,8	110,8	109,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,4	116,8	117,4	117,5	117,4	118,0	118,0	117,9
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	109,4	93,5	90,5	94,2	90,6	96,3	85,4
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	102,2	87,0	83,7	86,1	82,9	87,9	78,2

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2010=100	106,4	108,0	108,4	109,7	110,1	109,2	109,6	110,1	110,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	108,0	109,8	109,7	111,7	112,3	110,1	110,6	111,8	112,5
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	104,2	108,7	111,9	111,2	126,8	112,6	112,3	117,0	126,8
* Umsatz real ⁷	2010=100	99,1	102,8	105,1	104,5	119,3	104,2	103,6	107,9	117,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2010=100	105,5	107,8	110,0	109,9	109,3	111,1	111,5	112,0	111,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	125,8	125,9	125,4	128,9	129,7	131,0	130,2
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,1	119,3	120,3	105,6	114,0	122,9	129,0	109,3
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,2	113,7	114,5	100,5	107,2	115,5	121,5	102,8

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,4	104,7	108,9	104,5	100,9	110,4	108,0	104,1	102,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	109,1	112,8	107,7	103,5	115,4	112,2	109,3	107,3
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	85,0	98,7	74,9	80,4	107,8	102,7	80,9	82,0
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	75,1	86,7	65,8	70,7	92,4	88,3	69,7	70,6

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	905	537	464	1 011	906	558	493
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	163	89	86	207	160	92	92
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	2 300	1 213	1 122	2 482	2 282	1 296	1 185
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	437	223	219	557	423	230	231

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	1 960	2 024	1 867	2 087	1 958	1 991	1 678
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	1 515	1 364	1 235	1 485	1 346	1 316	1 100
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	18	16	14	11	26	13	12
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	7	10	10	5	14	7	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	4	1	3	5	6	4	2
Radfahrer	Anzahl	3	1	3	1	-	1	2	1	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	3	3	1	-	2	1	4
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 883	1 826	1 603	1 871	1 756	1 716	1 393

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	353	312	289	376	325	336	243
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	116	167	166	146	146	158	36
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	74	117	64	40	130	87	95	129
Radfahrer	Anzahl	41	48	78	48	19	57	51	36	24
Fußgänger	Anzahl	25	30	23	19	47	31	27	33	47

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	12 162	12 487	12 450	12 800	12 316	13 111	11 197
darunter										
Krafträder	Anzahl	680	755	453	297	811	532	389	203	164
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	10 508	10 692	10 242	10 952	10 540	11 327	9 327
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	887	1 101	986	932	995	1 108	1 029
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	275	300	273	304	336	362	586

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	61 933	50 936	65 441	71 078	68 304	69 098	...
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	646	543	665	709	684	740	...

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Güterempfang	1 000 t	1 007	1 024	926	784	867	976	861	1 011	1 114
* Güterversand	1 000 t	777	776	759	638	781	865	802	823	890

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 368	4 740	4 208	4 388	4 597	4 713	4 643	4 760
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	322	333	310	332	322	300	329	307
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 988	4 335	3 836	3 991	4 190	4 298	4 177	4 310

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	25	24	21	20	25	24	23
*	Halbwaren	Mill. EUR	151	144	150	141	141	143	155	156	150
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	4 159	3 671	3 829	4 026	4 118	3 997	4 137
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	994	929	957	1 019	1 024	1 052	1 100
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 871	3 166	2 741	2 872	3 007	3 093	2 945	3 037
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 932	3 065	3 356	2 983	3 056	3 117	3 334	3 345	3 292
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 749	3 024	2 678	2 718	2 764	2 992	2 999	2 928
	Belgien	Mill. EUR	199	198	211	208	202	209	208	207	221
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	55	56	57	48	58	62	55
	Dänemark	Mill. EUR	39	45	49	46	47	48	53	50	51
	Finnland	Mill. EUR	33	30	34	31	28	35	34	34	35
	Frankreich	Mill. EUR	424	446	493	423	447	408	436	461	446
	Griechenland	Mill. EUR	27	29	40	21	38	24	41	27	37
	Großbritannien	Mill. EUR	287	302	324	294	304	264	303	317	289
	Irland	Mill. EUR	20	19	22	19	20	98	114	53	32
	Italien	Mill. EUR	247	265	268	257	256	224	309	274	295
	Niederlande	Mill. EUR	303	314	413	282	282	322	326	380	352
	Österreich	Mill. EUR	163	165	185	158	162	178	181	182	175
	Schweden	Mill. EUR	74	79	89	81	79	82	81	87	79
	Spanien	Mill. EUR	206	216	240	214	232	213	239	243	219
	Portugal	Mill. EUR	31	41	43	39	47	41	37	45	48
*	Afrika	Mill. EUR	127	117	149	103	150	131	117	120	127
*	Amerika	Mill. EUR	584	551	587	515	545	616	604	532	607
	darunter nach USA	Mill. EUR	414	380	400	340	367	414	422	367	439
*	Asien	Mill. EUR	601	596	611	564	601	681	611	599	679
	darunter nach China	Mill. EUR	148	142	144	126	129	185	172	160	182
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	36	43	35	53	47	47	55

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 877	2 970	2 864	3 023	3 256	3 351	3 410	3 562
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	240	267	227	253	253	292	260	255
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 483	2 532	2 471	2 599	2 785	2 809	2 865	3 014
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	31	37	42	29	40	37	36
* Halbwaren	Mill. EUR	255	217	209	235	230	322	274	346	293
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 230	2 292	2 199	2 326	2 434	2 494	2 482	2 685

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	517	540	492	522	658	619	561	617
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 714	1 752	1 708	1 804	1 776	1 875	1 921	2 068
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 087	2 155	2 220	2 134	2 290	2 390	2 574	2 619	2 790
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 964	2 001	1 931	2 072	2 166	2 367	2 429	2 562
	Belgien	Mill. EUR	271	253	251	261	258	297	280	291	289
	Luxemburg	Mill. EUR	47	52	52	48	56	61	59	58	59
	Dänemark	Mill. EUR	22	21	23	20	18	24	33	31	36
	Finnland	Mill. EUR	12	12	13	13	14	13	15	18	16
	Frankreich	Mill. EUR	243	242	255	246	254	263	245	278	387
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	11	8	9	6	8	8	8
	Großbritannien	Mill. EUR	105	100	96	93	109	108	127	133	129
	Irland	Mill. EUR	99	137	108	115	129	75	187	82	110
	Italien	Mill. EUR	166	175	183	180	187	176	193	214	230
	Niederlande	Mill. EUR	296	299	320	310	324	306	331	360	371
	Österreich	Mill. EUR	103	118	126	127	138	103	101	112	116
	Schweden	Mill. EUR	48	52	60	39	64	62	74	71	77
	Spanien	Mill. EUR	104	129	127	99	120	244	251	254	256
	Portugal	Mill. EUR	16	18	18	17	19	21	24	26	24
*	Afrika	Mill. EUR	41	47	46	46	55	49	43	65	43
*	Amerika	Mill. EUR	313	254	283	249	263	266	296	286	288
	darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	206	198	203	204	231	228	226
*	Asien	Mill. EUR	405	415	413	430	409	545	435	435	436
	darunter aus China	Mill. EUR	182	183	179	178	172	231	209	210	212
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	7	5	6	6	3	6	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	2 423	2 441	2 512	2 476	2 485	2 595	2 349
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	390	376	438	408	384	451	420
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	1 579	1 525	1 484	1 683	1 693	1 684	1 406
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	2 490	2 590	3 884	2 286	2 414	3 097	3 743
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	329	347	518	348	386	426	540
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	1 722	1 762	2 792	1 540	1 625	2 181	2 655

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	477	462	437	467	476	474	381	501	396
davon										
* Unternehmen	Anzahl	75	65	73	69	76	74	53	54	59
* Verbraucher	Anzahl	282	276	267	278	276	269	221	285	240
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	83	106	110	103	93	143	83
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	14	14	14	28	14	19	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	61	65	120	44	44	68	40

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2015	2016				2017				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,8	98,1	100,5	99,0	98,3	98,3	100,5	99,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103,8	107,4	109,8	110,8	119,1	94,0	111,0	114,1	121,9

Preise

Preise	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,0	107,6	109,0	108,4	109,0	109,9	110,6	109,9	110,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	106,3	107,6	108,3	108,5	108,5	109,6	109,7	110,0	110,0

Verdienste⁷

	Einheit	2016	2017	2016			2017			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	...	3 640	3 669	3 704	3 619	3 668	3 688	...
* Frauen	EUR	3 469	...	3 198	3 222	3 247	3 202	3 237	3 254	...
* Männer	EUR	4 207	...	3 816	3 849	3 889	3 793	3 848	3 870	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	...	6 572	6 646	6 733	6 627	6 711	6 782	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	...	4 199	4 232	4 266	4 182	4 233	4 291	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	...	3 115	3 139	3 167	3 126	3 174	3 188	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	...	2 609	2 643	2 654	2 562	2 611	2 593	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	...	2 146	2 159	2 156	2 131	2 183	2 196	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2016	2017	2016			2017			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	...	3 820	3 854	3 894	3 792	3 875	3 901	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	...	(3 590)	3 662	3 672	3 497	3 515	3 603	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	...	3 958	3 966	4 021	3 923	4 001	4 005	...
* Energieversorgung	EUR	5 154	...	4 492	4 598	4 592	4 632	4 679	4 729	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	...	3 223	3 261	3 262	3 179	3 190	3 200	...
* Baugewerbe	EUR	3 316	...	3 079	3 230	3 198	3 118	3 260	3 342	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	...	3 523	3 549	3 582	3 516	3 546	3 563	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	...	3 287	3 293	3 367	3 300	3 342	3 320	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	...	2 826	2 845	2 849	2 808	2 827	2 833	...
* Gastgewerbe	EUR	2 277	...	2 155	2 147	2 161	2 241	2 238	2 229	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	...	4 852	4 892	4 894	4 755	4 792	4 780	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	...	4 353	4 469	4 465	4 399	4 416	4 450	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	...	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	...	4 574	4 522	4 576	4 374	4 425	4 431	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	...	2 367	2 368	2 364	2 381	2 446	2 405	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	...	3 591	3 644	3 677	3 670	3 706	3 782	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	...	4 209	4 239	4 222	4 036	4 059	4 187	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	...	3 560	3 606	3 620	3 638	3 683	3 697	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	...	3 543	3 577	3 615	3 698	3 539	3 495	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	...	3 147	3 152	3 220	3 257	3 276	3 274	...

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	125 677	124 745	125 831	125 740	122 870	123 794	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 770	10 468	10 363	10 808	10 271	10 433	...

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	12 104	11 693	11 548	11 288	11 036	10 570	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	102 803	102 584	103 920	103 644	101 563	102 791	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	119 966	119 131	120 240	120 253	118 551	119 374	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	109 077	108 336	109 595	109 823	109 064	110 068	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 889	10 795	10 675	10 430	9 487	9 306	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 711	5 614	5 591	5 487	4 319	4 420	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	115 850	117 277	117 935	115 669	119 059	117 784	116 127	117 956	...
Termineinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	64 562	66 064	69 254	69 127	70 771	72 496	...
Sparbriefe	Mill. EUR	23 065	20 740	22 413	18 880	18 863	18 182	14 874	15 283	...
Spareinlagen	Mill. EUR	5 078	3 658	3 737	3 589	3 415	3 154	3 037	2 910	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	27 460	27 311	27 223	27 136	27 527	27 321	27 445	27 267	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	113 579	115 318	115 636	114 000	117 372	116 084	114 419	116 267	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	110 920	112 677	113 059	111 446	114 321	113 626	111 982	113 653	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 659	2 640	2 577	2 554	3 051	2 485	2 437	2 614	...
	Mill. EUR	2 271	1 960	2 299	1 669	1 687	1 700	1 708	1 689	...

Steuern

Einheit	2015	2016		2017				2018
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 941	4 051	3 995	5 411	3 683	3 733	4 153	5 960	3 718
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 167	1 250	1 146	2 240	816	687	1 075	2 655	995
Lohnsteuer	Mill. EUR	835	853	1 087	1 052	734	651	1 176	1 045	821
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	165	169	461	-	-	-	523	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	164	147	-11	687	30	2	-64	611	77
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	90	98	36	108	72	37	58	58	52

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2015	2016		2017				2018
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	38	5	30	6	41	7	26
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	31	-	-	0	34	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	-4	388	-50	-9	-136	935	19
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-12	-1	-21	-	-	-	-116	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	2 849	3 170	2 867	3 046	3 078	3 305	2 723
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	403	595	608	502	596	661	487
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 446	2 575	2 259	2 544	2 482	2 644	2 236

Zölle

Mill. EUR	225	219	213	208	200	222	209	220	185
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	77	84	64	189	59	67	61	199	58
-----------	----	----	----	-----	----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	30	67	19	33	31	56	12
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	34	121	40	34	31	142	47

Landessteuern

Mill. EUR	77	77	75	87	74	80	76	80	87
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	19	21	14	17	17	18	22
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	41	44	42	49	43	40	48
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	12	17	14	10	12	17	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	2	2	2	3

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

Gemeindesteuern

Mill. EUR	648	700	737	666	760	689	754	706	723
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	140	151	127	132	144	130
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	567	485	609	530	580	566
sonstige Gemeinde Steuern ¹	Mill. EUR	20	23	26	24	20	22	26	23

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Mill. EUR	1 022	1 039	1 114	1 041	1 391	727	1 159	1 080	1 509
Mill. EUR	400	443	481	384	442	502	486	416	393
Mill. EUR	414	382	415	379	700	64	441	415	832
Mill. EUR	48	49	48	48	98	2	58	61	127

Einheit	2015	2016				2017				2018
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	914	999	823	2 225	914	807	940	1 420	899
Landessteuern	Mill. EUR	77	77	75	87	74	80	76	80	87
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	483	434	863	346	231	394	1 076	425
Lohnsteuer	Mill. EUR	293	299	407	326	312	216	444	322	348
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	70	63	-5	292	13	1	-27	259	33
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	46	18	48	33	16	26	24	23
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	9	17	2	13	3	18	3	11
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	24	66	-2	194	-25	-5	-68	467	9
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	372	416	307	1 213	483	423	471	191	393
Umsatzsteuer	Mill. EUR	271	300	211	876	378	312	371	77	273
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	101	116	95	336	105	111	100	114	120
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	2	17	3	20	0	20	-2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	6	1	6	0	6	-1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	13	4	33	6	39	0	39	-3
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	7	1	8	0	8	-1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 010	2 028	1 977	2 767	1 728	1 811	1 939	2 946	1 778
Bundessteuern	Mill. EUR	77	84	64	189	59	67	61	199	58
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	506	548	489	995	348	293	451	1 200	429
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 421	1 389	1 422	1 567	1 317	1 431	1 427	1 527	1 292
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	2	17	3	20	0	20	-2

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2018

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2016
(vorläufiges Ergebnis)

Kennziffer: A1013 201642

Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitations-
einrichtungen 2016

Kennziffer: A4023 201600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und
Grünland im Dezember 2017

Kennziffer: C2013 201707

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und
Forstbetriebe 2016

Kennziffer: C4033 201601

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2017

Kennziffer: C4053 201700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2017

Kennziffer: D1023 201711

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im Dezember 2017 – Ergebnisse
des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr
Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201712

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im Dezember 2017

Kennziffer: E1033 201712

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im Dezember 2017

Kennziffer: E1113 201712

Bauhauptgewerbe im November 2017 –

Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201711

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe
2016 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und
Tiefbau

Kennziffer: E2043 201600

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe
2016 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe

Kennziffer: E3043 201600

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im November 2017

Kennziffer: E4023 201711

Energiebilanz und CO₂-Bilanz 2015

Kennziffer: E4123 201500

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe im November 2017

Kennziffer: G1023 201711

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Dezember 2017

Kennziffer: G4023 201712

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2017

Kennziffer: H1023 201711

Binnenschifffahrt im Oktober 2017

Kennziffer: H2023 201710

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2016 – Teil I: Erzieherische Hilfen;

Teil IV: Ausgaben und Einnahmen

Kennziffer: K1053 201600

Kinder- und Jugendhilfe – Teil III.2: Sonstige Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) am 31. Dezember 2016
Kennziffer: K1083 201601

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Januar 2018
Kennziffer: M1013 201801

Umwelt

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2015 (ohne Baugewerbe)
Kennziffer: Q3013 201500

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2017
Kennziffer: Z1013 201711

Sonstige Veröffentlichungen

Faltblatt: Bauen und Wohnen 2017
Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Februar 2018

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Gesundheitspersonalrechnung,
Gesundheitsausgabenrechnung,
Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz – Ausgabe 2017
Kennziffer: P2015 201700

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Iris Stadler

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte